Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 46 – 19. November 2011

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Foto: imagetrust

Wer ist hier wer? Beim letzten NPD-Verbotsverfahren 2003 wurde bekannt, dass führende NPD-Köpfe Geheimdienstler waren

Die Nazi-Macher

Die Entdeckung der rechtsextremen Gruppe NSU führt zum Verfassungsschutz

Der Verfassungsschützer Tino Brandt soll in seiner Rolle als Anführer des rechtsextremen „Thüringer Heimatschutzes“ als Letzter Kontakt zu den Tätern gehabt haben. Das wirft Fragen auf.

Die Mordserie der rechtsextremen Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) hat erneut die Frage aufgeworfen: Welche Rolle spielt der Verfassungsschutz in unserem Land? Genauer: In welchem Umfang sind extremistische, im Besonderen rechtsextremistische Zirkel nicht so sehr Beobachtungsobjekt der Geheimdienstler als vielmehr deren eigene Kreatur?

Reflexhaft fordern Politiker – vor allem von links – erneut ein Verbot der NPD. Und natürlich mehr Geld für die politische Arbeit „gegen Rechts“, bei der auch allerhand Linksradikale ihr Brot verdienen. Die Forderungen ergingen, ohne dass eine Verwicklung der Rechtsaußen-Partei in die Morde an zehn unschuldigen Menschen überhaupt nachgewiesen werden konnte.

Vor allem lenken sie ab von einem weit gravierenderen Problem: Bereits das Scheitern des letzten NPD-Verbotsantrages von 2003 führte den Blick auf die dubiose Arbeitsweise der Verfassungsschützer. Der Antrag wurde von den Richtern abgewiesen, weil nicht ersichtlich war, ob die der NPD zur Last gelegten verfassungswidrigen Äußerungen nicht eigentlich vom Verfassungsschutz selbst zu verantworten gewesen seien. Konkret waren sowohl der nordrhein-westfälische NPD-Landesvorsitzende als auch sein Stellvertreter sowie der Chefredakteur der regionalen Parteizeitung Mitarbeiter des Inlandsgeheimdienstes.

Falsche Pässe, wie nur der Geheimdienst sie bereitstellen kann

Auch im Falle des „NSU“ ist die Verwicklung des Verfassungsschutzes frappierend. Seine ideologische Aufladung erhielt das Trio in den 90er Jahren beim sogenannten „Thüringer Heimatschutz“. Dessen Anführer war Tino Brandt, der später als Verfassungsschützer enttarnt wurde. Er agierte also nicht bloß als Spion, sondern produzierte seine Beobachtungsobjekte gleichsam selbst, arbeitete aktiv daran, junge Menschen in den Sog rechtsextremer Demagogie zu ziehen. Brandt war überdies der letzte, der mit dem Trio Kontakt hatte, bei dem laut Presseinformationen falsche Pässe gefunden wurden, wie sie wiederum nur der Geheimdienst bereitstellen könne.

Schon nach der ausländerfeindlichen Mordbrennerei von Solingen 1993, bei der fünf Menschen starben, war der Dienst in schiefes Licht geraten. Die Täter hatten sich regelmäßig in einem Fitnessstudio versammelt, dessen Betreiber ein Agent des Verfassungsschutzes war. Bereits damals kam der Verdacht auf, der Dienst schaffe sich ein neues Betätigungsfeld, um nach dem Verscheiden seines vormaligen Hauptgegners DDR (also Stasi) nicht das Opfer radikaler Personalabbaus zu werden. Politiker aller Richtungen fordern nun, reichlich spät, dass die merkwürdigen Methoden des Inlandsgeheimdienstes gründlich überprüft werden.

Hans Heckel

Jan Heitmann:

Fünf Prozent

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die bei der Europawahl geltende Fünfprozent-Hürde verfassungswidrig ist. Die Sperrklausel verstoße, so die Richter in ihrer Begründung, gegen die Grundsätze der Wahlrechtsgleichheit und der Chancengleichheit der politischen Parteien. Dennoch bleibe die Wahl zum EU-Parlament im Jahr 2009 gültig und müsse nicht wiederholt werden. Auf die Bundestagswahlen hat das Urteil keine Auswirkungen, da es, so der Senat, strukturelle Unterschiede zwischen dem Bundestag und dem EU-Parlament gäbe.

Dieses Urteil ist mehr als ein Sieg für die Beschwerdeführer, es ist ein Meilenstein auf dem Weg zu mehr Demokratie. Endlich haben auch kleinere Parteien die Möglichkeit, ins EU-Parlament zu kommen. Ihre Wähler müssen nicht mehr befürchten, dass ihre Stimme von vornherein vertan ist. Und die „etablierten“ Parteien haben ein Argument verloren, mit dem sie bisher versucht haben, sie von der Entscheidung für eine Splitterpartei abzuhalten. Auch der einzelne Abgeordnete hat jetzt bessere Chancen. Nonkonforme Mandatsträger können nicht mehr so einfach von ihren Parteien durch die Drohung mit dem Entzug des Listenplatzes zum Gehorsam gezwungen werden. Derjenige, der seinem Gewissen folgen und sich nicht dem Fraktionszwang unterwerfen will, muss nicht mehr automatisch das Ende seiner parlamentarischen Tätigkeit befürchten. Abweichler haben jetzt die Chance, unabhängig von ihrer Partei wiedergewählt zu werden oder, wenn sie Mitglied des Bundestages oder eines anderen Parlaments sind, leichter von dort nach Brüssel zu wechseln. Auf die großen Parteien muss dieses Urteil wie ein Keulenschlag wirken.

Operation ohne Ziel und Plan

Studie kritisiert fehlende Strategie für Afghanistan-Einsatz

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin hat den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan in einer Studie als „strategielos“ kritisiert. Das als Stiftung bürgerlichen Rechts organisierte Institut berät den Bundestag und die Bundesregierung in Fragen der internationalen Politik und Sicherheit und zählt zu den renommiertesten und einflussreichsten Forschungseinrichtungen in Europa.

In seiner Ausarbeitung mit dem bezeichnenden Titel „Strategielos in Afghanistan“ stellt der Wissenschaftler Philipp Münch fest, dass es für die Operationsführung der Bundeswehr im Rahmen der International Security Assistance Force (Isaf) keine Strategie gäbe, die sowohl Zweck und Ziel des Einsatzes als auch den Weg und die Mittel zu dessen Realisierung ausreichend definieren würde. Die Dokumente, die von den politisch Verantwortlichen als Strategie ausgegeben würden, seien tatsächlich nur „Wunschlisten von oft stark deutungsoffenen Begriffen“. Dieses Fehlen einer klaren politischen Strategie könne seitens der Bundeswehr nicht kompensiert werden. Die Konsequenz sei, dass strategische Entscheidungen immer weiter nach unten delegiert würden. Dadurch sehe sich die niedrigste operative Ebene mit dem Problem konfrontiert, ihre Operationen ohne Abstimmung auf ein konkretes übergeordnetes Ziel führen zu müssen. Entscheidend sei jedoch das Vorhandensein einer politischen Weisung, anhand derer die militärischen Führer im Einsatz das jeweils angemessene Vorgehen auswählen könnten. Die bisherige – überwiegend reaktive – Operationsführung, die auf „Präsenz im Raum“ setze, bilde eine unnötige Gefahr für das Leben der Soldaten, so Münch.

Soldaten sind unnötig in Lebensgefahr

Jan Heitmann

(siehe Kommentar Seite 8)

Merkels Kompass muckt

CDU-Parteitag blieb weitgehend inhaltsleer

Nicht weniger, nein mehr Europa soll es sein. Die Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzende Angela Merkel gab beim CDU-Parteitag in Leipzig die leidenschaftliche Europäerin. Sämtliche anderen Themen gerieten dabei in den Hintergrund. An rhetorischer Dramatik ließ Merkel es nicht mangeln. Vor allem eine ihrer Äußerungen ließ aufhorchen: In der „Schicksalsgemeinschaft Europa“ gehe es jetzt „um alles oder nichts“, so die Kanzlerin. Da fühlte sich mancher Delegierte an die verzweifelte Beschwörung des Endsieges erinnert, obwohl die Niederlage eigentlich schon besiegelt war.

Auf eine programmatische Orientierung warteten die Mitglieder der derzeit zu jeder inhaltlichen Kehrtwende bereiten und an Diskussionskultur eher armen Partei vergebens. Die CDU habe seit 65 Jahren denselben Kompass, ließ Merkel wissen und unterband damit jede weitere Erörterung über die politische Ausrichtung. In welche Richtung dieser Kompass weist, erfuhren die Delegierten von ihrer Vorsitzenden indes nicht. Die Kompassnadel der CDU dreht sich momentan allerdings willkürlich mal hierhin, mal dorthin, gerade so, als sei der Wanderer in ein Magnetfeld geraten. Dass viele der Delegierten daher durchaus Diskussionsbedarf sahen, lässt sich daran erkennen, dass es für die Parteichefin statt des sonst üblichen Beifalls lediglich verhaltenen Anstandsapplaus gab.

Statt Beifall nur Anstandsapplaus

Andere Themen wie eine Lohnuntergrenze und die Abschaffung der Hauptschule wurden eher am Rande abgehandelt. Heraus kam stets ein Kompromiss, mit dem sich am Ende alle zufriedengaben. Ohne lange Debatte und mit einer klaren Mehrheit.

In Leipzig zeigte sich die CDU in bedenklicher Verfassung: konfliktscheu, folgsam gegenüber der Parteiführung und inhaltlich nach allen Seiten offen. *Philipp Hötensleben*

MELDUNGEN

EU: Berlin hat sich durchgesetzt

Brüssel – Überschüsse und Defizite in der Leistungsbilanz von EU-Ländern werden jetzt doch nicht wie von der EU-Kommission vorgesehen gleichermaßen bestraft. Selbst der geplante Kompromiss wurde auf Drängen des deutschen Finanzministers Wolfgang Schäuble (CDU) zurückgenommen. Der Kompromiss hatte anlässlich der Verschärfungen des Stabilitätspaktes noch vorgesehen, dass Länder, die ein Defizit in ihrer Leistungsbilanz haben, das über vier Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) liegt, eine Strafe zahlen müssen. Überschüsse sollten hingegen erst ab einem Plus von sechs Prozent des BIP bestraft werden. Ziel war es, extreme Ungleichgewichte innerhalb der EU zu vermeiden. Doch Berlin wehrte sich, denn Überschüsse seien ein Zeichen von Leistungskraft. Vor allem grüne Politiker im EU-Parlament bezeichneten die Ungleichbehandlung als „Rechtsbruch“. *Bel*

EU-Geld für fehlerhaftes Werk

Brüssel – Ein zweifelhaftes Geschenk erhalten derzeit Schulen im deutschsprachigen Raum. Ein österreichischer Verlag verschickt an sie unaufgefordert Exemplare des Kafka-Romans „Das Schloss“. Aufgrund von EU-Fördergeldern in sechsstelliger Höhe sind die Bücher für die Schulen zwar gratis, allerdings für Lehrzwecke auch unbrauchbar, da sie mit unzähligen Rechtschreibfehlern übersät sind. Berichten der „FAZ“ und der österreichischen „Kronen-Zeitung“ zufolge ist der involvierte Verlag eigens für das subventionierte Buchprojekt gegründet worden. Von der Pressestelle der EU-Kommission war zu dem Vorgang bisher keine Stellungnahme erhältlich. *N.H.*

Die Schulden-Uhr: Teure Kultur

Wir dürfen nicht entscheiden, was Kunst ist und was nicht. Was Kunst ist, muss die Gesellschaft entscheiden“, entgegnete eine Grünen-Abgeordnete im Bundestagsausschuss für Kultur und Medien auf die Kritik an der Kulturförderung des Bundes von Seiten des Bundes der Steuerzahler (BdSt). Karl Heinz Däke, Präsident des BdSt, war extra zu einer Sitzung erschienen, um seine Kritikpunkte den Bundestagsabgeordneten zu erklären. „Ist es eine öffentliche Aufgabe, ein Konzert von Tokio Hotel in Tokio zu bezuschussen?“, fragte er unter anderem. Auch fand er es verwunderlich, dass der Bund Hollywood-Filme wie „Inglourious Basterds“ fördert, ohne zumindest eine Gewinnbeteiligung zu fordern. Auch eine Förderung der elitären Bayreuther Festspiele blieb Däke unverständlich. *Bel*

2.023.218.853.731 €

Vorwoche: 2.022.277.590.240 €
Verschuldung pro Kopf: 24.764 €
Vorwoche: 24752 €

(Dienstag, 15. November 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Demokratische Bedrohung

FDP-Mitgliederentscheid zur Euro-Rettung bringt die Parteispitze in Erklärungsnöte

Auf dem FPD-Parteitag trat eine Kluft zwischen Führung und Basis zutage, die auch in Union und SPD zu spüren ist. Die liberale Euro-Debatte wirft ein Schlaglicht auf den Zustand der Parteiendemokratie.

Nicht wenige FDP-Parteitagsdelegierte dürfte nach dem Sonderparteitag vom vergangenen Wochenende die Frage quälen: War Philipp Rösler wirklich die richtige Wahl? Der erst wenige Monate amtierende Chefliberale langweilte seine Zuhörer nicht bloß mit einer Rede ohne Spitzen, ohne Glanz. Schlimmer noch: Er konnte nicht überzeugen.

Im Zentrum stand die Euro-Rettung und das Mitgliedervotum, mit welchem die Freidemokraten bis zum 13. Dezember über den dauerhaften Euro-Rettungsschirm abstimmen sollen. Für Rösler, ja für die gesamte FDP-Spitze, ist die Abstimmung brandgefährlich. Der Sonderparteitag sollte dazu dienen, die Basis auf Linie zu bringen, dass sie der Euro-Rettungspolitik zustimmen möge.

Doch was Rösler anbot, waren die alten Versprechen, die kaum noch einer glauben will – nicht einmal die Anhänger der Rettungspolitik, wie ausgerechnet Ex-FDP-Chef Guido Westerwelle später durchblicken ließ.

Mit der FDP, so tönte Rösler, werde es keine Transferunion und keine Euro-Bonds geben. Soll heißen: Weder würden die Liberalen je zustimmen, dass Deutschland dauerhaft für andere Euro-Länder zahlen muss, noch, dass für die Schulden der einzelnen Staaten alle gemeinsam haften, womit im schlimmsten Falle der Stärkste die Schulden aller anderen am Hals hätte.

Doch die Delegierten wussten genauso wie die FDP-Mitglieder an der Basis: Der angestrebte dauerhafte Rettungsschirm ist längst eine Transferunion. Und dass die Europäische Zentralbank (EZB) Staatsanleihen bankrottgefährdeter Länder aufkauft, bedeutet, dass nationale Schulden auf die Kappe aller genommen werden. Damit erfüllt diese Politik auf anderem Wege, was Euro-Bonds bringen würden. Das Gleiche gilt für die verdeckten „Target-Kredite“, über welche sich fremde Notenbanken der Euro-Zone bereits zirka 450 Milliarden Euro von der Bundesbank „geliehen“ haben.

Doch Rösler blieb jener Taktik treu, welche die Deutschen zunehmend in Rage bringt: Vorn auf dem Podium schloss er kategorisch aus, was hinter der Bühne längst und für jedermann sichtbar läuft. Entsprechend lau fiel der Beifall der Delegierten aus.

Völlig anders Guido Westerwelle. Der vom Parteichefposten unter demütigenden Bedingungen verjagte Außenminister donnerte seine Worte ins Parkett wie zu seinen besten Zeiten als Wahlkämpfer. Dabei setzte er ganz auf Emotionen, beschwor die deutsch-französische Freundschaft und das heutige Euro-System als unverzichtbare Voraussetzung für deren Fortbestand. Doch mit seinem Hinweis, Europa koste eben

> Westerwelle warf sich für den Euro ins Zeug

auch etwas, machte er wenigstens klar, dass er das Blendwerk, hinter welchem Rösler die Folgen der Europa-Politik der Bundesregierung weiterhin verstecken will, für verschlissen hält. Daher verlegte er sich zwar auf das sattsam bekannte Hantieren mit der Angst der Deutschen vor Isolierung und Einkreisung, verschwieg den Delegierten aber nicht (mehr) die Kosten seiner Politik.

„Euro-Rebell“ Frank Schäffler nutzte seine kurze Redezeit, um noch einmal seine Bedenken gegen die Rettungsschirm-Politik mit der ihm eigenen Eindringlichkeit vorzubringen. Ein wichtiger Verbündeter war ihm Burkhard Hirsch. Als Urgestein der Linksliberalen legte Hirsch den Schwerpunkt auf die Frage, in was für ein Europa wir eigentlich gerieten, wenn europäische Völker eines nach dem anderen ihre demokratischen Mitwirkungsrechte an Aufseher von EU, EZB und Internationalem Währungsfonds (IWF) verlieren.

Aus den Beiträgen der „Rebellen“ um Hirsch und Schäffler schimmerte das lange kaum gespürte Feuer der Partei von Freiheit, Bürgerrecht und Volkssouveränität. Irritierend wirkte indes, dass dieses Feuer kaum in den Reden von Nachwuchsfunktionären loderte, die sich eher mit peinlichen Ergebenheitsadressen bei der Führung anbiederten oder abgeschmackte Wahlkampfreden hielten.

Ins Bild von der Freiheitspartei passt in den Augen der Freidemokraten, dass sie die einzige Partei seien, die ihre Mitglieder überhaupt zum Euro-Rettungsschirm befragt, während bei allen anderen nur die Führung entscheide. Damit gibt die FDP in der Tat ein Beispiel für parteiinterne Demokratie.

Damit könnte allerdings auch eine bedenkliche Kluft zutage treten: Selbst die FDP-Spitze rechnet damit, dass bis zu 40 Prozent der Parteimitglieder dem Antrag der „Rebellen“ zustimmen könnten. Doch auf dem Frankfurter Parteitag schlug sich, dem Beifall nach zu urteilen, nur etwa ein Viertel der Delegierten auf die Seite von Frank Schäffler und Burkhard Hirsch. Und auf dem Podium, wo die Prominenz saß, zollte ihnen kein einziger Applaus.

Ohne dem Ausgang des FDP-Mitgliederentscheids vorzugreifen, lässt sich also eine Diskrepanz zwischen der Basis und ihrer Führung feststellen, die nur schlecht zum Prinzip der demokratischen Repräsentanz passt. Wenn eine so starke Strömung wie die von Frank Schäffler „oben“ mit keinem einzigen Repräsentanten vertreten ist, dann stimmt hier etwas nicht. In den anderen demokratischen Parteien lässt sich ein ähnliches Auseinanderdriften von „oben“ und „unten“ feststellen.

Die Unruhe, mit welcher die Führungen von Union und SPD den freidemokratischen Alleingang in parteiinterner Demokratie begleiten, hat also ihren Grund: Die FDP-Abstimmung könnte eine grundsätzliche Debatte über den Zustand der heutigen Parteiendemokratie lostreten. Die Empörung, mit welcher Guido Westerwelle den Einwand zurückwies, der Parteitag sei nicht repräsentativ für die Basis, die hatte schon etwas von der Empörung eines Ertappten.

Hans Heckel



Partei-Basis fühlte sich zum Narren gehalten: Die Versprechen bezüglich des Euro, die Parteichef Philipp Rösler (Mitte) gab, waren schon längst überholt, da bereits gebrochen Bild: AP/dapd

Gelebter Stolz auf Polen

Vorwiegend linke Krawalle am Nationalfeiertag

Es hätte ein wunderbar friedliches Familienfest bleiben können: Unter blauem Himmel schien halb Warschau auf den Beinen, um die Militärparade am zentral gelegenen Sächsichen Garten mitzuerleben. Die Weichselstadt hatte sich herausgeputzt am 11. November, dem Unabhängigkeitstag. Die Haupteinkaufsstraße, die elegante „Neue Welt“, war mit Girlanden überspannt, die Busse des Städtischen Verkehrsbetriebes fuhren rot-weiß beflaggt, aus unzähligen Privatwohnungen nicht nur in der Innenstadt hingen polnische Fahnen, an öffentlichen Gebäuden sowieso. Auf dem Pilsudski-Platz waren alle Gattungen der polnischen Armee angetreten, um den im Kampf um Polens Unabhängigkeit Gefallenen die Ehre zu erweisen – am Grab des Unbekannten Soldaten, das in die Nationalfahne gehüllt war.

Staatspräsident Bronislaw Komorowski rief zu Einigkeit und gegenseitiger Wertschätzung im Volk auf: „Diktieren wir nicht anderen, wie sie Polen lieben sollen“ – wie ein Kommentar durch die Blume zu den traditionell bis aufs Blut verfeindeten politischen Lagern Polens. „Seien wir stolz auf unser Polen.“

Hässliche und für polnische Verhältnisse völlig ungewohnte Szenen der Gewalt brachten erst die folgenden Stunden. Gegen 15 Uhr nahm der „Marsch der Unabhängigkeit“ seinen Anfang. Nationalpolnische, patriotisch-katholische Kreise, Pilsudski-Anhänger, ehemalige Kämpfer der Heimatarmee, Anhänger der radikal-nationalisti-

> Deutsche »Antifas« attackierten polnische Uniformträger

schen „Allpolnischen Jugend“ sowie gewöhnliche Warschauer Familien zogen unter einem Meer von Fahnen durch die Straßen – feierlich und friedlich, wie die *PAZ* vor Ort beobachten konnte, mit etwa 15 000 Teilnehmern so zahlreich wie nie zuvor.

Sehr zum Unmut ihrer Gegner, die sich in unmittelbarer Nähe des Sammelplatzes der Nationalen versammelt hatten – getrennt durch eine martialisch bewaffnete Polizeikette. „Antifaschistische“ Krawallmacher hatten bis nach Berlin um Unterstützung für die Gegendemonstration getrommelt – sogar im provinziellen Potsdam hingen Plakate, die zum Widerstand gegen den „Marsch der Faschisten“ aufriefen. Erfolgreich, wie sich herausstellte. Zu beiden Seiten des Polizeikordons kam es zu Angriffen auf die Ordnungshüter, Flaschen und Steine flogen, Autos und Fernsehübertragungswagen gingen in Flammen auf. Bereits um die Mittagsstunde ereignete sich ein Zwischenfall: Nach übereinstimmenden polnischen Presseberichten waren es deutsche Linksextremisten, die aus dem an der „Neuen Welt“ gelegenen Organisationsbüro der Gegendemonstration heraus auf Passanten, die polnische Fahnen trugen, losstürmten und diese mit Schlägen attackierten. Träger historischer polnischer Uniformen, die auf dem Wege zu den offiziellen Feiern waren, darunter auch ein Sejmabgeordneter, wurden bespuckt, einem wurde die Kappe vom Kopf gerissen.

Die Bilanz der Krawalle: 14 zerstörte Polizeiwagen sowie verbrannte Ü-Wagen, 210 Verhaftete, darunter 95 Ausländer – und eine Debatte darüber, ob die polnischen Sicherheitskräfte überhaupt auf die Fußball-Europameisterschaft 2012 im eigenen Land vorbereitet sind. *Christian Rudolf*

Befehl verweigert

SPÖ-Minister als traurige Lachnummer

Der österreichische Verteidigungsminister Norbert Darabos musste eine beschämende Niederlage einstecken: Er hatte im Januar den Generalstabschef – in Österreich traditionsgemäß Generaltruppeninspektor genannt – Edmund Entacher abgesetzt, weil dieser die Ministerpläne zur Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht kritisiert hatte. Entacher nahm dies aber nicht widerspruchslos zur Kenntnis. Und der Versetzungsbescheid des Ministers wurde von der Berufungskommission beim Bundeskanzleramt nun tatsächlich für nicht rechtens erkannt und ersatzlos aufgehoben. Entacher kehrt ins Amt zurück.

> Debatte um Berufsheer spaltet Partei

Was andernorts Grund für einen Rücktritt wäre – ein solcher wurde unter anderem vom Präsidenten der Offiziersgesellschaft und von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache gefordert –, lässt Darabos aber ungerührt: Er erklärte im ORF-Interview, dass er nun eben über schriftliche Weisungen mit Entacher verkehren werde. Die Affäre war allerdings nicht der erste arge Missgriff von Darabos, und allein schon der Umstand, dass die SPÖ 2007 ihn, einen ehemaligen Zivildienstleistenden, in dieses Amt gehievt hat, spricht für sich.

Die SPÖ hatte sich zwar im Koalitionsabkommen mit der ÖVP auf Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht verständigt, wie sie auch in der Bundesverfassung festgelegt ist. Das aber hinderte Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und seinen Verteidigungsminister nicht daran, aus vordergründigen Motiven auf eine populistische Linie zur Umstellung auf ein Berufsheer umzuschwenken. Unterstützt wird diese Linie von Massenblättern, die bekanntermaßen maßgeblich von Anzeigen SPÖ-naher Ministerien, Gemeinden und Firmen abhängig sind.

Pikanterien am Rande: Entacher selbst galt bisher als SPÖ-nah, und auch der oberste Befehlshaber des Bundesheeres Bundespräsident Heinz Fischer – mit einer lupenreinen SPÖ-Laufbahn – ist ein bekennender Befürworter der allgemeinen Wehrpflicht. *R. G. Kerschhofer*

Strategie und Taktik

Von Theo Maass

Kennen Sie den Unterschied zwischen Taktik und Strategie? Das eine ist kurz – das andere langfristig und „kriegsentscheidend“ angelegt. Was im Militärischen gilt, hat auch für das Politische seine Bedeutung.

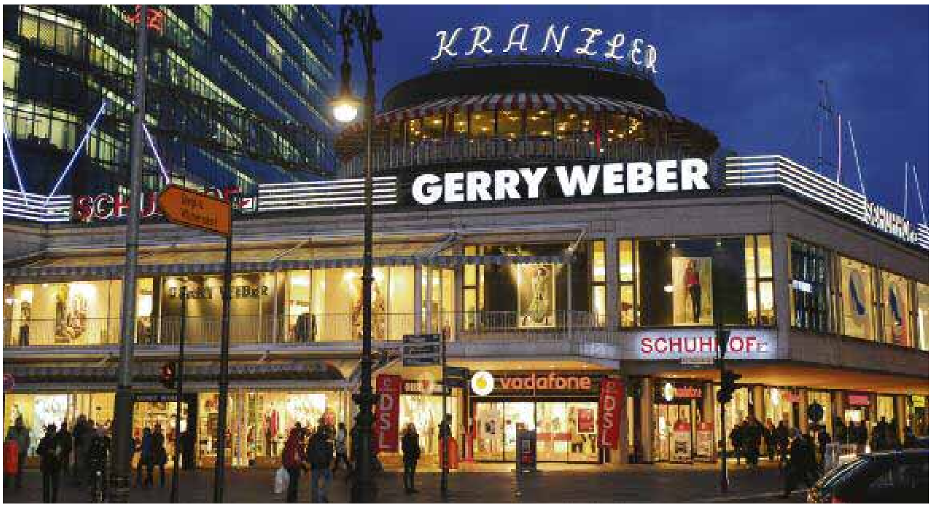
1981 erreichte die Berliner CDU zunächst als Minderheitsregierung, später im Bündnis mit der zur politischen Mitte gewendeten FDP in Berlin die Regierungsmehrheit. Richard von Weizsäcker und später Eberhard Diepgen waren die jeweiligen Regierenden Bürgermeister. Den beiden linken Parteien (SPD und Grünen) standen zwei mehr oder weniger bürgerliche Parteien gegenüber. Zwar wurde Diepgen im Frühjahr 1989 abgewählt, weil die rechten Republikaner erstmals ins Abgeordnetenhaus einzogen, aber bald danach konnte die CDU im nun wiedervereinigten Berlin erneut den Regierenden Bürgermeister stellen – allerdings jetzt im Bündnis mit der SPD. Die CDU unternahm nicht den Versuch, mit Hilfe einiger (rechter) Ost-Grüner, die man als Überläufer hätte gewinnen können, das Bündnis mit der FDP zu erneuern. Offenbar waren Diepgen und seine Berater der Meinung, dass die SPD bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag sich nicht mit den SED-Erben von der PDS/Linkspartei/Linke ins Lotterbett einer politischen Koalition legen würden. Bereits 1994 versuchte die SPD aus dieser Koalition auszubrechen, aber der Streit war noch einmal zu kitten. Spätestens damals hätten die Herrschaften bei den Christdemokraten merken müssen, was die Glocke geschlagen hatte. Anstatt sich aber einen neuen Bündnispartner zu suchen, der ja nur rechts der CDU hätte sein können, wurschtelte man weiter. Das nennt man Taktik, denn selbst der Laie konnte voraussehen, dass die SPD nicht ewig der Juniorpartner der CDU bleiben wollte. Und dann kam, was kommen musste: Die SPD nutzte den sogenannten Bankenskandal, an dem sie mindestens so viel Anteil hatte wie die CDU, zum Bruch des Regierungsbündnisses und zur Erzwingung von Neuwahlen.

Anfangs war vor allem im Westteil der Stadt die Empörung über Rot-Rot groß, aber die Linkspartei hat in den Jahren ihrer Regierungsbeteiligung nichts Substantielles von ihren Forderungen durchsetzen können. Lediglich die Abschaffung des Religionsunterrichts brachte den Regierenden Bürgermeister bei einer Volksabstimmung dafür an den Rand einer politischen Demütigung – aber eben nur an den Rand.

Nach zehn Jahren Opposition sind die Rollen „Koch und Kellner“ zwischen SPD und CDU wieder anders verteilt. Das war Strategie. Die Sozis können jetzt auswählen, mit wem sie regieren. Ist wie beim Rummel mit der Lostrommel: einmal freie Auswahl.

Investoren entdecken West-Berlin

Kurfürstendamm im Aufwind: Selbst Schmuddelecke um »Bahnhof Zoo« soll herausgeputzt werden



Wieder hell erleuchtet: Nach zeitweisen Leerständen können sich das Kranzler-Eck und das Europa-Center am Kurfürstendamm darüber freuen, dass die dortigen Ladenlokale und Büros zu 90 Prozent vermietet sind

Bild: pa

Während sich nach dem Mauerfall von 1989 ein milliardenschwerer Investitionsschub über Immobilienstandorte am Potsdamer Platz, dem Hauptbahnhof, der Friedrichstraße und am Alexanderplatz ergossen hat, war der Kurfürstendamm und die sogenannte „City West“ bei Bauherren etwas ins Abseits geraten. Nun bekannt gegebene Investitionspläne über eine Milliarde Euro künden eine Trendwende an.

„Wir investieren gern an Standorten, von denen wir glauben, dass sie morgen besser sind.“ Der Einschätzung des Karstadt-Retters Nicolas Berggruen scheinen sich immer mehr Anleger aus dem In- und Ausland anzuschließen. Berggruen selbst hat soeben sein fünftes Objekt im Gebiet um den Kurfürstendamm erworben. Am 4. November haben mehrere Eigentümer auf einer Veranstaltung der AG „City West“ zukünftige Projekte im Investitionswert von über einer Milliarde Euro für das Gebiet rund um den Kurfürstendamm, den Tauentzien, die Budapester Straße und den Bahnhof Zoo vorgestellt. Dass sich eine Aufwärtsentwicklung im westlichen Innenstadtbereich ankündigt, war bereits seit 2009 feststellbar.

Im Nachhinein gesehen könnte sich allerdings das Jahr 2011 als die eigentliche Zäsur herausstellen. So wurden innerhalb der letzten zwölf Monate 80 000 Quadratmeter Büroflächen vermietet. Einzelhandelsflächen zum Beispiel im Europa-Center und im Kranzler-Eck, die über Jahre schwierig an den Mann zu bringen waren, sind inzwischen wieder zu 90 Prozent vermietet. Außer den Bemühungen der Arbeitsgemeinschaft „City West“ scheint ein Projekt die Trendwende beschleunigt zu haben: der Bau des „Zoofenster“-Hochhauses. In dem kurz vor der Fertigstellung stehenden 118 Meter hohen Haus wird zum Jahreswechsel 2011/12 das Nobelhotel Waldorf Astoria eröffnet werden. Allein in dieses Projekt sind 250 Millionen Euro geflossen.

Hoffnung gibt es auch für den Bahnhof Zoo, dessen unmittelbares Umfeld lange als Berlins „Schmuddelecke“ gegolten hat. Bewegung scheint nun zum Beispiel auch in Verkaufsverhandlungen für eine heruntergekommene Häuserzeile gegenüber dem Bahnhof in der Joachimsthaler Straße zu kommen. Nach dem Willen der Koalitionspartner SPD und CDU sollen auch wieder Fernzüge am Bahnhof halten. Vorreiter könnte ein privater Bahnbetreiber sein, der ab Sommer 2012 eine Verbindung zwischen Berlin und Köln anbieten will. Die Deutsche Bahn nutzt seit dem Jahr 2006 – trotz massiver Bürgerproteste – den Bahnhof Zoo nicht mehr als Fernbahnhof. Ob von der Deutschen Bahn an der offiziellen Begründung „Engpässe im Fahrplan“ weiter festgehalten wird, muss sich erst noch zeigen.

Der neue Bauboom rund um den Kurfürstendamm scheint noch nicht einmal zulasten von Investitionen an anderen Standorten der Stadt zu gehen: Nachdem am Alexanderplatz in diesem Jahr bereits mehrere Hotelprojekte fertiggestellt wurden, hat nun der US-amerikanische Projektentwickler Hines Pläne für ein 150 Meter hohes Wohnhaus am „Alex“ vorgestellt. Der Investor Blackstone präsentierte ebenfalls Pläne für den Umbau eines Hotelgrundstückes am Alexanderplatz: Entstehen sollen weitere 8000 Quadratmeter Einzelhandelsflächen, die bereits vorab an das irische Bekleidungshaus Primark vermietet wurden. Diese vorgestellten Projekte sind nur ein kleiner Ausschnitt von zahlreichen Vorhaben, die derzeit in der Planung sind. Nach Angaben des Unternehmens Bulwien Gesa, das im Auftrag von Hochtief und der TLG Immobilien den Berliner Immobilienmarkt untersucht hat, werden deutsche und internationale Bauträger allein in diesem Jahr mehr als 16 Milliarden Euro investieren. Selbst in dieser hohen Summe wurde nur ein Teil der Projekte erfasst, nämlich nur die mit mehr als 1000 Quadratmetern Fläche. Allerdings gehen mit den Modernisierungen oft auch Mieterhöhungen einher, die es Alt-Mietern schwer machen, am Platz zu bleiben.

> Berliner Immobilien galten weltweit als langweilig, doch die Immobilienblasen in anderen Ländern haben die deutsche Hauptstadt attraktiv gemacht

Der Drang von Investoren nach Berlin, der nun auch das Gebiet um den Kurfürstendamm erreicht, hat vielerlei Triebkräfte. Der im deutschen Vergleich geringen Kaufkraft der Berliner steht eine hohe wirtschaftliche Dynamik der gesamten Hauptstadtregion gegenüber. Die Zahl der Haushalte steigt durch Zuzug immer noch weiter an. Da es in Innenstadtlagen kaum noch Leerstände gibt, wird auch der Wohnungsbau für Investoren immer interessanter. Der fand in den 90er Jahren vor allem im Berliner Umland und später in östlichen Innenstadtlagen statt, während jetzt zunehmend der westliche Innenstadtbereich in den Fokus von Bauherren rückt. Insgesamt werden im laufenden Jahr 1,1 Milliarden Euro und 2012 weitere 1,2 Milliarden allein in Wohnungsbauprojekte in Berlin fließen.

Ein weiterer Grund für den Bauboom in der deutschen Hauptstadt ist bizarrerweise die unsichere weltweite wirtschaftliche Gesamtlage: Der lange Zeit international als „langweilig“, aber sicher geltende deutsche Immobilienmarkt zieht nicht nur immer stärker deutsche Anleger an, sondern auch Investoren aus dem übrigen Europa und aus Übersee. Inflationsängste, Währungskrisen und nach geplatzten Spekulationsblasen daniederliegende Immobilienmärkte wie in den USA, Spanien oder Irland führen nun dazu, dass Berlin auch für internationale Investoren wieder die erste Wahl mit einem hohen Zukunftspotenzial ist. *Norman Hanert*

SPD setzt sich durch

Koalitionsverhandlungen boten CDU wenige Momente des Erfolgs

Seit Dienstag steht Berlins rotschwarze Koalition. Nach neun betont „konstruktiven“ Gesprächsrunden zeigten sich in den letzten zwei Tagen vor dem früh angekündigten Einigungstermin die großen Streitfragen zwischen SPD und CDU, die auch über die Zukunft der Stadt entscheiden.

Immerhin zurrten SPD und CDU die Finanzplanung kurz vor der Einigung am Dienstag fest: Rot-Schwarz kündigt Haushaltsdisziplin an, will aber nach jahrelangem Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst Stellen neu besetzen, um einer Pensionierungswelle bis 2016 zu begegnen. Entscheidende Impulse aber fehlen: Zum Thema Wirtschaftsförderung bleiben beide Partner einsilbig, waren sich dafür über Steuererhöhungen einig. Die Gewerbesteuer steigt auf fünf Prozent.

Bis 2016 soll ein ausgeglichener Haushalt vorliegen. Konsolidierung habe „höchste Priorität“, sagte SPD-Verhandlungsführerin Dilek Kolat. Die Partner einigten sich, die Ausgaben für drei Jahre nicht über 0,3 Prozent der Wirtschaftsleistungen auszudehnen. So bleibt kaum Raum für Wahlgeschenke. Bei aller Einsicht in Sachen Schuldenbremse gibt es keine neuen Impulse für eine große Koalition im Bund. Im Gegenteil nutzte die SPD Bundesthemen, um die CDU erfolgreich unter Druck zu setzen. Die SPD hob die im Bund diskutierten Themen Mindestlohn und die Vorgabe an in Deutschland geborene ausländische Jugendliche, sich für eine Staatsbürgerschaft zu entscheiden, auf die Tagesordnung. Probleme bei der Integration von Immigranten blieben bei der gemeinsamen Erklärung, Berlin zur „Modellstadt“ für Integration zu machen, auf der Strecke. Im Poker um Berliner Themen setzte daher eher die SPD Positionen durch. Sie schmetterte bei der Bildung die CDU ab: Im Schulwesen bleibt es beim Alten. Die CDU wehrte zwar eine Kommunalisierung der S-Bahn ab, doch eine Ausschreibung der Ringbahn kommt. Bei der Mietpolitik und im Mieterschutz bleiben rot-rote Gesetze bestehen. Wie der nötige Wohnungsneubau finanzierbar ist und eine Verdrängung Alteingesessener gestoppt werden soll, wissen aber beide Seiten nicht. Auch bei der Autobahn 100, Grund des rot-grünen Verhandlungsabbruchs, ist noch gar nichts klar: „Wir haben uns nicht verhakt, die Zeit war einfach zu knapp“, sagte dazu CDU-Verhandlungsführer Bernd Krömer, doch der Weiterbau ist SPD-intern umstritten. Auch in der Klimapolitik der Stadt setzt die CDU keine Akzente. So bleibt vieles den Ausschüssen und Senatoren überlassen. *SV*

> Wegen Sparkurs kaum Geld für Wahlgeschenke

Wo Oma schon hinsollte

Prora: »Koloss von Rügen« aus dem Jahr 1936 bekommt Gäste

Er gilt als der größte Gebäudekomplex seiner Art: der 4,5 Kilometer lange Betonriegel parallel zur Ostseeküste in Prora auf der Insel Rügen. In den 30er Jahren als „Kraft-durch-Freude“-Ferienanlage konzipiert, sollte das Gebäude 20 000 Feriengästen einen Urlaub mit Meeresblick ermöglichen. Die geplanten 10 000 Gästezimmer sollten über acht Teilgebäude – jeweils 550 Meter lang und sechs Etagen hoch – verteilt sein. Ursprüngliche Planungen sahen damals den Bau von fünf derartigen Ferienanlagen an verschiedenen Orten der Ostseeküste vor. Nur für das Projekt im Naturschutzgebiet Prorer Heide erfolgte 1936 noch ein Baubeginn, der bis zum Kriegsbeginn im Jahre 1939 allerdings nicht mehr abgeschlossen werden konnte.

Wechselvoll war auch die Nachkriegszeit: Die Rote Armee sprengte einen Teil des Rohbaus und nutzte andere Gebäudeteile als Internierungslager und zur Unterbringung von Vertriebenen. Später zogen Volkspolizei und die Nationale Volksarmee ein, um die Anlage als Kaserne zu nutzen.

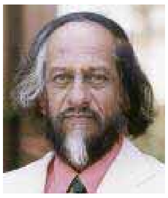
Völlig offen war indessen die Frage zur Nutzung der gigantischen Anlage nach der politischen Wende von 1989. Erst im Jahr 2004 begann die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben mit der Privatisierung des Riesenbaus. Die mühevolle Suche nach Investoren kann mit dem nun bekannt gegebenen Verkauf von Block IV als abgeschlossen angesehen werden: Der nun an einen deutschen Investor verkaufte Block mit einer Fläche von 240 000 Quadratmetern war der letzte von fünf halbwegs noch intakten Gebäudeteilen.

> Jugendherberge hat Betrieb bereits aufgenommen

Bereits in Betrieb ist seit Juli 2011 eine Jugendherberge, die inzwischen als gut ausgelastet gilt. Dass für die 400 Betten der Jugendherberge nur ein Drittel von Block V benötigt werden, macht die Dimensionen des Baus deutlich.

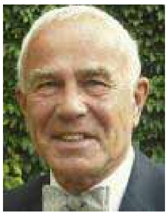
Sanierungs- und Umbaumaßnahmen anderer Investoren sind dagegen noch nicht abgeschlossen. In den Blöcken I und II sollen 400 Eigentumswohnungen und zwei Hotels mit insgesamt 760 Betten entstehen. Dass der Flächennutzungsplan sogar insgesamt 3000 Hotelbetten vorsieht, lässt die Befürchtungen vor einem regionalen Überangebot bei Vermietern von Ferienwohnungen in der Umgebung wachsen. Auch Gemeindevertreter würden es gerne sehen, wenn statt weiterer Ferienwohnungen und Hotelbetten in einer Mischnutzung auch Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen oder ein Seniorenheim im „Koloss von Rügen“ entstehen würden. *N.H.*

Zeitzeugen



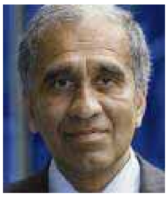
Rajendra Kumar Pachauri – Dem aus Indien stammenden Vorsitzenden des UN-Klimarates IPCC und Nobelpreisträger konnte auch eine nachweisbar falsche Prognose zum Abschmelzen der Himalaya-Gletscher nichts anhaben. Die Vereinten Nationen hoffen auch, durch den Vertreter eines Schwellenlandes deren Bereitschaft zum Klimaschutz zu erhöhen.

Al Gore – Der US-Politiker, der unter dem demokratischen US-Präsidenten Bill Clinton Vizepräsident war, erhielt 2007 zusammen mit Pachauri für sein Engagement für den Klimaschutz den Friedensnobelpreis. Gores scheinbar selbstloses Klimaschützer-Image wurde jedoch angekratzt, als bekannt wurde, dass er Anteile an der Plattform besitzt, an der Emissionsrechte in den USA gehandelt werden.



Dr. Wolfgang Thüne – Der ehemalige ZDF-Meteorologe bestreitet den menschengemachten Klimawandel. „Der Klimawandel als permanenter Wandel des Neigungswinkels der Sonnenstrahlen in Bezug auf die Erdoberfläche ist so alt wie die Welt. Er ist paläoklimatisch für die letzten Millionen Jahre gut dokumentiert und hat nichts mit der vor 150 Jahren begonnenen Industrialisierung zu tun“, so Thüne. Der in Ostpreußen geborene Wissenschaftler ist Mitglied im Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen und publiziert in der *PAZ*.

Fred Singer – „Die Natur bestimmt das Klima“, so lautet das Motto der 2003 von dem Atmosphärenphysiker gegründeten Initiative namens NIPCC, die sich als Gegenbewegung zum Weltklimarat IPCC versteht. Der 1924 in Wien geborene US-Wissenschaftler glaubt nicht, dass der Mensch mit mehr CO_2-Emissionen das Weltklima verändern kann. Abgesehen davon hält er eine wärmere Welt für einen Gewinn.



Mojib Latif – Alle Jahre wieder warnt der Kieler Klimaforscher vor Hitzerekorden in Deutschland. Auch vor dem Klimagipfel in Durban prognostizierte er erneut für in etwa 100 Jahren 50 Grad Celsius als Tagestemperatur in Deutschland, sollte der Mensch nicht sofort den Ausstoß von Kohlendioxid drastisch reduzieren. Den Umstand, dass einige Jahre kein Fortschreiten der Erderwärmung messbar war, bezeichnete er als „Atempause“.

Allein gegen den Rest der Welt

Europa soll »Koalition der Willigen« bilden und das »Klima« beeinflussen

Ende November beginnt der internationale Klimagipfel in Südafrika. Selbst Klimaforscher haben bereits erkannt, dass das aus ihrer Sicht das Klima schützende Kyoto-Protokoll „klinisch tot“ ist und suchen nach Alternativen.

Dieser Tage konnte man auf der Internetseite des Fernsehsenders n-tv lesen, dass laut einer Umfrage nur 13 Prozent der US-Amerikaner von dem überwältigenden Konsens unter Wissenschaftlern wüssten, dass die Erderwärmung, deren Existenz als gegeben gilt, menschengemacht sei. „Die meisten US-Bürger sind auf die Propaganda hereingefallen, der zufolge die Erkenntnisse über die Erderwärmung in der Forschung ‚umstritten‘ seien.“ Dem „Hamburger Abendblatt“ wiederum war zu entnehmen, dass laut Gesellschaft für Konsumforschung Klimaforscher im Vergleich zu anderen Forschern überdurchschnittlich viel Kontakt zu deutschen Journalisten hätten, was aber nicht im Rückschluss zu bedeuten habe, dass der Klimawandel „mediengemacht“ sei oder gar dass die Wissenschaftler die Journalisten in ihrem Sinne manipulieren würden. Zumindest gebe es dafür bisher keine Beweise und laut des Abschlussberichts der beauftragten Untersuchungskommission 2010 handelte es sich bei den Prognosen des Weltklimarats IPCC bezüglich des Abschmelzens der keineswegs derart bedrohten Gletscher im Himalaya nur um einen Rechenfehler. Und so sind die in den Medien präsenten Klimaforscher, obwohl die Wissenschaft noch nicht einmal mit Sicherheit das Wetter vom nächsten Tag vorhersagen kann, davon überzeugt, dass wenn die Menschheit weiter durch Verbrennung von fossilen Brennstoffen zur Energieerzeugung so viel Kohlendioxid (CO_2) produziert wie bisher, 2050 die Erde mehr als nur zwei Grad wärmer würde. Dies bedeute dann für ganz viele Inseln und Küstenstreifen „Land unter“.

Klimaforscher haben oft Kontakt zu deutschen Journalisten

Doch trotz aller Medienpräsenz und der vielen Weltuntergangsszenarien scheinen die meisten Regierungschefs kein Interesse mehr zu haben, beim zwölftägigen Klimagipfel im südafrikanischen Durban das 1997 von der damaligen Bundesumweltministerin Angela Merkel mit auf den Weg gebrachte Kyoto-Protokoll zu verlängern. Dieses sieht vor, dass bis 2012 der Ausstoß von CO_2 um fünf Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt wird. Allerdings stieg der weltweite CO_2-Ausstoss 2010 in Wirklichkeit auf 33 Milliarden Tonnen, was einem Plus von 45 Prozent gegenüber dem Wert von 1990 entspricht. Vor allem China, aber auch die USA, Australien, Russland und Kanada verbrennen zur Energieerzeugung fleißig Kohle, Erdgas und Öl, was Kohlendioxid als ein Endprodukt zur Folge hat. Die derzeitigen wirtschaftlichen Probleme vor allem der USA machen eine radikale Abkehr auch unfinanzierbar, so dass von Seiten dieser Länder absolut kein Interesse besteht, das Kyoto-Protokoll zu verlängern beziehungsweise ihm wie im Falle der USA und Chinas jetzt beizutreten.

Europäische Klimaschützer raten nun, um zumindest Teile des Kyoto-Protokolls zu retten, Europa solle voranschreiten und eine „Koalition der Willigen“ bilden, in der sich die Teilnehmer verpflichten, den Ausstoß von CO_2 in der Industrie, im Verkehr und vor allem bei der Stromproduktion zu reduzieren. Allerdings steht die Europäische Union nur für 15 Prozent der weltweiten CO_2-Emissionen, so dass das Potsdamer Institut für Klimaforschung nun vorschlägt, dass sich zumindest die elf Staaten, die zusammen mit der EU 80 Prozent des CO_2 ausstoßen, statt der 194 in Durban versammelten Länder an einen Tisch setzen und einen Kompromiss erarbeiten. Doch dazu sind außer der EU keine anderen Staaten bereit. *Rebecca Bellano*



Bild: Michael Kappeler/dapd

Als die Euro-Retterin Merkel noch Klima-Retterin war: 2007 machte sich die Kanzlerin ein Bild vom schmelzenden Eis in Grönland. Allerdings bedachte sie nicht, dass ihr Helikopterflug wegen des CO_2-Ausstosses bei Klimaschützern nicht gut ankommen würde.

Die Folgen von Kyoto

Schon jetzt folgt die Europäische Union ziemlich einsam dem Rat der in den Medien tonangebenden Klimaforscher und versucht, wo sie nur kann, den Ausstoß von Kohlendioxid zu minimieren. Erneuerbare Energien statt fossile Brennstoffe heißt das Credo. Eigentlich müsste nach den Klimaforschern auch die CO_2-neutrale Atomkraft angesagt sein, aber nach dem Atomunfall im japanischen Fukushima hat sich zumindest die deutsche Politik auch davon losgesagt. Für Autos wird von Berlin das mit Biokraftstoff versetzte Benzin E10 empfohlen, doch Biokraftstoffe gelten unter Umweltschützern inzwischen als ähnlich „klimaschädlich“ wie fossile Brennstoffe, da Felder für den Anbau der für die Erzeugung von Biokraftstoffen notwendigen Pflanzen gerodet oder einseitig bestellt werden. Doch das ficht die Politik nicht an.

Fabriken und Kraftwerke zahlen

Um die Industrie und Stromerzeuger zur Reduzierung ihrer CO_2-Emissionen zu zwingen, hat die Europäische Union 2005 in ihren Grenzen den Handel mit Emissions-Zertifikaten eingeführt. Zu Beginn erhielten 11 000 ausgewählte Fabriken und Kraftwerke Zertifikate zugeteilt, die ihnen einen festgelegten Ausstoß von CO_2 erlaubten. Wobei weniger Zertifikate zugeteilt wurden, als es nach den prognostizierten Emissionen nötig war, so dass das System ohne Emissions-Reduzierung nicht funktionierte. Wer weniger Emissionen ausstößt als erlaubt, darf seine „Verschmutzungsrechte“ an jene verkaufen, die mehr Emissionen produzieren, die, sollten sie hierfür keine Zertifikate besitzen, Strafe zahlen müssen.

Die Vereinten Nationen versuchen, auf diese Weise einen weltweiten Emissionshandel zu installieren, doch mit dem „Tod“ des Kyoto-Protokolls dürfte der Anreiz hierzu erlahmen. *Bel*

Obama knickt ein

Pipeline-Projekt von Kanada durch die USA vorerst verschoben

Am 10. November feierten die selbsternannten US-Klimakrieger eine gewonnene Schlacht gegen einen Abtrünnigen aus den eigenen Reihen. Der Besiegte heißt Barack Obama, ist noch US-Präsident und möchte es auch wieder werden. Während seines ersten Wahlkampfes, als der internationale Kampf gegen die Erderwärmung auf seinem Höhepunkt war, focht er auf Seiten der Klimakrieger, die alles dafür tun wollen, dass weniger Kohlendioxid (CO_2) produziert wird, das aus ihrer Sicht für die angebliche Erderwärmung verantwortlich ist. Obama versprach, verstärkt auf erneuerbare Energien zu setzen und so vor allem den Verbrauch des als Klimakiller verpönten Erdöls zu reduzieren. Gerade in den USA, wo man sich lange um Energieeffizienz und Reduzierung des Energieverbrauchs keinerlei Gedanken gemacht hatte, gibt es viele Felder, wo man schon allein aus Kostengründen und zum Schutz der Ressourcen Energie sparen kann.

Doch dann kam Obama ins Weiße Haus und kümmerte sich zum Ärger der Klimaschützer, um Finanz- und Wirtschaftskrise, Staatsverschuldung, Gesundheitsversorgung und Rückzug der Soldaten aus dem Irak und Afghanistan. Immerhin sorgte der Unfall der BP-Ölplattform „Deepwater Horizon“ dafür, dass Obama sich vom Öl aus dem Meer distanzierte. Bereits kurz nach dem 11. September 2001 hatten sich die USA noch unter US-Präsident George W. Bush vom Öl aus Nahost distanziert, da man vermeiden wollte, auf diesem Wege Islamisten zu unterstützen. Doch ohne Öl geht es nicht, zumal zwar bestimmte Kreise in den USA im Kleinen Energie sparen und beispielsweise einen Toyota Prius mit Elektromotor fahren, im Großen bleiben die Vereinigten Staaten jedoch die reinsten „Ölfresser“. Daher ist bereits seit Jahren die Pipeline Keystone XL in Planung, die Öl aus Kanada 2700 Kilometer durch die USA bis zum Golf von Mexiko transportieren soll. Irgendwoher müssen die USA ja ihren Ölhunger stillen und daher hat Obama das auch von ihm während des Wahlkampfs 2008/2009 noch abgelehnte sieben Milliarden US-Dollar teure Projekt inzwischen befürwortet, zumal es auch zahlreiche Arbeitsplätze schaffen würde.

Frauenrechte contra Klimaschutz

Doch dann kamen die Klimakämpfer, unterstützt von neun Nobelpreisträgern. Unter ihnen befinden sich der südafrikanische Erzbischof Desmond Tutu und der Dalai Lama. Die Nobelpreisträger fordern in einem offenen Brief an Obama, er dürfe sich nicht von der US-Ölbranche einwickeln lassen. Befürworter der Pipeline behaupten, dass kanadisches Öl „ethisch vertretbar“ sei, während der Rohstoff aus Nahost dazu diene, Geld zur Unterstützung von Terrorismus und Unrechtsregimen, die die Frauenrechte mit Füßen treten, zu verdienen. Aus Sicht der Nobelpreisträger würde die US-Ölindustrie nun die Frauenrechte missbrauchen, um so von fossilen Brennstoffen und dem Klimawandel abzulenken. Öl sei aber grundsätzlich schmutzig, und Öl aus kanadischen Teersanden, das durch eine die Natur zerstörende Pipeline quer durch die USA transportiert würde, besonders. Obama knickte nun ein und verschob die Zustimmung zur Pipeline auf die Zeit nach der Wahl 2013. *Bel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann
(V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Politik, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Leserbriefe:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Rom), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Liselotte Millauer (Los Angeles), Norman Hanert (Berlin), Jean-Paul Picaper, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Jürgen Mahlitz.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **8634**

Zwei Jahrzehnte Lieferzeit

Junge, qualifizierte Fachkräfte braucht die deutsche Wirtschaft, doch die Gesellschaft hat zu wenig zu bieten

Der Mikrozensus, die jüngste Volksbefragung in Deutschland, zeigt: Deutschland wird immer älter und es gibt immer weniger Kinder und Jugendliche, besonders im Osten der Bundesrepublik. Deutschland ist in Mitteleuropa das kinderärmste Land.



Wenig erfolgreich: Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) hatte sich in ihrer vorherigen Funktion als Familienministerin die Steigerung der Geburtenrate auf die Fahnen geschrieben Bild: pa

Allseits bekannt ist, dass seit den 60er Jahren des letzten Jahrhunderts („Pillenknick“) die Zahl der Neugeborenen hierzulande kontinuierlich sinkt. Allen familienpolitischen Maßnahmen und Kinderkrippen zum Trotz muss nun das Statistische Bundesamt feststellen: Die erhoffte Wende in der Bevölkerungsentwicklung fand nicht statt. Die neuesten Zahlen des Mikrozensus, die Roderich Egeler, Präsident des Statistischen Bundesamtes, kürzlich vorstellte, sprechen eine deutliche Sprache: Seit 30 Jahren stagniert die Geburtenrate pro Frau bei 1,4 Kindern, obwohl 2,1 Kinder für die Bestandserhaltung der Bevölkerung notwendig sind.

Besonders die Zahl der unter 18-Jährigen gilt als Gradmesser für die Zukunft, weil nur sie potenziell zukünftig Kinder bekommen können. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung lag vor zehn Jahren noch bei 18,8 Prozent und ist heute auf 16,5 Prozent gesunken. Rechnet man diese Zahlen hoch, so werden in unserem Land im Jahr 2020 noch 15 Prozent Kinder und Jugendliche leben. Keines unserer Nachbarländer hat derart schlechte Zahlen.

Wenn kein gewaltiger Umschwung erfolgt – und der ist nicht abzusehen –, wird die Zahl junger Menschen in Deutschland in den folgenden Jahrzehnten immer kleiner werden. Viele der Krippen, Kindergärten und Schulen, die jetzt noch gebaut werden, dürften bald wieder geschlossen werden. Dramatisch wird sich diese Entwicklung vor allen Dingen auf die deutschen Sozialsysteme auswirken, die auf Transferleistungen von den Jungen auf die Älteren beruhen.

Auch die Wirtschaftsleistung Deutschlands hängt vom Nachwuchs direkt ab. Die derzeit boomende Wirtschaft mag darüber hinweg täuschen, welche Probleme in Zukunft bevorstehen. Aber: Als rohstoffarmes Land ist Deutschland direkt von gut ausgebildeten und zahlreichen Fachkräften abhängig. Anders als bei Finanzkrisen, deren Auswirkungen zumindest mittelfristig zu spüren sind, kommt der Effekt der Kinderarmut schleichend daher. Bereits jetzt ist allerorten vom Mangel an Fachkräften die Rede. Solche Menschen, die von ihrer Ausbildung und Mentalität

Erhöht der Glaube an Gott die Kinderzahl?

tatsächlich in den deutschen Arbeitsmarkt passen, lassen sich nicht kurzfristig leihen und auf den Markt „schießen“, wie Ökonomen sagen. Von dem Moment, da man versucht, eine neue Generation von Menschen zu gewinnen, die gerne mehr Kinder haben möchte, bis zu dem Moment, wo die Kinder tatsächlich auf den Arbeitsmarkt treten, vergehen naturgemäß Jahrzehnte.

Das Statistische Bundesamt beeilt sich in seinem Bericht festzustellen, dass die „Kinder das Wertvollste einer Gesellschaft“ sind. Ähnliche Appelle sind von Kirchen und christlichen Gruppen zu hören, deren gläubige Mitglieder – statistisch nachgewiesen – immerhin auch die relativ höchste Zahl an Kindern auf die Welt bringen. Umgekehrt ist dort, wo der Glaube wenig praktiziert wird, die Zahl der Kinder besonders gering. Im Osten Deutschlands verringerte sich der Anteil der unter 18-Jährigen in den letzten 20 Jahren um 29 Prozent – und dies, obwohl die zu DDR-Zeiten gepflegte Tradition von flächendeckenden Kinderhorten, Kinderkrippen oder Kindergärten fast nahtlos fortgesetzt wurde.

Ein Beispiel für diese langsame Entvölkerung ist die Stadt Schleiz in Thüringen. Wer in die Stadt südlich von Jena/Gera kommt, wundert sich zunächst über leerstehende Häuserzeilen, wie sie inzwischen fast überall in Mitteldeutschland zu finden sind. Hatte sich in den letzten 150 Jahren die Bevölkerung in Schleiz von 4619 auf 9528 verdoppelt, so sinkt seit 1996 die Zahl der Einwohner (derzeit 8717) kontinuierlich ab. Noch immer regiert in Schleiz übrigens der alte SED-Bürgermeister Heinrich Rimpel, heute für die Partei „Die Linke“.

Mit hoffnungsvolleren Zahlen können die „alten“ Bundesländer im Westen aufwarten. Nur um zehn Prozent ist die Zahl der unter 18-Jährigen seit dem Mauerfall 1989 zurückgegangen. Die Bevölkerungsentwicklung wird daher für Großstädte wie München, Hamburg oder im Rheinland optimistischer prognostiziert. Der Kinderreichtum von Immigranten aus der Türkei, afrikanischen und arabischen Ländern sorgt hier für bessere Zahlen, aber auch für hohe Quoten bei Schulabbruch, Arbeitslosigkeit und Kriminalität.

Als Vorzeigeregion für eine geglückte Integration gilt die Region um das niedersächsische Cloppenburg. Kinderreichtum und eine wachsende Wirtschaft gehen hier Hand in Hand. In vielen Familien werden dort drei und mehr Kinder groß. Oft genug sind es hier christlich geprägte Russlanddeutsche, die durch ihren Fleiß und durch geordnete Familienverhältnisse für Aufschwung und gute Zukunftsaussichten sorgen. *Hinrich E. Bues*

MELDUNGEN

Transparenz bei Arztrechnungen

Berlin – Künftig sollen Kassenpatienten im Internet abrufen können, wieviel ein Arzt der Krankenkasse für ihre Behandlung in Rechnung gestellt hat. So will die Regierungskoalition für mehr Transparenz bei Ärztehonoraren sorgen. In der vergangenen Woche haben Gesundheitsexperten von CDU und FDP über ein entsprechendes Gesetz beraten, das die ärztliche Versorgung insgesamt verbessern soll. Die Verbesserungen schließen auch Behinderte und Pflegebedürftige ein, die einen Arzt oder Zahnarzt benötigen. Die Regierung will jährlich 20 Millionen Euro Wegegeld für Zahnärzte ausgeben, die bereit sind, Heim- und Hausbesuche auf sich zu nehmen sowie die aufwändige zahnmedizinische Versorgung in Alten- und Pflegeeinrichtungen zu übernehmen. *MRK*

Sonderstatus für Frauen

Kalkar – Seit Jahren können Stellen beim Kommando Spezialkräfte (KSK) der Bundeswehr nicht besetzt werden, weil es zu wenig männliche Anwärter gibt. Deshalb rekrutiert die Bundeswehr verstärkt Frauen. Weil die Aufnahmeprüfung des KSK die Anwärter der geheimen, in Krisengebieten operierenden Eliteeinheit mit Gewaltmärschen und psychologischen Tests bis an den Rand der körperlichen und seelischen Belastbarkeit führt, bei der nur die wenigsten bestehen, will man für die weiblichen Rekruten ein entschärftes Programm durchführen. Obwohl die Ausbildung weiblicher Elitekriegerinnen umstritten ist, sollen sie das KSK ab Mitte 2012 verstärken. US-Spezialkommandos hätten bereits gute Erfahrungen mit weiblichen Soldaten in verdeckten Operationen gemacht, weil gerade in heiklen Zugriffsmissionen ihre Anwesenheit deeskalierend wirke, lautet die Begründung. *MRK*

Noch immer stark

BdV hat 1,3 Millionen Mitglieder

Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat noch immer mehr Mitglieder als alle großen politischen Parteien zusammen. Dies ist das Ergebnis der Mitgliedererhebung für das Jahr 2011. Demnach zählt der BdV derzeit 1,3 Millionen Mitglieder. Die großen politischen Parteien CDU, CSU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen, die seit Jahren unter einem kontinuierlichen Mitgliederschwund leiden, bringen es dagegen zusammen nur noch auf 1,23 Millionen Mitglieder.

Mehr Mitglieder als die politischen Parteien

Der 1957 durch die Fusion des Bundes der vertriebenen Deutschen mit dem Verband der Landsmannschaften gebildete Bund der Vertriebenen – Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände ist der Dachverband der deutschen Vertriebenenverbände und vertritt die in 20 Landsmannschaften, 16 Landesverbänden und vier angeschlossenen Mitgliedsorganisationen organisierten Vertriebenen, Aussiedler und Spätaussiedler. Der BdV befindet sich in einer Übergangsphase von der Erlebnisgeneration zur Bekenntnisgeneration. Diese Entwicklung hat in der Vergangenheit zu einem Rückgang der Mitgliederzahlen geführt. Dennoch zeigt sich Erika Steinbach, Bundestagsabgeordnete (CDU) und Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, unter den gegebenen Umständen mit der Mitgliederentwicklung zufrieden.

Das gemeinsame Anliegen der Vertriebenen für die Zukunft sei es, so Steinbach, die junge Generation für das Schicksal ihrer Vorfahren zu sensibilisieren und das kulturelle Erbe Ostdeutschlands weiterzutragen. Darüber hinaus wolle der BdV das Interesse und das Engagement aus dem Bereich der von Vertreibung nicht betroffenen Familien und deren Nachfahren gewinnen. Die Vertreibung der Deutschen habe für alle, sowohl für die Betroffenen wie die davon Verschonten, zu dramatischen Umwälzungen in ganz Deutschland geführt, die unser Land dauerhaft verändert hätten. Steinbach weiter: „Das kulturelle Erbe aus den Vertreibungsregionen gehört darüber hinaus unverzichtbar zum Kulturgut aller Deutschen. Dafür wollen wir auch das Interesse Nichtvertriebener wecken und sie für unsere Aufgaben gewinnen.“ *J.H.*

Orientalen einsame Spitze

80 Prozent der Intensivtäter Berlins haben Immigrationshintergrund

Jugendkriminalität – Ursachen und Lösungsstrategien“ war das Thema einer Fachtagung der Deutschen Polizeigewerkschaft in Berlin. Der Leiter der Berliner Intensivtäterabteilung, Oberstaatsanwalt Rudolf Hausmann, referierte über das „Neuköllner Modell“ zur Beschleunigung einiger Strafverfahren. Über seine „Hauptkundschaft“, die Intensivtäter, sagte er leider so gut wie nichts. Erst am Schluss präsentierte er wenigstens ein paar Zahlen. 80 Prozent der derzeit 546 „Intensivtäter“ in Berlin haben „Migrationshintergrund“. Von diesen wiederum sind (Stand 30. Juni 2011) 46 Prozent „arabischer“ und 33 Prozent türkischer Herkunft, zwei Prozent sind „sonstige Orientalen“. Aus Bosnien stammen fünf Prozent, aus dem Kosovo zwei Prozent, zwölf Prozent sind „Sonstige“.

Zahlen bestätigen Kirsten Heisigs Thesen

Diese Zahlen sind fast gleich mit jenen, welche Jugendrichterin Kirsten Heisig in ihrem letztes Jahr erschienenen Buch „Das Ende der Geduld“ schon für 2009 nannte, und auch 2008 und 2007 waren sie fast genauso. Heisig betonte: „Als Intensivtäter werden nur solche Personen bezeichnet, die innerhalb eines Jahres mindestens zehn erhebliche Delikte begangen haben. Diejenigen, die also knapp unterhalb dieser Grenze liegen, werden zwar als Mehrfachtäter angesehen, finden jedoch in der Intensivtäterstatistik keine Berücksichtigung.“ Schwerkriminelle, die 30 und mehr erhebliche Taten aufweisen, hätten zu etwa 90 Prozent Migrationshintergrund. Um das Ausmaß der Kriminalität besser zu verdeutlichen, verwies Heisig auf eine Studie, wonach 264 Intensivtäter knapp 7000 Straftaten begingen.

Oberstaatsanwalt Hausmann ist als Leiter der Intensivtäterabteilung der Nach-Nachfolger des wegen deutlicher Worte zur „Migrantengewalt“ im Jahr 2008 versetzten Oberstaatsanwalts Roman Reusch. Dessen direkter Nachfolger Ingo Kühn, der zuvor Straßenverkehrsdelikte bearbeitete, antwortete laut „Spiegel“ auf die Frage, ob er wie sein Vorgänger ebenfalls hart gegen junge Kriminelle durchgreifen wolle: „Das Wort Härte, das gefällt mir nicht.“ Auch für Hausmann besteht allem Eindruck nach keine Gefahr, jemals der SPD-geführten Berliner Justiz unangenehm aufzufallen.

Bei einem Pressegespräch im Juni im Amtsgericht Tiergarten hatte Hausmann zu einem Fall, bei dem ein Jugendlicher einen „Polenböller“ auf eine Gruppe anderer Jugendlicher warf und damit ein Mädchen schwer verletzt hatte, geäußert, man wisse noch nicht, ob dies in „Verletzungsabsicht“ geschehen sei. Als der Vertreter der *PAZ* dem Oberstaatsanwalt darauf in scharfem Ton entgegenhielt, beim Wurf eines illegalen, bekannt hochgefährlichen „Polenböllers“ auf Personen sei mindestens von bedingtem Vorsatz (Dolus eventualis) auszugehen, der Täter also eine Verletzung mindestens in Kauf nehme, schwieg Hausmann nur noch; dies auch in Anwesenheit von Justizsenatorin Gisela von der Aue (SPD) und von Jugendrichtern.

Viele »Täterversteher« in der Justiz

Innensenator Erhart Körting (SPD) hatte 2008 im Magazin „Focus“ erklärt, für die Gewaltmisere bei Migranten seien auch „Allesversteher und -verzeiher“ unter den Richtern mitverantwortlich. „Sie und vor allem die Gutachter“, so Körting, „behandeln jeden 18- bis 21-Jährigen so, als ob er Klein-Doofi wäre.“ Für gewisse Staatsanwälte scheint dies auch zu gelten.

Der Sozialarbeiter Thomas Sonnenburg beglückte auf der Tagung mit seinem Standardspruch „Es gibt immer für alles eine Lösung“, womit der Täterversteher seine umsorgte Klientel meinte. Für das Opfer Giuseppe Marcone (23) gab es keine Lösung. Der junge Koch wurde im September von Baris B. (22) und Ali K. (21) in den Tod gehetzt. Die beiden türkischstämmigen Täter aus Neukölln waren längst wegen Raubes und Gewaltdelikten polizeibekannt.

Der Kriminologe Christian Pfeiffer (SPD) hat eine Studie über Jugendgewalt in Berlin vorgelegt. Auftraggeber war die „Berliner Kommission gegen Gewalt“ unter Vorsitz von Staatssekretär Thomas Härtel (SPD). Das Ergebnis, wonach die Gewaltbelastung in Berlin nicht höher als in anderen Großstädten sei, erfreute die Genossen an der Spree. Angesichts der Größe und sozial-ethnischen Zerklüftung Berlins seien jedoch allgemeine Durchschnittswerte ohne Aussagewert bezüglich der realen Lage in vielen Teilen der Stadt, hielt der Vertreter der *PAZ* dem Kriminologen entgegen. Und zitierte Franz Josef Strauß: „Wenn man den Kopf in der Sauna hat und die Füße im Kühlschrank, sprechen Statistiker von einer angenehmen mittleren Temperatur.“ *Michael Leh*

MELDUNGEN

Drei Urteile gegen Russland

Straßburg – Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat erstmals den russischen Staat in drei Fällen zu Entschädigungszahlungen verurteilt. Eine Tschetschenin soll 98000 Euro für den nicht aufgeklärten Mord an ihrem Sohn erhalten, ein Russe muss für in der Haft erlittene Folter mit 18000 Euro entschädigt werden, und ein Usbeke, der als politischer Flüchtling abgewiesen wurde, soll 14000 Euro bekommen. *MRK*

Sarrazin-Besuch hat Nachspiel

Graz – Der vielbeachtete Vortrag von Thilo Sarrazin Ende September in Graz hat ein Nachspiel: Fritz Grillitsch, der Obmann des ÖVP-Bauernbundes, dessen steirische Landesgruppe den Vortrag organisiert hatte, legte sämtliche Parteiämter nieder. Er behält nur sein Parlamentsmandat. Grillitsch war wegen des Vortrags von der ÖVP-Zentrale arg angegriffen worden – schließlich ist er der erste ÖVP-Politiker, der sich der Auseinandersetzung über die Folgen der Massenzuwanderung gestellt hat. *RGK*

Piraten besser abgewehrt

London – Es sind vor allem indische Schiffseigner, die die neue Wucht der Piratenüberfälle zu spüren bekommen. Seit sich die somalischen Freibeuter in den Indischen Ozean vorwagen, sind nahezu alle Schiffsrouten in Gefahr, wie das Internationale Maritime Büro in London mitteilt. Der Schaden für die Weltwirtschaft wird auf jährlich etwa neun Milliarden US-Dollar geschätzt. Allerdings waren die Angriffe dank der Selbstverteidigungsanlagen und bewaffneten Sicherheitskräfte an Bord vieler Schiffe deutlich erfolgloser. *J.F.*

Droht Kampf um den Thron?

Nach dem Tod des Kronprinzen droht sein Nachfolger die kleinen Reformen des Königs zurückzunehmen

Nach dem Tod von Saudi-Arabiens Kronprinz Sultan könnte der erzkonservative Prinz Naif Kronprinz werden und das Land vollends vom Arabischen Frühling abkoppeln. Aber ein Machtkampf um den Thron oder gar ein Sturz des saudischen Königshauses wäre für die Weltwirtschaft und die weltweite Ölversorgung unübersehbar.

Die Nachricht vom Tod des saudischen Kronprinzen Sultan bin Abdul Aziz, dessen Alter auf 86 geschätzt wurde, erreichte den 88-jährigen saudischen König Abdullah in einem Krankenhaus, wo er sich erneut einer Operation am Rücken unterziehen musste. Kronprinz Sultan gehörte seit Jahrzehnten zu den mächtigsten Politikern im Lande, seit 40 Jahren stand er an der Spitze des saudischen Verteidigungsministeriums. Er gilt als der Schöpfer der modernen saudischen Armee, die er mit modernstem Kriegsgerät ausstattete und zu einer der schlagfertigsten der Region ausbaute. Sein Tod hat schlagartig die fragilen Machtverhältnisse an der Spitze des ölreichen arabischen Königreiches offenbart. Ein Generationenwechsel, wie er in jeder anderen Monarchie nach dem Tod des Thronanwärters anstehen würde, ist in Saudi-Arabien laut Verfassung nicht möglich. In Saudi-Arabien wird der Herrschaftsanspruch nämlich nicht auf den jeweils ältesten Königssohn vererbt, sondern geht nach Alter gestaffelt auf alle (Halb-)Brüder des Herrschers über. Als der Gründer des modernen Saudi-Arabiens, König Abdul Aziz Ibn Saud, im Jahr 1953 starb, hinterließ er 34 Söhne, die von 17 seiner 22 Frauen zur Welt gebracht worden waren. Auf den Thron folgte ihm damals sein ältester Sohn Saud, dann kamen Faisal, Khaled, Fahd und am 1. August 2005 der damals 81-jährige Abdullah. Der Dynastiegründer wollte durch diese Regelung einen Konkurrenzkampf unter seinen Ehefrauen noch zu Lebzeiten vermeiden. Gerade dies scheint jedoch jetzt der Fall, denn von den einst 34 Söhnen von Ibn Saud sind noch zehn am Leben, nur die Hälfte von ihnen kommt aus Altergründen noch für die Thronfolge in Frage, der jüngste ist 68 Jahre alt.

Infolge der höchst komplizierten Festlegung der Thronfolge könnte Sultans ungleicher Halbbruder, Prinz Naif, als nächster zum Zug kommen. Prinz Naif ist „erst“ 78 und gilt schon seit Jahrzehnten als potenzieller Thronanwärter. Er leitet seit Jahrzehnten das Innenministerium. Der neue starke Mann in Saudi-Arabien gehört zu den Konservativen in der Königsfamilie. Er ließ vor einiger Zeit mit der Feststellung aufhorchen, dass für Parteien und Parlamentswahlen in Saudi-Arabien keine Notwendigkeit gegeben sei. Er war es, der noch Monate nach den Terroranschlägen vom 11. September bestritt, dass Saudis überhaupt an den Verbrechen beteiligt waren. Auch für mehr Rechte von Frauen in der Gesellschaft sieht Prinz Naif keine Notwendigkeit. Er sträubt sich selbst gegen die bescheidensten Versuche, die beschämende

> Bruderregel bei der Erbfolge wegen der 22 Ehefrauen

Stellung der Frauen in dem islamischen Königreich zu verbessern. Seine Bestellung zum Kronprinzen im Jahr des Arabischen Frühlings wäre gegen den regionalen Trend.

Die Stürme des Arabischen Frühlings konnte König Abdullah mit enormen Sozialgeschenken an das eigene Volk und Waffenhilfe an das Nachbarland Bahrain abmildern. Dennoch werden die Diskussionen über Reformen und mehr Rechte für die Bevölkerung, vor allem für Frauen und die schiitische Minderheit im Osten, in den sozialen Medien Twitter und Facebook immer intensiver geführt. Die Proteste in Saudi-Arabien richten sich weniger gegen König Abdullah, der als „liberal“ und reformfreudig gilt, sondern vielmehr gegen Innenminister Prinz Naif. Vor kurzem führte König Abdullah das Frauenwahlrecht ein. Erstmals zur Geltung kommen soll es aber erst bei den Kommunalwahlen 2015, doch dann könnte bereits Naif auf dem Thron sitzen und die Reform wieder rückgängig machen.

2009 hatte König Abdullah wegen der Erkrankung von Kronprinz Sultan seinen Halbbruder Naif zum stellvertretenden Premierminister ernannt, ein Posten, der als Sprungbrett auf den Königsthron gilt. Die Erbschaftsfrage wurde eröffnet durch König Abdullah selbst, als er seinen Posten als Oberkommandierender der 250000 Mann starken saudischen Nationalgarde kurz vor seinem Krankenhausaufenthalt in den USA 2010 seinem Sohn Mitab (57) übergeben hatte. Diese eigenständige Machtübergabe vom Vater auf Sohn ohne Berücksichtigung der Familienrangfolge hatte zu Rivalitäten mit anderen Zweigen der Familie geführt, denn die Inhabe eines hohen Staatsamtes ist neben der Zugehörigkeit zu dem Hause Abdul Aziz Ibn Saud eine der Voraussetzungen, um in den Kreis der Thronanwärter aufzusteigen. Diese Vorgänge könnten auch ein Anzeichen dafür sein, dass König Abdullah, entgegen der üblichen Praxis, zur Lösung der Nachfolgekrise auf seine eigenen Söhne – er hat davon 15 von insgesamt neun Ehefrauen –, als mögliche Nachfolgekandidaten setzen könnte.

Erst seit 1953 ist Saudi-Arabien ein zentralistischer Staat, vorher war das Königreich eine lockere Ansammlung von vielen Stammesgebieten unter der Leitung lokaler Stammesherrscher. Die hohe Anzahl von Ehefrauen der saudischen Herrscher war auch dadurch bedingt, dass durch Eheschließungen Allianzen mit den jeweiligen Stämmen der Ehefrauen begründet wurden. Viele Beobachter fürchten jetzt, dass der Nachfolgestreit im Hause Saud, der im Grunde ein Generationsproblem ist, wieder zur Herausbildung neuer lokaler Machtzentren im Lande führen könnte und am Ende die Monarchie und der Zentralstaat zerfallen könnten. Deshalb hat König Abdullah bereits 2006 einen Familienrat einberufen, dem alle noch lebenden Söhne Abdul Aziz', 13 Enkel und je ein vom König ausgewählter Sohn des Königs und des Kronprinzen angehören. Dieser Familienrat soll laut Mandat in geheimer Wahl den zukünftigen Herrscher wählen. Hier gilt der 78-jährige Naif als Favorit. *Bodo Bost*



König Abdullah in Bedrängnis: Der kranke Monarch will Streit um den Thron verhindern Bild: pa

Kolumbien vor Neuanfang

Tötung des »Freiheitskämpfers« Cano könnte Farc destabilisieren

In den ersten Novembertagen ging ein vernehmliches Aufatmen durch das krisengeschüttelte Kolumbien. In einer gemeinsamen Anstrengung war es dem Heer des Landes im Zusammenwirken mit dessen Luftwaffe gelungen, Alfonso Cano, den Führer der bewaffneten Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens, der Farc, zu töten. Damit verlor Lateinamerikas größte und bedrohlichste Guerilla nicht allein ihren Anführer. Der 63-jährige Kämpfer diente seinen Kombattanten über Jahrzehnte zunächst als Ideologe. Seinen Mitkämpfern empfahl er sich 2008 als Nachfolger von Pedro Antonio Marín. Dieser „dienstälteste Guerillero der Welt“ brachte es zu legendärem Ruhm unter seinem Kampfnamen „Tirofijo“ (fester Schuss): Während mit dem ehemaligen Bauernführer „Tirofijo“ die Farc sich zu einer gefürchteten Guerilla entwickelte, die von seinem im Dschungelkampf erworbenen praktischen Wissen profitierte, stand Cano für den ideologischen Überbau.

Die Geschichte der Farc geht zurück auf die Aufstände der Landbevölkerung in den östlich der Hauptstadt Bogotá gelegenen Llanos Orientales zur Mitte des letzten Jahrhunderts. Diese Menschen waren einer unbeschreiblichen Ausbeutung durch die Großgrundbesitzer ausgesetzt. Aus einer zerlumpten und mit angerosteten Schusswaffen bewaffneten verzweifelten Gruppe Aufständischer ist unter dem Führungsduo „Tirofijo“/Cano eine zum Teil sogar auch mit MPs neuester Bauart ausgestattete und effizient trainierte Streitmacht geworden, die große Landesteile im Süden Kolumbiens kontrolliert. Die Farc ist bestens

> Selbst Fidel Castro bezeichnet Farc als Gangster

vernetzt und kann auf beachtliche Erfolge verweisen. So nahm sie ein Bataillon Soldaten gefangen und ließ diese selbst für modernste Satellitenaufklärung unauffindbar von der Erdoberfläche verschwinden. Als Vorlage dient häufig die Taktik des Vietcong aus den 1960er Jahren. In Anlehnung an den berühmten Ho-Tschi-Minh-Pfad durchzieht ein ähnlich geheimes Wegesystem Kolumbien.

Diesen Berufsrevolutionären erscheint es nicht als Widerspruch, einem marxistisch-leninistisch geprägten Gesellschaftsmodell das Wort zu reden und parallel dazu beträchtliche Geldsummen bei internationalen Banken außerhalb des Landes zu deponieren. Diese Gelder stammen aus der einträglichen sogenannten Entführungsindustrie, der nicht nur Begüterte in Stadt und auf dem Land zum Opfer fallen. Auch die Bauern fernab der Schutz bietenden Metropolen sehen sich dem Druck der sie drangsalierenden bewaffneten Farc-Kampfverbände ausgesetzt, Rauschgift, überwiegend den Cocastrauch, zu kultivieren. Mit geringsten Beträgen für ihren Einsatz abgespeist, verzigfacht sich der Wert des zu Kokain verarbeiteten Rohstoffs und beschert den Farc-Kommandanten Gewinne von zig Millionen US-Dollar.

Diese Vertreter der selbsternannten Freiheitskämpfer überkommen keine Skrupel, selbst Minderjährige aus der Landbevölkerung zwangszurekrutieren. Das hat dazu geführt, dass sich die Altvorderen der kubanischen Revolution von ihren kolumbianischen Gesinnungsgenossen schon vor Jahren losgesagt haben. Der ergraute Dauerrevolutionär Fidel Castro ging sogar soweit, die Companeros in Kolumbien als Gangster abzukanzeln. Das sollten sie in linker solidarischer Unterstützung auf den Plan gerufene Gutmenschen in Europa ins Gedächtnis rufen, bevor sie den Tod dieses Heroen der „sozialen Gerechtigkeit“ Alfonso Cano allzu lautstark betrauern.

Michael Johnschwager

Nationale Netzwerke bei EZB

Studie belegt, dass manche Länder mehr Führungskräfte stellen

Ein erstaunliches Phänomen war nach dem 1. November in den Führungsgremien der Europäischen Zentralbank (EZB) zu beobachten: Genau zu dem Zeitpunkt, in dem Italien in den Fokus der Finanzmärkte geraten ist, haben italienische Vertreter an der Spitze der EZB Einfluss wie kein anderes Land. Nachdem Mario Draghi zum Monatsanfang Chef der EZB geworden war, wies das EZB-Direktorium mit Lorenzo Bini Smaghi gleich zwei italienische Vertreter – durch das Ausscheiden Jean Claude Trichets – allerdings kein französisches Mitglied mehr auf. Bislang galt das ungeschriebene Gesetz: Die „großen“ Euro-Mitgliedsländer Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien sind alle im EZB-Direktorium vertreten, aber keines der Länder hat zwei Sitze inne.

Zustande gekommen ist der Tabubruch durch die Weigerung Lorenzo Bini Smaghis, gemäß einem von Berlusconi und Sarkozy gemachten Kuhhandel, mit dem Mario Draghi ins Amt gehievt wurde, „freiwillig“ seinen EZB-Posten zu räumen. Bereit gewesen wäre er dazu nur, wenn Berlusconi ihn zum Chef der italienischen Zentralbank gemacht hätte. Der gab allerdings dem stellvertretenden Generaldirektor der Banca d'Italia Ignazio Visco den Vorzug. Noch offensichtlicher als im EZB-Direktorium machte sich die Rücktritts-Weigerung Lorenzo Bini Smaghis im EZB-Rat bemerkbar: Neben Mario Draghi als EZB-Chef und Lorenzo Bini Smaghi hat dort nämlich noch Ignazio Visco für die Banca d'Italia Sitz und Stimme. Nach massivem Druck von Seiten des französischen Präsidenten Sar-

> Wissenschaftler weisen nationale Bevorzugung nach

kozy hat Lorenzo Bini Smaghi zum 1. Januar 2012 nun seinen Wechsel an die US-Universität Harvard bekannt gegeben und damit die Verstimmung zwischen Frankreich und Italien erst einmal entschärft.

Nach offizieller Lesart sollte die nationale Herkunft des Führungspersonals ohnehin keinen Einfluss auf die geldpolitischen Entscheidungen der EZB haben. Dass diese Darstellung nichts mit der Realität zu tun hat, macht eine Studie der Professoren Harald Badinger von der Wirtschaftsuni Wien und Volker Nitsch von der TU Darmstadt deutlich. Detailliert haben die beiden Wissenschaftler die Nationalität von 190 der 210 EZB-Führungskräfte ermittelt. Zutage trat dabei, dass hochrangige EZB-Vertreter bevorzugt Landsleute in die Bank nachholen, so dass sich nationale Netzwerke in der EZB gebildet haben. Auch konnten die beiden Wissenschaftler nachweisen, dass diese Netzwerke die geldpolitischen Entscheidungen der EZB beeinflussen. Die Zinspolitik wird spürbar nach den ökonomischen Bedürfnissen der Länder ausgerichtet, die überproportional in der EZB vertreten sind.

Wie brisant das Resultat der Untersuchung ist, lässt sich daran erkennen, dass sich beide Wissenschaftler entschlossen haben, einen wichtigen Teil der Studie nicht zu veröffentlichen: Geheim bleibt die Aufstellung, welche Nationen überproportional beim EZB-Führungspersonal vertreten sind und welche Länder demzufolge von bisherigen Entscheidungen mehr als andere profitiert haben. Aufschlussreich sind aber auch die Informationen, die von der EZB selbst veröffentlicht werden: So hat die EZB in der ersten Woche unter ihrem neuen Chef Mario Draghi Staatsanleihen im Wert von 9,5 Milliarden Euro gekauft und damit das Kaufvolumen gegenüber der Vorwoche fast verdoppelt. Bei einem Großteil der aufgekauften Papiere soll es sich um italienische Staatsanleihen gehandelt haben. *N.H.*

Rettungsfonds am Rande des Scheiterns

Staaten wie Norwegen, Russland und Japan verweigern Unterstützung, EFSF findet kaum Käufer für Anleihen

Auf eine Billion Euro gehebelt und mit Geld von internationalen Investoren verstärkt, sollte der Euro-Rettungsfond EFSF den Durchbruch zur Stabilisierung der Euro-Zone bringen. Inzwischen zeichnet sich aber nicht nur ab, dass ausländische Staatsfonds kaum Interesse am EFSF haben, sondern dass der Fonds an den Finanzmärkten sogar selbst ins Straucheln gerät.

„Wir werden die Euro-Rettung mit Sympathie begleiten“, so oder ähnlich lauten die Absagen, die sich die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Christine Lagarde, und EFSF-Chef Klaus Regling bei ihrer Werbetour für die Erweiterung des Euro-Rettungsschirms derzeit bei den Staatsfonds von Norwegen, Russland und Japan einhandeln. China hat die Anfrage nach Beteiligung am EFSF sogar mit Gegenforderungen beantwortet: Peking fordert eine Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft, mehr Einfluss beim IWF oder eine Aufhebung des EU-Waffenembargos.

Bemerkbar macht sich die Zurückhaltung von Investoren aber auch immer mehr bei den Anleihen, mit denen der EFSF an den Märkten Geld einsammeln will. Seit Jahresbeginn konnten lediglich magere 16 Milliarden Euro aufgenommen werden. Noch schwerwiegender ist aber, dass die Renditen der Anleihen mittlerweile doppelt so hoch sind, wie die von Bundesanleihen. Während im Januar noch EFSF-Anleihen zu einem Zinssatz von 2,8 Prozent platziert werden konnten, ist der Zinssatz mittlerweile auf 3,5 Prozent gestiegen. Dass der Zinssatz nicht noch höher liegt, könnte womöglich auch noch Resultat von Trickserei sein: Wie der „Sunday Telegraph“ berichtet, soll der EFSF bei der letzten Anleihen-Versteigerung selbst Papiere im Wert von mindestens 100 Millionen Euro gekauft haben, um ein Debakel zu verhindern.

Die dürftige Bilanz des Euro-Rettungsfonds ist der Finanzbranche natürlich nicht verborgen geblieben. Joachim Fels von Morgan Stanley hält es zwar immer noch für möglich, dass sich der EFSF „noch in eine Panzerfaust verwandelt“, aber momentan habe der Fonds „mehr Ähnlichkeit mit einer Wasserpistole“.

Das absehbare Scheitern des EFSF lässt weitere anzapfbare Geldtöpfe in den Blick rücken: Neben der Europäischen Investitionsbank vor allem den Internationalen Währungsfonds (IWF) unter Führung von Christine Lagarde. Die rührt – bisher nahezu ohne Erfolg – nicht nur für den EFSF die Werbetrommel bei Investoren, sondern hat sicherheitshalber auch schon dafür gesorgt, dass ihr beim IWF mehr Kompetenzen eingeräumt werden, etwa bei der kurzfristigen Einräumung von Hilfskrediten.

IWF muss helfen und EZB soll mehr Staatsanleihen kaufen

Trotz aller öffentlichen Dementis bezüglich des Griffs auf die deutschen Goldreserven zur Euro-Rettung lohnt sich ein Blick in die Abschlussdeklaration des G20-Gipfels von Cannes: Dort findet sich der Vorschlag einer „speziellen Struktur beim IWF“ wieder, die aus „Sonderziehungsrechten und freiwilligen Beiträgen“ gespeist werden soll. Auch EU-Ratspräsident Hermann van Rompuy soll bereits einen entsprechenden Entwurf in der Schublade haben, bei dem die IWF-Sonderziehungsrechte – de facto nationale Währungsreserven – nicht beim EFSF, sondern in einer Zweckgesellschaft beim IWF eingebracht werden. Sollte van Rompuys Entwurf darauf abzielen, die Mitwirkung des deutschen Bundestages auszuschalten, indem er die Sonderziehungsrechte statt für den im Blick der Öffentlichkeit stehenden EFSF lieber dem verschwiegen agierenden IWF unter französischer Führung zuschanzt, könnte er sich verkalkuliert haben. Im Gegensatz zu anderen Ländern liegt die Verfügungsmacht über die IWF-Sonderziehungsrechte in Deutschland nicht bei der Regierung, sondern bei der Bundesbank.

Wie lange der Rückgriff auf derartige Reserven den Kollaps des politischen Projekts „Euro“ noch aufhalten kann, ist ohnehin fraglich: Barclays Capital hat in den letzten Tagen Berechnungen zur Situation Italiens vorgelegt. Nach Kalkulation der Bank ist der Punkt, bis zu dem Italien noch zu retten gewesen wäre, bereits überschritten. Gemessen an seiner Leistungskraft hält die Bank für Italien lediglich ein Zinsniveau von 5,5 Prozent bei den Staatsanleihen für tragbar. Massive Stützungskäufe der EZB haben die Rendite lediglich wieder auf 6,5 Prozent drücken können. Die Kalkulation von Barclays ist durchaus nachvollziehbar – allerdings nicht der präsentierte Lösungsvorschlag: Gefordert wird das unbegrenzte Aufkaufen von Staatsanleihen durch die EZB, de facto der Startschuss zum Gelddrucken. Die Forderung wird von anglo-amerikanischen Medien und Bankenvertretern immer energischer vorgebracht. Ein Artikel im britischen „Telegraph“ verdient allerdings besondere Beachtung: In einem mit „America and China must crush Germany into submission“ überschriebenen Artikel fordert Ambrose Evans-Pritchard, der gemeinhin als Sprachrohr der „City of London“ gilt, unverhohlen, Druck auf Merkel und die Deutschen zur Unterordnung auszuüben, damit sie sich mit dem Anwerfen der Druckerpresse abfinden. Angesichts des absehbaren Scheiterns der bisherigen Euro-Rettungsversuche via EFSF oder IWF wird durch die angelsächsischen Forderungen dankenswert die Entscheidung, vor der Deutschland bald stehen wird, auf den Punkt gebracht: Inflation mit wahrscheinlichem Ende Hyperinflation oder Rückkehr zur eigenen Währung. *Norman Hanert*



EFSF verfehlt Wirkung: Euro-Rettungsfonds zahlt höhere Zinsen als Deutschland Bild: Bildagentur online

KURZ NOTIERT

Bukarest will 2015 den Euro: Nachdem schon der Beitritt Rumäniens in den Schengen-Raum auf Druck der Niederländer verschoben wurde, will Bukarest zumindest 2015 den Euro einführen. Zwar habe man mit einem Haushaltsdefizit von 6,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) 2010 die Grenze des Maastricht-Vertrages, die drei Prozent vorsieht, überschritten, aber dafür läge die Staatsverschuldung nur bei 31,8 Prozent des BIP, so Bukarest. *Bel*

Polen klagt gegen Ostseepipeline: Auch nach der Inbetriebnahme der Nord-Stream-Pipeline macht Polen weiter gegen das größte Energie-Infrastrukturprojekt Europas mobil. Wie bekannt wurde, zieht die polnische Hafengesellschaft Swinemünde ihre Klage gegen das Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrografie (BSH) nicht zurück. Das Amt hatte den Verlauf der Trasse auf dem deutschen Meeresboden vor dem Swinemünder Hafen erst genehmigt. Nun jedoch plant Polen ein großes Terminal für tiefgängige Gastanker, über das Erdgas vom Persischen Golf nach Swinemünde gebracht werden soll. Die Hafengesellschaft fordert daher die Tieferlegung der Pipeline im Meeresboden der Fahrrinne vor Swinemünde auf einer Länge von 2,8 Seemeilen. Die Pipeline zwischen dem russischen Wyborg und dem deutschen Lubmin war am Dienstag vergangener Woche in Betrieb genommen worden. Über die Rohre sollen im Endausbau jährlich 55 Milliarden Kubikmeter Gas nach Westeuropa gelangen. *CR*

Grünes Licht für Russlands WTO-Beitritt: Nach 18 Jahren Verhandlungen über einen Beitritt Russlands zur Welthandelsorganisation (WTO) scheint die Aufnahme nur noch Formsache zu sein. Nachdem Russland und Georgien vergangene Woche ein Abkommen unterzeichnet haben, das die Zollverwaltung und die Überwachung von Handelsgütern zwischen beiden Ländern regelt, ist die letzte Hürde beseitigt. Diplomatische Kreise in Genf gehen davon aus, dass der WTO-Ministerrat am 18. Dezember dem Beitritt Russlands zustimmen wird. *MRK*

Deutschland: Geldwäscheland?

OECD, USA und EU üben Druck aus und messen mit zweierlei Maß

Deutschland ist ein „bedeutendes Geldwäscheland“ sagt ein aktueller Bericht des US-Innenministeriums. Vor allem die USA und jüngst wieder die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD stellen Deutschland wegen Geldwäsche an den Pranger. Demnach gibt es kaum Kontrollen und wenig Hindernisse für Organisierte Kriminalität.

Jeder Deutsche, der schon einmal mehrere Tausend Euro in bar bei einer Bank eingezahlt hat, und sei es nur, um fürs Ersparte mehr Zinsen zu bekommen, kennt das: Ab 15 000 Euro gibt es Post vom Finanzamt wegen Verdachts auf Geldwäsche. Bald müssen Banken Bareinzahlungen unbekannter Kunden auf fremde Konten ab 1000 Euro prüfen, so will es eine Gesetzesverschärfung. Dank elektronischer Vernetzung ist jeder Kontoinhaber heute durchschaubar wie eine Vitrine. Damit nicht jeder Geldanleger in die Mühlen der Justiz gerät, verlangen deutsche Gesetze gegen Geldwäsche, dass einschlägige Vorstrafen vorhanden sind. Genau das kritisiert nun unter anderem die OECD. Laut deren jüngsten Erkenntnissen blüht die Schattenwirtschaft in Deutschland: Das Gesamtvolumen schätzen OECD-Experten auf 500 Milliarden Euro, den jährlichen kriminellen Gewinn auf 43 bis 57 Milliarden Euro. Konkret bemängelt die seit 1989 für den Kampf gegen Geldwäsche zuständige OECD-Unterorganisation Financial Action Task Force (FATF), Deutschland sei „ungehorsam“ (noncompliant). Die FATF droht Deutschland auf ihre „schwarze Liste“ zu setzen, wo zur Abschreckung nur Schurkenstaaten stehen. Gerade im Nichtbankenbereich versagt laut FATF das deutsche Mittel der Verdachtsanzeigen. Die OECD will hier mehr Prozesse und Verurteilungen sehen. Druck wurde und wird auch von der EU ausgeübt. Das zeigte Wirkung. Deswegen hat die Bundesregierung im September die Überwachung des Geldverkehrs erneut gesetzlich verschärft, unter anderem auch durch die genannte 1000-Euro-Regel. Künftig müssen Anwälte und Steuerberater, Spielbanken und Immobilienmakler zweifelhafte Geldtransfers anzeigen. Die neuen deutschen Maßnahmen begründet die Politik indes ausdrücklich auch mit der Bekämpfung des Terrorismus. Das heißt: Einspruch zwecklos.

Derweil geraten neben Kriminellen immer mehr Bürger unter Verdacht: 2010 stieg die Zahl der Verdachtsanzeigen um 22 Prozent auf mehr als 11 000, so das Bundeskriminalamt. Dass bisher weniger als ein Prozent der hier gewaschenen Gelder beschlagnahmt werden, wie der Vizepräsident des Bundeskriminalamts (BKA), Jürgen Stock, kritisiert, wird sich durch neue Meldepflichten nicht bessern: Zu einer Verurteilung reichen keine Verdachtsbeschreibungen aus Spielkasinos, die in Zukunft sogar auf „politisch exponierte Personen“ achten und Gewinne ab 2000 Euro dokumentieren müssen.

„Deutschland hat die Geldwäsche fast zwei Jahrzehnte lang billigend in Kauf genommen“, poltert Ex-Goldman-Sachs-Banker Andreas Frank. Über diese US-Bank ist bekannt, dass sie wie andere Top-Adressen des US-Banksektors Geldwäsche für Libyens Diktator Muammar al-Gaddafi betrieben hat. Goldman Sachs knüpfte die Verbindung sogar mithilfe der US-Regierung und das trotz scharfer US-Gesetze gegen Geldwäsche.

Auch die FATF, so Kritiker, misst mit zweierlei Maß und weitet ihre Befugnisse seit den Anschlägen vom 11. September 2001 immer weiter aus. Sie macht sich dabei die Position der USA zu eigen. *SV*



Foto: Archiv

Belehrungen aus den USA: Dort wusch Gaddafi sein Geld

Geliebtes Bargeld

Deutsche zahlen wenig mit Karten

Die Deutschen lieben Bargeld. Alle Versuche die Deutschen zu eifrigen Nutzern von Girokarten wie die Skandinavier oder von Kreditkarten wie die US-Amerikaner zu machen, waren bisher nicht sehr erfolgreich: Zirka 60 Prozent aller Einzelhandelsumsätze werden in Deutschland immer noch mittels Bargeld abgewickelt.

Die Gründe für die Vorliebe der Deutschen zum Bargeld hat bereits vor einiger Zeit die Bundesbank unter die Lupe genommen: Das Resultat der Studie zeigt, wie weit die Theorien der Wirtschaftswissenschaftler mitunter von der Alltagsrealität entfernt sind. Während in der ökonomischen Lehre davon ausgegangen wurde, dass sich die Kunden für die Zahlungsmethode entscheiden, die die niedrigsten Transaktionskosten verursacht, steht für viele Deutsche etwas ganz anderes im Vordergrund: Barzahlungen ermöglichen ohne großen Aufwand einen Überblick über ihre Ausgaben.

Nicht nur eine Frage der Sicherheit

International werden allerdings die Bestrebungen zur vollständigen Durchsetzung des bargeldlosen Bezahlens immer stärker: In den skandinavischen Ländern, die weltweit ohnehin Vorreiter beim Bezahlen per Karte sind, wurde schon 2010 eine Kampagne zur „bargeldlosen Gesellschaft“ angeschoben. Psychologisch geschickt verknüpft man zum Beispiel in Schweden den Aspekt der Bequemlichkeit für die Kunden mit gezielter Angstmache: „Wer Bargeld besitzt, läuft Gefahr, überfallen und ausgeraubt zu werden.“

Dass es bei der Propaganda für die bargeldlose Gesellschaft um mehr geht, als um Sicherheit für die Verbraucher, wird am Beispiel Griechenlands deutlich: Dort sollen Zahlungen über 1500 Euro nur noch per Banküberweisung oder Kreditkarte durchgeführt werden. Mit Hilfe des elektronischen Zahlungsverkehrs soll die notorische Schattenwirtschaft eingedämmt werden. Die Möglichkeiten, so Steuerhinterziehern auf die Schliche zu kommen, sind in der Tat immens. Allerdings auch die Gefahren einer Totalüberwachung der Bürger. *N.H.*

Auf sich gestellt

Von Jan Heitmann

Wenn selbst eine eigentlich als regierungsnah geltende Denkfabrik wie die Stiftung Wissenschaft und Politik den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan als planlos kritisiert, ist das ein deutliches Signal an die politisch Verantwortlichen. Keine klare Zielvorgabe, keine Definition des Einsatzwecks, keine Vorgaben hinsichtlich des Weges und der Mittel. Statt dessen bekommen die Soldaten den bis zum Exzess strapazierten, plakativen Ausspruch des einstmaligen Bundesverteidigungsministers Peter Struck von unserer Demokratie, die angeblich auch am Hindukusch verteidigt werde, zu hören. Auf der Grundlage dieser beliebigen Aussage muss die Bundeswehr seit nunmehr zehn Jahren in Afghanistan Krieg führen. Die Kommandeure sind auf sich gestellt. Ihre Handlungen erfolgen nicht im Rahmen einer strategischen Weisung, sondern sie werden ihnen von den gegnerischen Kräften und den von eigenen Interessen geleiteten Verbündeten diktiert. Die Folge: Sie müssen aus der lokalen Lage heraus nach bestem Wissen und Gewissen für ihren Verantwortungsbereich eine eigene „Strategie“ entwickeln. Die Politik darf unsere Soldaten aber nicht länger sich selbst überlassen.

Im Rettungswahn

Von Rebecca Bellano

Gäbe es nicht die Euro-Krise, könnten wir Deutsche uns sicher sein, dass die deutsche Kanzlerin Angela Merkel als erste Klima-Retterin in Durban für eine Verlängerung des Kyoto-Protokolls kämpfen würde. Doch nach der ganzen Euro-Retterei dürfte selbst Merkel erschöpft sein, zumal ihre Verhandlungspartner aufgrund der ganzen Krisen der letzten Jahre noch weniger Lust verspüren dürften, Milliarden US-Dollar, Euro oder was auch immer in Klimaschutzprojekte zu investieren.

Zudem ist die von Klimaschützern vorhergesagte Klimakatastrophe ein ziemlich abstraktes, fernes Problem. Auch verwundert es, dass nach dem vorhergesagten Waldsterben der 80er, der deutsche Wald immer noch existiert, und dass nach dem Schwinden des Ozonlochs der 90er zumindest noch nicht alle Australier an Hautkrebs gestorben sind. Und wieso es schon lange vor den Menschen und der von ihr geschaffenen CO_2-ausstoßenden Maschinen Erderwärmungen gab, nur die jetzige aber menschengemacht sein soll, konnte bisher auch noch kein Klimaschützer überzeugend erklären.

Trotzdem wurden bereits Milliarden für abstrakte Katastrophenvermeidungsstrategien ausgegeben. Dabei hätte es genügend Möglichkeiten gegeben, das Geld in die Bewältigung greifbarer Probleme zu investieren. Ohne Zweifel altert unsere Gesellschaft, doch anstatt ein finanzielles Polster anzulegen, wurden immer neue Schulden angehäuft, unter anderem zur Finanzierung abstrakter Zukunftsprobleme. Und anstatt Länder, die unter einem ansteigenden Meeresspiegel leiden, beim Küstenschutz zu helfen, erfand man E10.

Was ist eigentlich Geld?

Von Hans Heckel

Langsam dürfte es selbst den uneinsichtigsten Politikern dämmern, dass die Strategie der „Rettungsschirme“ gescheitert ist. Das Versprechen einer „Expertenregierung“, die Italien vom Chaos befreien soll, verpufft an den misstrauischen Märkten ebenso wie der gigantische Rettungsschirm EFSF. Die „Erleichterung“, die voreilige Kommentatoren auf dem Börsenparkett nach der jeweils letzten Verheißung stets erkennen wollen, hält mittlerweile nur noch Stunden.

Es wird sichtbar, dass das Problem tiefer liegt. Die exorbitanten Staatsschulden in der EU, den USA und Japan sind selbst nur Teilaspekt einer viel größeren Schieflage. Das Problem ist die weltweite Menge an Geld und geldähnlichen Wertpapieren an sich.

Was ist eigentlich Geld? Letzten Endes ist es nichts weiter als ein Leistungsversprechen. Tausend Euro kann man nicht essen, niemand kann darauf irgendwohin fliegen oder fahren, und man kann darin auch nicht wohnen. Mit tausend Euro aber hat man den Anspruch auf Leistungen zu genau dem Preis, die man sich frei aussuchen kann. Das ist der entscheidende Fortschritt der Geldwirtschaft gegenüber dem Tauschhandel, bei dem man immer erst jemanden finden musste, der genau die Ware, die man zu bieten hat, auch bekommen möchte.

Es liegt das Versprechen auf eine Leistung vor

So weit, so gut also. Das Problem besteht darin, dass global mittlerweile weit mehr solcher „Leistungsversprechen“ kursieren, als eingelöst werden können. Einer Berechnung zufolge jagt in nur einem Monat rund 14 Mal so viel Kapital über die Weltmärkte, wie die Wirtschaft des ganzen Planeten in einem Jahr erbringt. Damit kursieren Leistungsversprechen um die Erde, die niemals konkret eingelöst werden könnten.

Verdeckt wird dies dadurch, dass meist nur Kapitalvermögen gegen Kapitalvermögen, also Leistungsversprechen gegen Leistungsversprechen gehandelt wird. Würden die Inhaber aller dieser Leistungsversprechen auf einmal auf konkrete Einlösung pochen, würde der Geldwert ruckartig auf das Niveau seines realen Gegenwerts abstürzen – Inflation.

Das passiert nicht, da immer viel Geld gespart wird. Somit ist ein gewisser Abstand zwischen dem Leistungsversprechen des Geldes und der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft an sich kein Beinbruch. Indes, auf das Ausmaß des Abstandes kommt es an. Und der hat in den vergangenen 20 Jahren Dimensionen angenommen, dass die Märkte an der Einlösungsfähigkeit der Leistungsversprecher, etwa der verschuldeten Staaten, zu zweifeln beginnen.

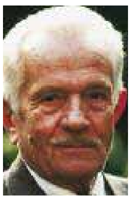
Nun kommt es darauf an, ob es den Akteuren gelingt, diesen Abstand durch Schuldenreduzierung behutsam zu verkleinern. Mit immer neuen Schulden dürfte ihnen das kaum gelingen.



Zigaretten als Ersatz-Währung: Nach dem Zweiten Weltkrieg war die Reichsmark wertlos und so erlebte der Tauschhandel seine Wiederentdeckung. Zumindest auf dem illegalen Schwarzmarkt waren Zigaretten ein beliebter Währungsersatz. Da Kinder schnell und wendig waren und eher mit der Nachsicht der Besatzungssoldaten rechnen konnten, agierten sie oft für die Familie als Käufer und Verkäufer.

Bild: Interfoto

Moment mal!



Hummeressen mit Sahra und Oscar

Von Klaus Rainer Röhl

An diesem Tag, dem 9. November, der in Deutschland schon früher als Tag der Bewegung gefeiert wurde, durften deutsche Fernseh-Zuschauer einen ganzen Abend lang ein Stück DDR ohne Maske sehen. „Es ist nicht vorbei“ hieß der Spielfilm von Kristin Derfler und Clemens Murath, der von einer Frau handelt, die in ganz besonderer Weise das Opfer des Stasi-Strafvollzugs wurde. Ausnahmsweise war der Film ohne die in letzter Zeit bei jeder Berichterstattung üblich gewordenen Beschönigungen unter dem Motto: „Es war nicht alles schlecht in der DDR“. Diese Einschränkungen hätten in diesem Fall auch vom eigentlichen Thema weggeführt und wären dem Versuch einer Verharmlosung von Verbrechen gleichgekommen. Der Film betont, dass die DDR ein von Stalin in seiner Besatzungszone errichtetes Zwangsregime war, regiert von linientreuen Kommunisten. Schon der Versuch, das Land zu verlassen, wurde mit Gefängnis bestraft. Frauen, die wegen einer versuchten Ausreise (= Flucht) verurteilt wurden, kamen zusammen mit Schwerkriminellen, Mörderinnen, Totschlägerinnen und Prostituierten in das berüchtigte Frauengefängnis Hoheneck. Ihre Kinder wurden ins Heim gebracht oder zu linientreuen Pflegeeltern gegeben. Dieses Frauengefängnis unterstand dem besonderen Regime der Staatssicherheit.

Das Ziel war es, die Frauen von Hoheneck zu „erziehen“, das heißt sie zu brechen, ihren politischen Widerstand, aber auch ihre ganze Persönlichkeit zu brechen – auch auf die Gefahr hin, sie an Leib und Seele irreparabel zu schädigen. Wenn Schlafentzug, Disziplinarstrafen, Arrest-, Wasser- und Dunkelzellen das Ziel nicht erreichten, halfen auch Gefängnisärzte mit Psychopharmaka, die Frauen willenlos zu machen. Die Insassen mussten in drei Schichten arbeiten. Die Umstände in dem Knast waren entwürdigend: Die Frauen mussten vor aller Augen aufs Klo, durften nur einmal in der Woche duschen. Das Essen war fast ungenießbar durch zu lange Lagerung der Zutaten: Im Grieß tummelten sich Raupen, die Kartoffeln stanken, Sauerkraut war das einzige Gemüse. Obst gab es gar nicht. Wer krank wurde, erhielt längst abgelaufene Medikamente, bei vielen Frauen blieb die Regelblutung aus, Folgen von Stress und Kälte, es war im Winter fast immer nur zehn Grad in dem düsteren Gemäuer. Wer dennoch gegen die Behandlung protestierte, bekam Arrest, Isolation und Dunkelzelle. Der Freikauf in den Westen war für die meisten die einzige Hoffnung. Von Anfang der 50er Jahre bis 1989 waren rund 8000 Frauen aus politischen Gründen auf Hoheneck in Haft. Ein Fünftel der insgesamt 180 000 politischen Gefangenen in der DDR wurde vom Westen – gegen Devisen versteht sich – „freigekauft“.

Hier das Leid von Hoheneck, dort die Liebelei bei der Partei »Die Linke«

Derflers Filmfigur, Carola Weber, eine Musiklehrerin, gespielt von Anja Kling, hat ihrem Mann, einem Klinikarzt in Koblenz, nie von ihrer Haft erzählt. Als der eines Abends seinen neuen Chefarzt zum Abendessen mitbringt, erkennt Carola Weber ihn nicht sofort. Doch seine Stimme kennt sie genau. Es ist die ihres einstigen Peinigers auf Hoheneck. Ihr aus dem Westen stammender Mann will ihr nicht glauben, der Chefarzt streitet seine Schuld vehement ab, bezichtigt sie sogar, psychisch krank zu sein. Ein spannender Psychothriller, in dem die Ehe der Frau zu zerbrechen droht, aber der Stasi-Arzt am Ende doch von seiner Vergangenheit eingeholt wird.

Ist nun alles vorbei? Leider nicht. Gefängnis-Wächter, -Ärzte und Stasi-Mitarbeiter setzten nach der Wiedervereinigung ihre Berufskarrieren fort. Es gilt, bis hin in die Nachfolger-Partei der damals herrschenden SED, immer weniger als ein Makel, geschweige denn ein Berufshindernis, an führender Stelle der DDR oder sogar bei der Staatssicherheit mitgearbeitet zu haben. Im Gegenteil, ehemalige Stasi-Mittäter, deren Bezüge gekürzt, nicht etwa gestrichen wurden, organisieren Widerstand, der von den Mitgliedern der Partei „Die Linke“, wie die SED sich nach Vereinigung mit einigen Splittergruppen aus der alten Bundesrepublik und Einzelpersönlichkeiten wie Oskar Lafontaine nun nennt, getragen wird. Eine erst vor kurzem innerhalb der Partei anerkannte Fraktion, die „Kommunistische Plattform“, bekennt offen ihre Bewunderung für Stalin, seinen deutschen Statthalter Walter Ulbricht und verteidigt die von ihm errichtete Mauer als notwendig. Auch die Stasi wird von der „Kommunistischen Plattform“ lebhaft verteidigt.

An diesem 9. November lief nicht nur der kompromisslos DDR-kritische Film „Es ist nicht vorbei“ mit der von keiner Musik- und Blödelschau erreichten Einschalt-Quote von 18,2 Prozent. Am Abend ergänzte die Dokumentation „Die Frauen von Hoheneck“ den Bericht über die Wirklichkeit in Ulbrichts Staatsgefängnis. Am gleichen Tag bringt die größte seriöse deutsche Tageszeitung, die „Frankfurter Allgemeine“, an besonders auffälliger Stelle ein ganzseitiges Porträt von Sahra Wagenknecht, nachdem der „Spiegel“ bereits am Montag zuvor eine ebenfalls überdimensionale Geschichte mit vielen Fotos über die schöne Kommunistin gebracht hatte.

Bekenntnis zu Stalin und Ulbricht ist heutzutage offenbar nicht schlimm

Erst zwei Tage später wurde der Grund für dieses auffällige Interesse sichtbar. Es war die öffentliche Verkündung der Liebesgeschichte des Parteivize Lafontaine mit seiner aufstrebenden Aktivistin Sahra Wagenknecht. Glückwunsch für das junge Paar! Wo die Liebe hinfällt. Doch Anlass, ein paar Fragen zu stellen. Wie gerne hätte man zum Beispiel gewusst, ob sich die Befürworterin von Stalin, Ulbricht, seiner Mauer und dem „Schild und Schwert der Partei“, der Stasi, den Film über die Frauen von Hoheneck angesehen hat. Wer ist die heute 42-jährige Frontfrau?

Sarah Wagenknecht wurde 1969 in Jena als Tochter einer Deutschen und eines nur besuchsweise in die DDR einreisenden Persers geboren: Ihren Vater lernte sie nie kennen. 1988 machte sie in Ost-Berlin Abitur und trat 1989 ein halbes Jahr vor dem Mauerfall in die SED ein. Den Staat, in dem sie geboren wurde, hätte sie gern länger erhalten. Die Wiedervereinigung heißt für sie heute noch „Anschluss“. Von Deutschland spricht sie im DDR-Jargon gern als von der „BRD“. 1991 bis 1995 war sie Mitglied des Parteivorstands der PDS, seit 1991 ist sie auch Leiterin der „Kommunistischen Plattform“. Im Juni 2007 wurde sie in den Vorstand der Partei „Die Linke“ gewählt.

Gern gibt sie sich neuerdings politisch gewandelt. Ihre Mitgliedschaft in der „Kommunistischen Plattform“ „ruht“ zur Zeit, wie es heißt. Sie selbst bleibt umtriebig. Ihr Ziel ist, dass alle Großunternehmen verstaatlicht werden sollen, die Reichen schlicht mehr zahlen und die Armen mehr erhalten. Einfacher geht's nicht. Damit dieses Ziel noch schneller erreicht wird, steuert die Linkspartei eine neue Führungsspitze an. Der linke Parteiflügel will offenbar eine Doppelspitze für die Bundestagsfraktion wählen. Das Führungs-Duo soll wenn möglich mit einem Mann und einer Frau, jeweils aus dem Osten und dem Westen, bestehen. Nach der neuen, soeben verkündeten Love-Story wären die Genossen Oskar und Sahra das ideale Paar.

Die Verteufelung des Kapitalismus ist eine Hauptbeschäftigung der fast täglich in Talkshows auftretenden Vorzeige-Linken. Ähnlich wie Lafontaine liebt sie das gute Leben auch schon vor dem Endsieg des Kommunismus. Mit Porschefahren und Hummeressen hat die langjährige Europa-Abgeordnete, die seit 1994 mit einem Filmproduzenten verheiratet ist, jedenfalls kein Problem. „Ich bin für eine Gesellschaft, in der alle Menschen Hummer essen können“, sagt sie in einem Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“. Da freuen wir uns aber.

»... und wenn es nur gute Verse sind ...«

Ruhelos, aber wirkmächtig: Dem Dichter Heinrich von Kleist zum 200. Todestag

Zerrissenheit, Unruhe und vor allem Unsicherheiten kennzeichnen das Leben des Dichters und Erzählers Heinrich von Kleist. Dieser Tage gedenkt man des 200. Todestages des Dichters.

Nahezu symbolträchtig beginnt diese Zerrissenheit schon mit seinem Geburtsdatum. Unklar ist, ober er wirklich – wie das Kirchbuch vermerkt – am 18. Oktober 1777 in Frankfurt an der Oder zur Welt kommt, oder bereits am 10. Oktober, wie er selbst in einem Brief aus dem Jahr 1800 korrigiert.

Ständige Ortswechsel, vielfältige Unternehmungen und noch mehr Ideen der verschiedensten Art machen den Weg Kleists aus. Gerade das „Kleist-Jahr“ 2011 gibt Anlass zum Erscheinen einer größeren Zahl neuer Biografien sowie für Veranstaltungen, die eine Annäherung an das Phänomen Heinrich von Kleist versuchen. Um mehr als eine Annährung kann es sich jedoch nicht handeln – zu komplex und widersprüchlich ist die Persönlichkeit. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Überlieferung nicht lückenlos ist. Auch die Gründe für den Freitod, welchen er am 21. November 1811 gemeinsam mit seiner Vertrauten Henriette Vogel suchte, geben weithin Anlass für Spekulationen. Gescheitert fühlt er sich und doch inszeniert er den Selbstmord am Kleinen Wannsee in einer seltsam anmutenden Euphorie. Zumindest wollte er selbst es so für die Nachwelt überliefert wissen.

Annäherung an das Phänomen Heinrich von Kleist

Heinrich von Kleist tritt – wenig überraschend für einen preußischen Offizierssohn – zunächst in das Heer ein und nimmt 1793 an der Belagerung von Mainz teil. Ab 1795 steht er für vier Jahre im Garnisonsdienst in Potsdam. Die Zeit beim Militär betrachtete er später als verlorene Jahre. Dem ist allerdings nur bedingt zuzustimmen, denn kriegerische Auseinandersetzungen, zumindest im weiteren Sinne, sollten das Rückgrat seiner Dichtungen bilden. Folgt man dem Kleist-Forscher Hans Joachim Kreutzer, so war er sogar „ein Kriegsdichter par excellence“. Die Schriftstellerei, die sein letztes Jahrzehnt prägt, ist allerdings auch das einzig Stabile und Verbindende in diesem Leben.



Stilles Gedenken: Eine Rose ziert den Grabstein des Dichters Bild: Archiv

1799 nimmt Kleist seinen Abschied. Für drei Semester studiert er in Frankfurt an der Oder. Offiziell belegt er Jura, widmet sich aber größtenteils anderen Fächern: Neben der Philosophie hat es ihm vor allem die Physik angetan. Er träumt davon, ein hydrostatisches Tauchboot zu bauen und überträgt für sich das Gesetz der polaren Kontaktelektrizität von der Naturwissenschaft in die Sphäre der Moral. Kleist zufolge verhalten sich Menschen in ihren Anziehungs- und Abstoßungskräften wie elektrische Körper. Er denkt sogar über die künstliche Erzeugung eines lebendigen Körpers nach. Noch im Oktober 1810 veröffentlicht er Pläne einer „Wurf- oder Bombenpost“. Das Studium bricht er nach drei Semestern ab. Er reist, lässt sich nieder und geht dann doch wieder weg. Freundin und Begleiterin ist ihm oft seine Halbschwester Ulrike, die ihn auch materiell unterstützt. Ansonsten sind seine Beziehungen eher unstet. 1800 verlobt er sich mit Wilhelmine von Zenge, zwei Jahre später wird diese Verbindung wieder gelöst. Nach Dresden reist er, nach Paris, in die Schweiz. Und immer wieder schreibt er. Er sucht und findet Kontakte zu Literaten und Dichterkreisen. In Oßmannstedt hält er sich eine Weile bei Christoph Martin Wieland auf, der den jungen Dichter sehr schätzt. Goethe hingegen hält nicht allzu viel von Kleist.

Nach einem mehrmonatigen Aufenthalt in Berlin und einer Ausbildung im Finanzdepartement nimmt Kleist im Mai 1805 eine Tätigkeit an der Kriegs- und Domänenkammer in Königsberg auf. Hier hält es ihn vergleichsweise lange, er besucht auch Vorlesungen von Christian Jakob Kraus, der vehement die Ideen von Adam Smith vertritt. Im Januar 1807 wird er im französisch besetzten Berlin verhaftet und unter Spionageverdacht in Frankreich inhaftiert.

Aus dieser Zeit ist ein Brief an Wieland überliefert: „Die ganze Veränderung mindestens, die ich dadurch erleide, besteht darin, daß ich nunmehr in Joux, statt in Dresden oder Weimar dichte; und wenn es nur gute Verse sind, was gilt dann das Uebrige?“ Vieles spricht dafür, dass diese Aussage des ruhelosen Dichters mehr ist als ein Schönreden der mehrmonatigen Gefangenschaft.

Zwei Orte sind für sein Wirken in der folgenden Zeit bedeutend: Ab August 1807 ist er in Dresden ansässig. Wohl auch aufgrund der hier entfalteten Produktivität – unter anderem begründet er das Journal „Phoebus“ – wird die These vertreten, sofern Kleist überhaupt eine Heimat gehabt habe, sei dies die sächsische Hauptstadt gewesen.

In Dresden fand der Dichter vorübergend eine Heimat

Im April 1809 verschwindet Kleist sozusagen, die folgenden Monate seines Lebens liegen weitgehend im Dunkeln. Ab Februar 1810 hält er sich in Berlin auf – bis zu seinem Tod.

Die große Wertschätzung ist Kleist zu Lebzeiten versagt geblieben, er selbst fühlt sich – vor allem am Ende – verkannt und einsam.

Erst nach dem Tod ist es ihm vergönnt, in hohem Maße durch das zu wirken, was ihm am wichtigsten war: seine Dichtungen und Erzählungen, die bis heute aufgeführt und gelesen werden. Dies gilt für „Das Käthchen von Heilbronn“ ebenso wie für „Michael Kohlhaas“, „Die Marquise von O...“ und das Drama in fünf Akten „Prinz Friedrich von Homburg“.

Eine unglaubliche Faszination geht vor allem von den tragischen Helden aus, die Heinrich von Kleist – mit den Worten des Germanisten Günter Blamberger – „in Krisen und Katastrophen treibt und dabei die Welt zur Kenntlichkeit entstellt“. *Erik Lommatzsch*

Geschmacklos und aufwühlend

Der Tod in der Kunst ist das Thema zweier Ausstellungen, die derzeit in Wuppertal und Remscheid zu sehen sind

Wenn im November die Blätter von den Bäumen fallen und die Natur zu sterben scheint, dann werden viele Menschen an ihre eigene Vergänglichkeit, an den Tod erinnert. Allerheiligen, Allerseelen, Buß- und Bettag, Totensonntag und Volkstrauertag – besonders im November hat das Totengedenken Hochkonjunktur. Auch Künstler haben sich, zu allen Zeiten, mit dem Tod beschäftigt und versucht, ihm ein Gesicht zu geben. Dürer stellte in seinem Bild „Die Apokalyptischen Reiter“ den Tod als schreckenerregendes Skelett, auf einem Pferd reitend, dar. Auch Totenköpfe auf gekreuzten Knochen waren ein beliebtes Motiv zur gruseligen Darstellung des Todes auf Grabmälern und Gedenkplatten. Als ein sehr gutes Geschäft für (katholische) Kirche und Klerus erwiesen sich im Mittelalter die angsteinflößenden, monsterhaften Bilder und Phantasien vom Jenseits (zum Beispiel bei Hieronymus Bosch). Raffiniert geschürte Ängste vor dem Jüngsten Gericht, dem Fegefeuer und der Hölle verschafften den Päpsten bis zur Zeit Martin Luthers hohe Einnahmen. Dank einer Geldzahlung (Ablass), die als „gutes Werk für das Seelenheil“ galt, sollte ein nicht mehr so steiniger Weg in den Himmel möglich werden.

Die Ausstellung in der Wuppertaler Von-der-Heydt-Kunsthalle zeigt ganz andere Sichtweisen und Vorstellungen vom Tod. Direktor Gerhard Finckh hat mit den Kuratoren Birgit Richard, Professorin für Kunstpädagogik in Frankfurt, und Oliver Zybok, künstlerischer Leiter der Remscheider Galerie, eine hintergründige Mischung aus Bildern, Skulpturen, Fotos, Videos und Installationen zusammengestellt. 40 junge Gegenwartskünstler greifen das Thema aus ihrer Sicht auf. Alle Exponate stammen aus den letzten 20 Jahren. Erwin Olaf aus Amsterdam etwa spielt mit der zerbrechlichen Schönheit und deren Nichtigkeit angesichts des Todes, wenn er die makellos gestylte Lady Di (mit Diadem, Perlenkette und Diamant-Ohrringen) mit betörend durchdringendem Blick auf den Betrachter darstellt. Erst auf den zweiten Blick fällt ein in den Oberarm gebohrter Mercedes-Stern auf, der eine blutende Wunde in die Prinzessin geschlagen hat. Das Bild mutet fast wie eine moderne Variante des gekreuzigten Jesus an.

Hintergründig visualisiert die Frankfurter Künstlerin Almut Linde den (gar nicht mehr so seltenen) Tod bei Bundeswehreinsätzen: Nein, kein Zinksarg, kein durchschossener Stahlhelm, kein zerfetzter olivgrüner Anzug, sondern ovale Erkennungsmarken aus Zinkblech. Sauber, glänzend, fast wie Schmuckstücke. „Dirty Minimal, 62.4 – 1347 Lives“ nennt Almut Linde ihre Installation. Genau 1347 dieser „Hundemarken“ (Bundeswehrjargon) hängen wie ein Mobile oder wie ein Faden-Vorhang zwischen zwei Räumen. Der Ausstellungsbesucher muss ihn durchschreiten, bekommt dabei die individuelle Erkennungsnummer direkt vor die Nase gesetzt. Ein Schaudern stellt sich möglicherweise dann ein, wenn er die Bedeutung des ovalen Blechs erfährt. Die Marke besteht aus zwei Hälften, jeweils mit der Erkennungsnummer versehen. Beim Tod des Soldaten würde die eine Hälfte den Angehörigen zugeschickt, die andere Hälfte verbleibt an der Leiche.



Erwin Olaf: „Di ... 1997“ Bild: Schmidtke

Ebenfalls unsichtbar bleibt der Tod bei dem mondänen Ölgemälde „Ohne Titel“ von Dirk Skreber aus Lübeck. Das 1,20 mal 1,80 Meter große Bild zeigt in schon bedrohlicher Wucht ein zerfetztes Fahrgestell mit abgerissenen Reifen durch die Luft fliegend. Instinktiv zieht der Betrachter den Kopf ein, damit ihn die Teile nicht treffen. Lebende oder tote Personen? Fehlanzeige. Doch rote (Blut-)Spritzer lassen Schlimmstes erahnen.

Voll ins Absurde gleitet das Video „Beautiful“ von Ene-Lis Semper aus Reval / Estland. Zu sehen ist ein menschlicher Körper (Torso) mit weißem Pullover. Eine männliche Stimme hinter der Kamera gibt Anweisungen wie bei einem Mode-Fotoshooting (Foto schießen): „Näher ran...“, „ja, so ist es in Ordnung“, „Ok, ich bin fertig...“. Dann wird das „Schießen“ im wörtlichen Sinne Wirklichkeit. Es knallt mehrmals. Der weiße Pullover färbt sich blutrot. Einige Sekunden später verschwindet das Bild vom Monitor und der Bildschirm wird schwarz. Verwirrung und Verunsicherung beim Betrachter: Ist das Model nun tot? Was war daran schön („beautiful“)? Was soll das Ganze?

Siegfried Schmidtke

Die Ausstellung in der Von-der-Heydt-Kunsthalle, Wuppertal-Barmen, Geschwister-Scholl-Platz 4-6, ist bis 14. Februar 2012, dienstags bis sonntags von 11 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 3/2 Euro. Parallel läuft die Ausstellung bis zum 8. Januar 2012 auch in der Galerie der Stadt Remscheid, Scharffstraße 7–9, mittwochs bis sonntags von 14 bis 18 Uhr, Eintritt 3,50 / 2 Euro.

In Kürze

Kämpfer mit sicherem Griff

Die deutsche Museumsszene um die Wende zum 20. Jahrhundert ist geprägt von Namen wie Wilhelm von Bode, Alfred Lichtwark und Hugo von Tschudi. Ohne sie wäre die damals moderne Kunst eines Liebermann und Corinth, eines Monet oder Gauguin in den Museen an Spree, Elbe oder Isar nicht angekommen. Einer, der besonders darum kämpfen musste, war der 1851 in Österreich geborene Hugo von Tschudi. Seine Kunstkarriere begann der Jurist als Assistent bei Wilhelm von Bode an der Berliner Gemäldegalerie. 1896 wurde er zum Direktor der Nationalgalerie Berlin ernannt. Sein oberster Dienstherr Wilhelm II. warnte allerdings – noch wohlgelaunt: „Nur keine violetten Schweine!“ Die gute Stimmung änderte sich bald, als Tschudi die französischen Impressionisten den deutschen Zeitgenossen vorzug. Auch zu Bode, mit dem ihn ursprünglich eine freundschaftliche Beziehung verband, geriet er zunehmend im Kampf um Mäzene in Konkurrenz. Der Streit zwischen Tschudi und Wilhelm II. eskalierte in der Entlassung des Direktors und in dessen Wechsel 1909 nach München an die Neue Pinakothek, im Gepäck Werke unter anderem von Renoir, van Gogh und Matisse. Diese konnten allerdings erst nach Tschudis Tod am 23. November 1911 für die Sammlung mit Spendengeldern erworben werden. *os*



Hugo von Tschudi Bild: Archiv

Ein großer Verlust

Ohne ihn wäre der Denkmalschutz in den Köpfen der Deutschen nicht so fest verankert wie heute. Mit dem Tod von Gottfried Kiesow am 7. November hat die Denkmalpflege in Deutschland einen ungeheuren Verlust erlitten. Im Frühjahr 2011 erhielt Kiesow für sein Lebenswerk den Deutschen Nationalpreis. Der am 7. August 1931 in Alt Gennin, Kreis Landsberg an der Warthe Geborene wuchs in Liebwalde, Kreis Mohrungen auf. Ihm lag nicht zuletzt auch die Bausubstanz in Ostpreußen am Herzen. „Je weiter wir nach Osten sehen, desto problematischer wird die Situation“, sagte er einmal in einem Interview mit der *PAZ*. Er sehe aber mit Zuversicht in die Zukunft, da die Kollegen im Osten viel Einsatz zeigten. So hat er einen Teil des Preisgeldes in das deutsch-polnische Projekt zur Rettung des Schlosses Steinort gesteckt. Denkmalschutz war für Gottfried Kiesow der „Dank der Gegenwart an die Vergangenheit und ihr Geschenk an die Zukunft“. *SiS*



Bild: [illegible]

Gottfried Kiesow †

Englands Schicksalsname

Während Britannien unter Elisabeth I. sich anschickte, zur Weltmacht zu werden, fiel es unter Elisabeth II. in Bedeutungslosigkeit

Zwei große Jubiläen in Großbritannien kündigen sich für das Jahr 2012 an und werfen Licht oder Schatten voraus: Die Eiserne Hochzeit und das Diamantene Thronjubiläum von Königin Elisabeth II. Vielleicht wie keine andere Person auf dieser Welt hat die populäre Monarchin in den letzten 60 Jahren den Niedergang des Britischen Weltreiches, das ihre Namensvetterin Elisabeth I. (1533–1603) aufzubauen begann, miterleben müssen.

Ähnlich wie die amerikanische Schauspielerin Shirley Temple wurde die kleine Prinzessin Elisabeth mit ihrem lockigen Haar kurz nach ihrer Geburt im Jahr 1926 ein Medienstar. Von früh auf in der Etikette des Hofes erzogen, erlebte sie hautnah die Wirren des englischen Königshauses in den 30er Jahren mit, die schließlich unverhofft 1936 ihren Vater Albert als König George VI. auf den Thron gelangen ließen. Der stotternde König, dessen Leben jüngst durch den Film „The King's Speech“ so beeindruckend in Erinnerung gerufen wurde, war für die junge Prinzessin ein beeindruckender Vater, wie Thomas Kielinger in seiner neuen Biografie „Elisabeth II.“ schildert. Der starke Raucher erkrankte schließlich an Lungenkrebs, sodass die seit 1947 mit dem griechischen Prinzen Philipp (Mountbatton) verheiratete Elisabeth mit einer frühen Thronbesteigung rechnen musste.

Am 6. Februar 1952 ereilte die junge Prinzessin die Nachricht vom Tode des Vaters jedoch völlig unerwartet. Sie weilte zu diesem Zeitpunkt 6500 Kilometer von London entfernt in Kenia im Gäste-Baumhaus „Treetops“ in den Aberdare-Bergen. Zunächst hatte sie, noch im kenianischen Baumhaus weilend, die Frage zu beantworten, welchen Namen sie als Königin zu wählen gedenke. Ihre Wahl fiel auf „Elisabeth“, einen ihrer Vornamen, womit sie unzweifelhaft an die große Tradition von Elisabeth I. anknüpfen wollte, die ab 1558 das „Empire“ mit großer Entschlossenheit und auch Brutalität (gegenüber ihren Gegnern) aufzubauen begann. Elisabeth I. sagte sich endgültig von der katholischen Kirche los und etablierte die anglikanische „Church of England“ als geistliche und moralische Instanz des Weltreichs. Berühmt ist in dieser Hinsicht die Enthauptung ihrer schottischen und katholischen Konkurrentin Maria Stuart (1587). Mit dem Sieg der königlichen Flotte über die spanische Armada (1588), den die Königin von der Küste aus verfolgte, etablierte sich England als vorherrschende Seemacht für die folgenden Jahrhunderte. Die „jungfräuliche Königin“, wie man sie auch nannte, dehnte den Machtbereich der englischen Krone immer mehr aus und legte so die Grundsteine für das spätere Britische Empire. Auch nachdem die britische Krone durch die Glorreiche Revolution (1688) ihre Machtstellung verlor, fühlten sich die englischen Könige stets als Repräsentanten und Sachwalter dieses Weltreiches, das zur Zeit seiner größten Ausdehnung Anfang des 20. Jahrhundert etwa ein Drittel der Landfläche der Erde umfasste.

Im Vergleich der beiden Königinnen mit dem gleichen Namen sehen Historiker eine gewisse Tragik. Kurz gesagt: Was die eine in den 45 Jahren ihrer Regierungszeit aufbaute, dessen Abbau muss die andere nun in den bisher 60 Jahren mehr oder minder tatenlos zusehen. Und keiner weiß, was noch kommen wird. Für 2014 kündigen schottische Nationalisten bereits die Unabhängigkeit von „Großbritannien“ an. Damit setzt sich eine Entwicklung fort, die bereits im Jahr der Thronbesteigung Elisabeths II. begann. 1952 erklärte das große Indien (damals zusammengehörig mit dem heutigen Bangladesch und Pakistan) seine Unabhängigkeit von der Regierung in London. Im Rahmen des „Commonwealth“ blieb Elisabeth allerdings ein repräsentatives Oberhaupt all dieser Länder. In ihrem Heimatland verliest sie jedes Jahr zu Beginn der Parlamentssaison eine Thronrede, die freilich von dem jeweiligen Premierminister verfasst wird.



Von Angesicht zu Angesicht: Elisabeth II. vor einem Gemälde von Elisabeth I. Bild: laif

Insgesamt elf Ministerpräsidenten hat Elisabeth in ihrer langen Zeit als Königin erlebt. Mit ihnen hat sie sich jeweils wöchentlich zum „Tee“ getroffen. Zuerst mit Winston Churchill, der einen Tag nach ihrer Thronbesteigung im britischen Unterhaus die wegweisenden Worte sprach: „Eine gemarterte Menschheit balanciert unsicher zwischen Weltkatastrophen und einem goldenen Zeitalter.“ Der Premier meinte damit die aufziehenden Gefahren der ostasiatischen Kriege (Vietnam, Korea), des atomaren Wettrüstens und den Zerfall des britischen Weltreiches. Genau dieser Balance versuchte Elisabeth in den vergangenen 60 Jahren zu folgen. Der Erhalt des „Commonwealth“ der ehemaligen Staaten des Britischen Empires gelang ihr. Derweil kämpfen britische Truppen auch in ihrer Regierungszeit an vielen Stellen der Welt, in den letzten Jahrzehnten um die Falkland-Inseln, in Afghanistan, im Irak und zuletzt in Libyen.

Als „schreckliches Jahr“ führt Elisabeth das Jahr 1992, als das Scheitern der Ehe zwischen „Lady Diana“ und ihrem Sohn, Kronprinz Charles, offiziell wird. Im selben Jahr brennt der Buckingham Palast und fünf Jahre des Niedergangs der britischen Krone bis zum Unfalltod der so populären „Prinzessin der Herzen“ im Jahr 1997, dem Jahr der Goldenen Hochzeit der Queen, folgen.

Seitdem praktiziert Elisabeth einen neuen Regierungsstil und geht auf das Volk mehr zu. Angekommen im 21. Jahrhundert gewinnt sie nun mit der ihr eigenen Disziplin, Frömmigkeit und Bodenständigkeit zunehmend an Sympathien. Nach der Hochzeit ihres Enkels Prinz William in diesem Jahr wollen die Engländer eher Abschied von der Europäischen Union als von der konstitutionellen Monarchie nehmen – im Jubiläumsjahr 2012 wird die große Mehrheit der Briten ihr wieder traditionell wünschen: „God save the Queen.“ *Hinrich E. Bues*

Sie nannten ihn »Vati«

Vor 70 Jahren starb Werner Mölders – Heute politisch verfemt

Viele militärische Vorgesetzte gewinnen durch vorbildliches Verhalten den Respekt und die Sympathie ihrer Untergebenen. Dass ein Offizier schon allein wegen seiner Lauterkeit und seiner noblen christlichen Gesinnung selbst über seinen Tod hinaus aufrichtige Verehrung genießt, ist dagegen eher die Ausnahme. Eine dieser Ausnahmepersönlichkeiten war Oberst Werner Mölders, der vor 70 Jahren tödlich verunglückte.

Werner Mölders wurde am 18. März 1913 in Gelsenkirchen geboren und verbrachte seine Jugend in Brandenburg an der Havel. Nach dem Abitur trat er in die Reichswehr ein und wurde in Allenstein zum Pionieroffizier ausgebildet. Obwohl ihm schon bei den Eignungstests übel wurde, gelang es ihm, sich zur Luftwaffe versetzen zu lassen. Schnell entwickelte er ein außergewöhnliches fliegerisches und taktisches Talent. Im Frühjahr 1938 wurde Mölders zur Legion Condor kommandiert, wo er mit seiner Staffel Jagdschutz für die Bomber- und Stuka-Verbände flog. Mit 14 Abschüssen kehrte er als erfolgreichster deutscher Jagdflieger aus Spanien zurück. Den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges erlebte er als Staffelkapitän. Bald darauf wurde er Geschwaderkommodore, übersprang als erster die Marke von 100 Luftsiegen und wurde im Sommer 1941 im Alter von erst 28 Jahren zum Inspekteur der Jagdflieger ernannt.

Mehr noch als seine fliegerischen Leistungen und seine herausragenden Führungsqualitäten war es sein außergewöhnlich fester Charakter, der ihm die Hochachtung seiner Kameraden einbrachte. Als strenggläubiger Katholik hatte er einen starken ethischen und moralischen Rückhalt, der ihn gegen alles sein ließ, was gegen das Wahre und Gute im Menschen wirkte oder im reinen Materialismus und Hass wurzelte. Offen kritisierte er im Kameradenkreis die unmenschlichen Auswüchse des Regimes und setzte sich unerschrocken für Verfolgte ein. Seine Untergebenen nannten ihren „jungen Alten“ wegen seiner

Opfer ideologischer Ehrabschneidung

gereiften Persönlichkeit „Vati“ – eine Auszeichnung, die ihm mehr bedeutete als die Brillanten zum Ritterkreuz, die ihm als erstem Soldaten der Wehrmacht verliehen wurden. Im Luftkampf unbesiegt, kam Mölders am 22. November 1941 beim Absturz einer Kuriermaschine, die ihn zum Staatsbegräbnis des Generalobersten Ernst Udet bringen sollte, ums Leben.

Die Achtung und Bewunderung für Mölders blieben über seinen Tod hinaus. Den Soldaten der Bundeswehr galt er als Vorbild, weshalb ein Zerstörer und eine Luftwaffenkaserne nach ihm benannt wurden. Im Jahre 1973 erhielt das Jagdgeschwader 74 den Traditionsnamen „Mölders“, was für dessen Angehörige mit dem Recht verbunden war, ein Ärmelband mit dem Ehrennamen zu tragen.

Nach einer im Frühjahr 1997 anlässlich des 60. Jahrestages der Bombardierung Guernicas angestoßenen Debatte beschloss der Bundestag im April 1998 mit nur einer Gegenstimme aus der Unionsfraktion, den Angehörigen der Legion Condor ein ehrendes Andenken zu verweigern. Die Bundeswehr legte den Beschluss jedoch restriktiv aus und unternahm in Sachen Mölders zunächst nichts, da dieser erst ein Jahr nach dem Angriff auf Guernica nach Spanien gekommen sei. Als es daran heftige Kritik gab, wurde ein Historiker des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes beauftragt, ein Gutachten über Mölders zu erstellen. Dieses kam zu dem Schluss, Mölders sei der Prototyp des nationalsozialistischen Offiziers gewesen, seine Haltung systemkonform und seine Distanz zum Regime nicht zu belegen. Außerdem seien seine Leistungen im Rahmen eines Angriffs- und Vernichtungskrieges erfolgt. Auffällig an dem Gutachten ist, dass Belastendes als gesicherte Erkenntnis hingestellt, Entlastendes dagegen stets als unbewiesen oder erfunden abgetan wird. Doch Verteidigungsminister Peter Struck genügte das, um den Namen Mölders für Bundeswehreinrichtungen zu verbieten. Trotz der Proteste zahlreicher ehemaliger und aktiver Luftwaffensoldaten, Politiker und der Geschwaderangehörigen wurde das Jagdgeschwader 74 im März 2005 im Rahmen eines Appells „entnamt“. Damit war die politisch motivierte Ehrabschneidung des Werner Mölders vollendet. *J. Heitmann*

Der Treue büßte mit dem Tod

Ausstellung im Schloss Köpenick über Friedrichs Freund Katte

Als „preußisches Urerlebnis“ ist der missglückte Fluchtversuch des Kronprinzen Friedrich im Sommer 1730 in die Geschichte eingegangen. Friedrichs Fluchthelfer, sein Jugendfreund Hans Hermann von Katte, wurde am 6. November 1730 in der Festung Küstrin enthauptet; Friedrich musste dem barbarischen Schauspiel zusehen. Ein Bericht vom folgenden Tage an den König hält fest: „Der Prinz soll sich darüber dergestalt alterniret haben, dass er dreimal in Ohnmacht gefallen, auch heute sich sehr übel befinden.“ Alle Darstellungen rücken begreiflicherweise die Auseinandersetzung zwischen dem jähzornigen „Soldatenkönig“ und Vater sowie dem sensiblen Kronprinzen und Sohn in den Mittelpunkt. Die Staatlichen Museen zu Berlin gehen jetzt den umgekehrten Weg. Zur Einstimmung auf die Veranstaltungen im „Friedrich-Jahr 2012“ stellen sie in einer ungemein informativen, ebenso sehenswerten wie materialreichen Ausstellung im Schloss Köpenick das Schicksal des Friedrich-Vertrauten Hans Hermann von Katte in den Mittelpunkt. Unter dem Titel „Anno 1730: Kronprinz – Katte – Königswort“ werden Vorgeschichte des Geschehens, Fluchtversuch, Inhaftierung und Verhöre, Kattes Hinrichtung und die endliche Versöhnung zwischen König und Kronprinz ein Jahr später gezeigt.

Die Kuratoren der Ausstellung, Jürgen Kloosterhuis und Lothar Lambacher, haben eine Fülle von Originaldokumenten zusammengetragen, welche mehrfach die wuchtige Handschrift des Königs zeigen, ferner Memoiren etwa von Friedrichs Lieblingsschwester Wilhelmine, die als vermeintliche Mitwisserin der Flucht vom König getreten und blutig geschlagen wurde, Zeichnungen von Adolph Menzel und Lovis Corinth, das Schwert, mit dem Katte enthauptet wurde und Portraits aller Beteiligten. All das zieht den Be-

Manch liebgewonnene Legende wird hier richtiggestellt

trachter sofort mitten in das dramatische Geschehen. Die Gegensätze zwischen Vater und Sohn waren schon lange vor 1730 eskaliert. Gerade dieses Jahr hatte für den König nicht gut begonnen.

Im Januar 1730 wollten gleich 40 „Lange Kerls“, also des Königs Lieblingssoldaten, fliehen. Der Plan wurde entdeckt und die Strafen fielen, wie die Ausstellung beklemmend dokumentiert, geradezu mittelalterlich-barbarisch aus: Reißen mit glühenden Zangen, Abhacken der Schwurfinger, Spießrutenlaufen, Abschneiden von Nasen und Ohren. Friedrich glaubte, das alles nicht mehr aushalten zu können, er wollte einfach nur weg. Von „Desertation“, wie ihm vorgeworfen wurde, konnte keine Rede sein. Das Kriegsgericht selbst weigerte sich, dieser vom König befohlenen Definition zu folgen und sprach lediglich von „intendirter Absentirung außm Lande“. Sein Jugendfreund Katte bot ihm dabei selbstlos Hilfe und Unterstützung an.

Die Familie Katte geriet dadurch selbst in Zwiespalt. Die Ausstellung zeigt dies sehr anschaulich: einerseits unbedingte Loyalität zu Thron und Land, andererseits eine selbstbewusste, sich von den Hohenzollern durchaus abgrenzende Familientradition und erste Anklänge einer humanitären Aufklärung. Kattes Großonkel und der Vater, beide einflussreiche Angehörige in Militär und Verwaltung, richteten trotz allen Flehens und aller Gnadengesuche nichts aus.

Auch stellt die Ausstellung manch liebgewordene Legende richtig. So wurde Friedrich bei seinem Fluchtversuch nicht von mehreren Generälen und Bediensteten festgehalten, sondern lediglich ein Adjutant „bat“ ihn mit festen Worten, doch wieder umzukehren.

Kattes Leichnam blieb einen Tag lang vor Friedrichs Gefängniszelle liegen. Dann wurde er in die Familiengruft heimgeholt und in der kleinen Dorfkirche von Wust im Landkreis Jerichow bestattet. *Dirk Klose*

Die Ausstellung „Anno 1730: Kronprinz – Katte – Königswort“ ist bis zum 5. Februar 2012 im Schloss Köpenick zu sehen. Der Katalog kostet 26 Euro.

»Wie vortheilhaft es Ihnen sein würde«

Preußische Seehandlung: Schon im Absolutismus versuchte sich der Staat als Unternehmer

Die Stiftung Preußische Seehandlung ist erst knapp drei Jahrzehnte alt. Die Geschichte der Preußische Seehandlung reicht jedoch bis in die Zeit ihres Gründers, Friedrich des Großen, zurück, dessen Geburtstag sich kommendes Jahr zum 300. Mal jährt.

Das 19. Jahrhundert gilt als Hochzeit von Imperialismus und Kolonialismus. Das Streben nach Kolonien gab es aber auch schon im 18. Jahrhundert. Engländer und Franzosen betätigten sich in Nordamerika, Holländer in Südostasien, Spanier und Portugiesen in Mittel- und Südamerika. Auch das kleine Brandenburg-Preußen, eigentlich eine typische Landmacht, blickte nach Übersee. Schon der Große Kurfürst hatte brandenburgische Stützpunkte an der westafrikanischen Küste im heutigen Guinea und in Mittelamerika errichten lassen.

> Die Preußische Seehandlung ist heute eine Stiftung

Sie bestanden nur wenige Jahrzehnte, aber Preußen hatte gewissermaßen „Blut geleckt“. Als es nach dem ruinösen Siebenjährigen Krieg (1756–1763) darum ging, das Land wieder aufzurichten, begann Friedrich der Große eine Belebung der „Commercien“ in allen nur denkbaren Bereichen. Dazu gehörte auch die Gründung einer Seehandlungs-Societät („Societé de Commerce Maritime“) am 14. Oktober 1772. Im Gründungspatent dieser Einrichtung zur Förderung der heimischen Kaufleute hieß es: „Wie vortheilhaft es Ihnen sein würde, unmittelbar und unter Unserer Flagge von Unseren Häfen, die Häfen von Spanien und alle anderen Plätze zu beschiffen, wo sich sichere Aussichten zu einem tüchtigen Gewinn von Ein- und Ausfuhr vorfinden mögen.“

Damit war die Preußische Seehandlung geboren. Ihre Schiffe waren bewaffnet, durften das preußische Wappen führen und erhielten das Monopol bei so wichtigen Gütern wie Salz und Wachs. Schon bald blieb es nicht beim Seehandel. Friedrichs Nachfolger benutzten das Institut zur Verwaltung der enormen preußischen Schulden nach den napoleonischen Kriegen und erlaubten zusätzlich Geldmarktgeschäfte und das Engagement in Industrieunternehmen.

Damit begann die – freilich relativ kurze – Blütezeit des Unternehmens, das zwischen 1820 und 1848 von dem Bankier und Unternehmer Christian von Rother (1778–1849) geprägt wurde. Rother bestimmte die preußische Wirtschafts- und Finanzpolitik im Vormärz. Die Seehandlung wurde Staatsbankhaus, förderte den Chausseebau, die Dampfschifffahrt auf Elbe, Havel und Spree, baute Fabriken und richtete Kranken- und Invalidenkassen ein. Um 1840 war die Seehandlung der größte Arbeitgeber Preußens.

Und doch kam just in dieser Zeit der Niedergang. Das wirtschaftlich erstarkte Bürgertum sah ein allzu großes staatliches Engagement in seinem ureigensten Bereich mit Misstrauen. Auf großen Druck hin hob der König 1845 die Unabhängigkeit der Seehandlung auf und unterstellte sie dem preußischen Finanzministerium. Die meisten Unternehmen wurden verkauft, das Institut beschränkte sich auf das Bankgeschäft. Seit 1904 firmierte es als „Königliche Seehandlung (Preußische Staatsbank)“, nach 1918 als „Preußische Staatsbank (Seehandlung)“.

Die Bank hatte sich zwischen 1901 und 1903 jenes repräsentative Gebäude am Gendarmenmarkt gegenüber dem Großen Schauspielhaus, dem heutigen Konzerthaus, bauen lassen, das wie durch ein Wunder den Zweiten Weltkrieg relativ unbeschadet überstand. Nach 1945 zogen die Sowjets hier ein. 1949 wurde das Gebäude der neugegründeten Akademie der Wissenschaften der jungen DDR übergeben. Heute hat hier die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften ihren Sitz.



Einst Sitz der Preußischen Seehandlung: Jägerstraße 22/23 in Berlin Bild: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften

Wie alles Preußische wurde auch die Seehandlung auf alliierten Beschluss 1947 aufgelöst. Es kam zu einem 30 Jahre dauernden Dornröschenschlaf, bis sich 1983 der Gedanke durchsetzte, den noch vorhandenen Liquidationsüberschuss in eine gemeinnützige Stiftung zu überführen. Sie erhielt den Namen „Stiftung Preußische Seehandlung“ und wurde mit einem Grundkapital von 19 Millionen D-Mark ausgestattet mit der Zielsetzung, vor allem auf Berlin bezogene wissenschaftliche und kulturelle Projekte zu fördern.

Und so bewirkt die heute in Charlottenburg ansässige Stiftung im vereinten Berlin im Stillen viel Gutes. Sie fördert wissenschaftliche Tagungen, vergibt Druckkostenzuschüsse, vergibt Stipendien an junge Autoren und Schriftsteller aus osteuropäischen Ländern. Die von ihr finanzierten Literatur- und Theaterpreise des Landes Berlin sind alljährlich besondere Ereignisse im Berliner Kulturleben, wobei kaum jemand weiß, dass das Geld von einem Spender kommt, der auf eine fast 240-jährige Geschichte zurückblicken kann. *Dirk Klose*

Der größte Staatsmann unter den Hochmeistern

In der Ära Hermann von Salzas wurde der Deutschordensstaat in Preußen gegründet

Die Geschichte des Deutschordensstaates in Preußen beginnt in der Ära des Hochmeisters Hermann von Salza. Und das scheint kein Zufall. Nicht ohne Grund gilt der nach Heinrich Walpot von Bassenheim, Otto von Kerpen und Heinrich von Tunna vierte Hochmeister des Deutschen Ordens als der größte Politiker und Staatsmann von allen.

Wie der Name erahnen lässt, stammte er wohl aus dem Raum Langensalza. Überhaupt stammen in der Anfangsphase des Deutschordensstaates viele Hochmeister aus dem thüringischen Raum. Als er uns das erste Mal begegnet, war er bereits Hochmeister. Er erkannte, dass es um die Sache des Christentums im Heiligen Land schlecht bestellt war, und suchte in Europa neue, europäische Betätigungsfelder für seinen Orden an der Grenze zwischen Christen- und Heidentum.

Da traf es sich gut, dass König Andreas II. von Ungarn Unterstützung im Verteidigungskampf gegen die heidnischen Kumanen suchte. 1211 rief der Magyarenherrscher den Deutschen Orden ins siebenbürgische Burzenland. Für dessen militärische Unterstützung stellte der König dem Orden das Heimatrecht im Burzenland in Aussicht. Wichtige kirchliche Abgaben, darunter das Zehntrecht, gestand der Regent dem Orden ebenfalls zu. Des Weiteren gewährte der Monarch dem Ritter in der Not das Recht, Münzen zu prägen sowie seine Ordensburgen mit Steinen zu befestigen, was in Ungarn als besonderes Privileg galt.

> Aus den Erfahrungen im Burzenland wurden er und sein Orden klug

Allerdings hielt Andreas sein Versprechen nicht. Nicht nur wegen des Deutschen Ordens, sondern auch wegen der deutschstämmigen Königin Gertrud von Andechs kam es im ungarischen Adel zu Überfremdungsängsten, denen der König nachgab.

Der Konflikt eskalierte. Das Fass zum Überlaufen brachte der Versuch des Ordens, sich vor diesem Unheil verheißenden Hintergrund von Ungarn und seinem König unabhängig zu machen. Einem Wunsche des Hochmeisters folgend, unterstellte Papst Honorius III. 1224 das Burzenland dem Schutz des Apostolischen Stuhls. Da der Orden direkt dem Heiligen Vater unterstand, war der Ungar damit ausgeschaltet. Das ließ sich Andreas jedoch nicht bieten. Der König griff zur Gewalt. Mit seiner zahlenmäßig hoch überlegenen Heeresmacht belagerte und eroberte er die wenigen Burgen des Ordens. Die Burganlagen wurden vernichtet, die erst wenige Jahre zuvor herbeigerufenen Ordensritter vertrieben. Der Mohr, der seine Schuldigkeit getan hatte, konnte gehen. Das sollte dem Deutschen Orden nicht noch einmal geschehen.

1226 droht sich die Geschichte zu wiederholen. Erneut erreicht den Deutschen Orden die Bitte eines christlichen Fürsten um militärische Unterstützung gegen Heiden. Diesmal kam der Ruf von Herzog Konrad von Masowien, der der Deutsche Orden im Kampf gegen die heidnischen Prußen unterstützen sollte. Auch diesmal sollte der Orden für seinen militärischen Einsatz mit einem Territorium belohnt werden.

Diesmal ließ der Orden sich jedoch nicht mit Versprechungen abspeisen. Bevor auch nur eine Hand für den Herzog gerührt wurde, versuchte der Orden, alles niet- und nagelfest zu machen. Als erstes wurde die höchste weltliche Instanz, sprich der Kaiser, mit ins Boot geholt. So gelang es Hermann von Salza, dass Friedrich II. dem Deutschen Orden die Herrschaft über das Kulmer Land östlich der unteren Weichsel garantierte. Als Gegenleistung für die Erfüllung des Auftrages, gegen die Prußen zu kämpfen, wurde dem Orden die absolute Landeshoheit in dem Gebiet zugesichert. Bis ins Detail wurden die landesherrlichen Rechte aufgezählt und geregelt. Die entsprechende auf das Jahr 1226 datierte Urkunde von Rimini wurde 1235 ausgefertigt.

Während Hermann von Salza beim Kaiser diesen beachtlichen Erfolg erreichte, verliefen die Verhandlungen, die der Komtur Philipp des Ordenshauses in Halle an der Saale mit Konrad von Masowien führte, für den Orden unbefriedigend. Schwung in den Dialog kam erst, als Hermann von Salza mit dem Kaiser aus Palästina 1229 zurückgekehrt war und nun der Deutschmeister Hermann von Balk zum Verhandlungsführer bestimmt wurde. 1230 schlossen Herzog und Orden den Vertrag von Kruschwitz. In ihm übertrug der Herzog dem Orden das Kulmerland sowie alle künftigen Eroberungen in Preußen mit allen zugehörigen Rechten als Schenkung. Der Landesherr hatte damit dem Deutschen Orden geschenkt, was sich letzterer durch die höchste weltliche Instanz bereits hatte zusichern lassen. Nun fehlte im Grunde nur noch die Garantie durch die höchste geistliche Instanz.

> Der Orden profitierte von seiner Vermittlung zwischen Kaiser und Papst

Hermann von Salza genoss das besondere Vertrauen des Kaisers, wovon auch die Goldene Bulle von Rimini zeugt. Das bedeutete aber nicht, dass deshalb sein Verhältnis zum mit dem Kaisertum konkurrierenden Apostolischen Stuhl schlecht gewesen wäre. Vielmehr schätzte auch der Papst diesen großen Staatsmann. Insofern bot sich der Hochmeister als Vermittler an. Und in der Tat gelang ihm 1230 die Versöhnung zwischen Friedrich II. und Gregor IX. In der Convention von Ceprano wurde der Kaiser vom Kirchenbann gelöst.

Nach dieser Versöhnung war Hermann von Salzas Verhältnis zu Gregor IX. umso besser. Er konnte nun versuchen, ein päpstliches Pendant zur Goldenen Bulle von Rimini zu erreichen. Dass der Papst an Preußen durchaus interessiert war, hatte er bereits 1229 durch die Entsendung eines besonderen Legaten, Bischof Wilhelm von Modena, deutlich gemacht. Noch im Jahr der von ihm vermittelten kaiserlich-päpstlichen Verständigung erhielt der Hochmeister auch von Gregor IX. zugesagt, was Friedrich II. ihm in der Goldenen Bulle von Rimini und der Herzog von Masowien im Vertrag von Kruschwitz schriftlich zugesagt haben. Doch wer kann es Hermann von Salza nach den ungarischen Erfahrungen seines Ordens verdenken, dass er das auch vom Papst gerne noch einmal schwarz auf weiß haben wollte. So übergab Gregor IX. dem Deutschen Orden in der Bulle von Rieti vom 3. August 1234 die Herrschaft über das Kulmer Land östlich der unteren Weichsel sowie über alle weiteren vom Orden in Preußen eroberten Ländereien. Der Deutsche Orden sollte dabei seinerseits ausschließlich der Hoheit des Papstes unterstehen.

Damit stand der Orden bei seinen Eroberungen im Land der Prußen nun unter dem Schutze beider universeller Gewalten, war aber auch beiden zur Loyalität verpflichtet. Hermann sah in letzterem jedoch kein Problem. Das Oberhaupt eines deutschen Ordens fühlte sich beiden Mächten verbunden. Wir dürfen es ihm wohl abnehmen, wenn er sich selber beschreibt als einen „Mann, der die Ehre der Kirche und des Reiches liebt und nach beider Erhöhung strebt“. Kaiser wie Papst wussten diese Loyalität zu schätzen. Und so bot der Hochmeister sich als Mittler an. Wenn Hermann auch die Vermittlung um ihrer selbst suchte und nicht – wie später etwa Napoleon III. – wegen irgendeiner Provision, so brachte ihm seine Mittlertätigkeit doch zahlreiche Gunstbeweise von beiden Seiten ein – von denen sein Orden profitierte. Kaum ein Ereignis macht die Bedeutung Hermanns für den 1230 erreichten Friedensschluss zwischen Kaiser und Papst derart deutlich wie das anschließende Mahl. Außer Kaiser und Papst nahm eine dritte Person daran teil. Es war der Hochmeister.

Ein weniger glückliches Datum ist der 20. März 1239. An diesem Tag starb Hermann von Salza. Am selben Tag bannte Gregor IX. Friedrich II. erneut. Diesmal war es für immer. Einen Mittler Hermann von Salza zum Kitten des Bruches gab es nicht mehr.

Hermann von Salza war ein begnadeter Diplomat. Ihm gelang – um ein Bild Otto von Bismarcks abzuwandeln – das Spiel mit zwei Bällen, dem kaiserlichen wie dem päpstlichen. Das Kunstwerk, keine der beiden Kräfte dem Gegner als Allianzpartner zu überlassen, gelang in dieser Virtuosität keinem seiner Nachfolger mehr. *Manuel Ruoff*

Euro erfunden, um Deutschland niederzuhalten

Zu: „Demokratie!“ (Nr. 44)

In der Rückschau erscheint die Euro-Einführung als abgekartetes Spiel. Jeder Fachmann musste wissen, dass eine gemeinsame Währung mit so vielen und unterschiedlichen Volkswirtschaften nicht funktionieren konnte.

Der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen nannte die wahren Gründe bei Maybrit Illner im ZDF am 9. Dezember 2010: „Das ganze Projekt ‚Europäische Einheit‘ ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es ging und geht weiter darum, Deutschland einzubinden.“

Nur weil der Euro von Anfang an mit billigen Bankkrediten in unvorstellbarer Höhe zulasten der Teilnehmerstaaten unterfüttert wurde, erlebte er überhaupt seinen 10. Geburtstag. Hier entstand ganz von selbst ein neues hierarchisches Herrschaftssystem: Nationen und Menschen wurden in ausweglose Schulden gestürzt, um die Kreditnehmer zu beherrschen.

Der neue EZB-Präsident Mario Draghi aus Italien senkte die Zinsen soeben und liefert statt Heilmitteln weiter die billige Droge! An ihr wird ein Staat nach dem anderen zugrunde gehen. Übrig bleibt am Ende nur eine selbsternannte Brüsseler Zentralhierarchie.

Für Griechenland bedeutet das Cannes-Paket: Die Wirtschaft schrumpft, die Selbstmordrate steigt dramatisch. Der berühmte griechische Komponist Mikis Theodorakis richtete in mehreren TV-Sendungen einen dringenden Aufruf zum Widerstand an alle Völker Europas.

Karl-Hermann Dittmar, Bad Arolsen

Über die »Linden« auf und davon?

Zu: „Hitler starb 1962 in Argentinien“ (Nr. 43)

Zu dieser Meldung sind mir zwei Punkte eingefallen.

Auf einer Tauffeier 1952 in Borken im Münsterland sprach ich mit einem Verwandten der Familie, einem Herrn Wolf, der wohl einen hohen Dienstgrad beim Reichsarbeitsdienst hatte und noch lange in der eingeschlossenen Stadt Berlin war. Der erwähnte damals, Hitler sei nicht tot. In den letzten Tagen vor dem Zusammenbruch wäre noch in der eingeschlossenen Stadt ein Flugzeug „Unter den Linden“, die dort einigermaßen frei waren, gelandet und auch gestartet.

Das würde mit den Äußerungen in dem Film von Hanna Reitsch übereinstimmen. Sie wäre noch mit einem „Fieseler Storch“ in Berlin gelandet. An nähere Einzelheiten hat man damals noch nicht weiter gedacht. Da aber in der Geschichte vieles möglich ist, ist man doch auch im Alter in geschichtlichen Fragen etwas hellhöriger geworden.

Erwin Salewski, Schöppingen,

Jubelfeiern

Zu: „Familienbande“ (Nr. 44)

Offensichtlich hat unsere Kanzlerin schon vergessen, dass bereits vor dem Anwerbeabkommen mit der Türkei Italiener, Spanier und Griechen als Gastarbeiter zu unserem Wohlstand beigetragen haben. Es ist beschämend, dass ihr die Jahrestage der Abkommen mit deren Heimatländern keine Würdigung wert sind.

Die übertriebenen öffentlich inszenierten Feiern nur zu den Jahrestagen des Türkei-Abkommens werden viele Türken in ihrem Irrglauben bestärken, dass sie Deutschland wieder aufgebaut und wir unseren Wohlstand nur ihnen zu verdanken hätten.

Gisela Recki, Troisdorf

Das geht zu weit

Zu den Leserbriefen: „Wer steckt hinter der Kanzlerin? – In Konspiration geschult“ (Nr. 42) und „Widersprüchlich“ (Nr. 43)

Ich beobachte schon länger – auch in der *PAZ* –, wie sehr die Kanzlerin kritisiert wird, egal was und wie sie es tut. Man muss ja nicht unbedingt mit ihrer politischen Linie einverstanden sein, aber sie als „eiskalt“ zu bezeichnen und ihr konspiratives Verhalten, geprägt durch ihren marxistisch-leninistischen Werdegang, zu unterstellenen, ja zu fragen, „wessen IM sie sei“, das geht entschieden zu weit. Wir können froh sein, noch diese bürgerliche Partei zu haben – man muss sie ja nicht wählen.

Ich hatte als sehr junges Mädchen das „Glück“, auf direktem Wege in den Westen vertrieben zu werden und nicht in die damalige Sowjetzone. Sonst könnte ich heute – auch unpolitisch gemeint – der Wortwahl der „Genossen“ bezichtigt werden, denn natürlich färbt etwas von dem Staat, in dem man lebt, auf das Sprachverhalten ab.

Irmgard Stoschek, Wangen im Allgäu



Günter Verheugen: „Das ganze Projekt ‚Europäische Einheit‘ ist wegen Deutschland notwendig geworden. Es geht darum, Deutschland einzubinden.“ Bild: Clemens Bilan/dapd

Wer sonst?

Zu: Dank den *PAZ*-Lesern

Als langjähriger Leser Ihrer Zeitung, aus Oberschlesien stammend, möchte auch ich Ihnen meine Anerkennung und Dank für die Existenz dieser Zeitung in einer vom Zeitgeist geprägten Umwelt sagen. Hier geht es mir im Besonderen darum, dass Sie mit Ihrer Presse einem Begriff, einer „vergessenen“ Idee in unserer desorientierten „deutschlandfernen“ Gesellschaft die Stimme geben.

Neben kritischer Sichtung der Aktualitäten aus Land und Welt nehmen auch zeitgeschichtliche Aspekte viel Raum ein, gerade auch unseres Landes, seiner „verschütteten“ Identität wegen.

Besonderer Dank gebührt hier den engagierten Lesern, deren detailliertes Wissen konstruktiv auch bei „heißen Themen“ zur Sache geht. Ihr Engagement signalisiert Heimatverbundenheit und eben auch: „Wenn nicht wir, wer sonst?“

All Ihnen sei Dank und weiter so!

Gerhard Klösel, Leichlingen

Beschämend

Zu: „Siegfried Lenz geehrt“ (Nr. 44)

Ich finde es beschämend, dass Herr Lenz erst jetzt zum ersten Mal in seine Heimatstadt reist. Das hätte er sich auch sparen können. So zärtlich ist Suleyken denn doch wohl nicht gewesen. Ich war schon im Sommer 1975 in meinem Heimatdorf. Ansonsten fehlen mir die Worte.

Irene Werner, Auhausen

Wider den Zeitgeist

Zu: Deutschland heute

Als langjähriger Leser Ihrer Zeitung bedanke ich mich für die offene Berichterstattung über so viele gesellschaftliche, politische und allgemein interessierende Fragen in dieser irren Zeit, wo Täuschen, Lügen und Betrügen zur Staatsraison gehört. Ein verunsichertes Volk wie das unsrige kann sich bei seinen „Freunden“ bedanken, die schon vor Jahrzehnten beschlossen haben, die „Axt an die Wurzel“ zu legen. Familie, Heimatliebe, Religion und ehrbare Menschen werden in den Dreck gezogen, das Mittelmaß macht Furore! Spannen Sie einen „Rettungsschirm“ über uns – wider den Zeitgeist. Danke!

Günter Scholz, Königshain

Unsachlichen Maßstab angelegt

Zu: „Bloß keine Krippe“ (Nr. 44)

Ich lese die Rezensionen von Rebecca Bellano immer gern, weil sie unideologisch und entspannt sind. Hier liegt leider nach meiner Meinung eine Ausnahme vor.

Das Buch von Hanne K. Götze sagt, dass Kinder Mütter brauchen, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Es behauptet keineswegs, dass alle Kinder, die schon früh in Krippen abgegeben wurden oder werden mussten, traumatisiert sind. Es behauptet auch nicht, dass alle Mütter ihre Aufgabe ernst genug nehmen beziehungsweise ihre Kinder optimal fördern. Was es uns aber näherbringen will, ist die nicht zu leugnende und heute teilweise schon verschüttete These von der Bedeutung der Nähe zur Mutter für die frühkindliche Entwicklung. Die Rezensentin stellt ihre persönlichen Erfahrungen nun dagegen. Sie ist mit drei Jahren in den Kindergarten gekommen und hat es genossen. Was hat das mit der im Buch bemängelten massenhaften und politisch geförderten Betreuung in Kinderkrippen (0-3 Jahre) zu tun?

Die mangelnde gesellschaftliche Anerkennung der Familienarbeit und die Schaffung von Humankapital der Mütter wird zwar von der Rezensentin nicht bestritten, sie selbst aber schätzt die finanzielle Unabhängigkeit von ihrem Partner höher ein, was mit den Aussagen des Buches nichts zu tun hat. Eine Rezension muss mehr als die eigene Lebenssicht als Maßstab zur Beurteilung heranziehen.

Dr. Gert Teska, Bobenheim am Berg

Der unredliche Preuße Wowereit

Zu: „Ostpreußen pur“ (Nr. 42)

Mein Großvater, der von mir regelmäßig den „Redlichen Ostpreußen“ bekam, sagte einmal: In meiner Jugendzeit hieß der Kalender noch „Der redliche Preuße und Deutsche“. Opa lebt nicht mehr, nun bekommt Oma jährlich zu Weihnachten die neueste Ausgabe und irgendwann kaufe ich ihn für meine eigene Familie. Deshalb folgende Anregung: Nachdem das *Ostpreußenblatt* zur Erschließung neuer Leser zur *PAZ* im freien Verkauf wurde, könnte auch der „Redliche Ostpreuße“ zum alten Namen zurückkehren und versuchsweise auch an Bahnhöfen verkauft werden.

Dass die Vermittlung preußisch-deutscher Geschichte überall nottut, offenbarte Thilo Sarrazin, als er in der „Welt am Sonntag“ das neue Buch von Klaus Wowereit beurteilte und besonders auf die „Geschichtsdefizite“ des Berliner Landesvaters hinwies. Dieser meinte, er hätte einen Migrationshintergrund, weil seine Mutter 1938 (!) von Ostpreußen nach Berlin „eingewandert“ sei. Des Weiteren verbindet Wowereit seinen litauischen Namen mit der Vermutung, seine Vorfahren seien aus Litauen eingewandert: „Vor der deutschen Besiedlung wohnten in Ostpreußen Litauer, Masuren und andere slawische Stämme, die sich teilweise mit den einwandernden Deutschen vermischten ...“

Also, wenn da nicht mehr Redlichkeit bei „Preußen und Deutschen“ gefragt ist, weiß ich es auch nicht ...

Hans Ulrich Thiele, Bielefeld

Ein Vorschlag

Zu: „Die Schulden-Uhr: Leider kein Rückgang“ (Nr. 44)

Sehr interessant, was da vermeldet ist. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble freut sich sehr über den zusätzlichen, unerwarteten Steuersegen von zirka 55,5 Milliarden Euro. Mein Vorschlag wäre, an alle Rentnerinnen und Rentner ein Weihnachtsgeld von je 500 Euro zu zahlen.

Bedingt durch diese Tat könnte der Finanzminister besser schlafen, hätte etwas für die Konjunktur getan und hätte das Image der Christlich-Demokratischen Union beachtlich verbessert. Außerdem kämen zehn Milliarden Euro wieder als Mehrwertsteuer in die Steuerkasse zurück.

Otto Homeyer, Wolfenbüttel

Gefragter Süß-Stoff

Zum Leserbrief: „Ohne Auseinandersetzung abqualifiziert“ (Nr. 41)

Der Leserbriefautor weist zu Recht darauf hin, dass Wilhelm Hauffs Novelle „Jud Süß“ die Grundlage für Veit Harlans Film „Jud Süß“ war. Zu ergänzen ist, dass der Schriftsteller Lion Feuchtwanger die Joseph-Süß-Oppenheimer-Geschichte zunächst 1916 in einem Schauspiel, dann 1925 als Roman interpretierte.

Vor Veit Harlans Verfilmung (1940) erschien schon 1934 eine britische Produktion „Jew Süss“; sie basierte auf Feuchtwangers Roman. Conrad Veidt spielte die Hauptrolle in diesem antinationalsozialistischen Film unter der Regie von Lothar Mendes. Der Streifen verfehlte jedoch seine Wirkung. Der Journalist Frank Noack urteilte: „Der Film war zu schwach, um den Juden zu helfen oder den Nationalsozialisten zu schaden.“

Friedrich Karl Pohl, Lüneburg

20. Juli: Den Alliierten passte das Attentat gar nicht ins Konzept

Zum Leserbrief: „Fellgiebel hatte drei Möglichkeiten – Unter Folter dichtgehalten“ (Nr. 43)

In puncto Hitler-Attentat und das Verhalten von General Fellgiebel springt der Leser Bernd Dauskardt meines Erachtens leider viel zu kurz.

Er unterschlägt dabei, dass mehrere Versuche des deutschen Widerstands, eine Unterstützung von England zu erhalten, gescheitert waren. Aus britischer Sicht war das Vorhaben deutscher Offiziere, Hitler zu töten, lediglich der Versuch, „zu retten, was zu retten ist“. Deutschland war aus britischer (und wahrscheinlich auch amerikanischer) Sicht noch nicht ausreichend zerstört, Deutschland lag noch nicht am Boden.

Das, was auf der Konferenz von Jalta im Januar 1945 endlich beschlossen wurde, nämlich die bedingungslose Kapitulation und das Aufhören Deutschlands als selbstständige juristische Einheit, war zu diesem Zeitpunkt längst von Churchill und Roosevelt gewollt. Da konnte der Plan, Hitler zu töten und den Krieg vorzeitig zu beenden, nur stören. Zumal die Gruppe um Stauffenberg keineswegs gewillt war, eine bedingungslose Kapitulation zu unterschreiben.

Es ist auch eine historische Ungenauigkeit, dem Generalfeldmarschall Erich von Manstein zu unterstellen, er sei ein Mitwisser der Verschwörung gewesen. Wozu sollten die Verschwörer von Manstein einweihen? Manstein war seit seinem Zerwürfnis mit Hitler im Spätherbst 1943 mit dessen Einverständnis zurückgetreten und lebte seit Ende 1943 als Privatmann bei seiner Familie in Ostpreußen. Er hatte also weder Zutritt zum Stab der Wehrmacht, geschweige denn zu Hitler. Ich hege keinerlei Sympathie für Hitler, aber ich stimme seiner Einschätzung der Männer vom Attentat voll zu: Es handele sich um eine kleine Gruppe feiger und dummer Offiziere.

Genau das traf zu. Gelegenheiten, Hitler zu beseitigen, hatte es viele gegeben. Selbst am 20. Juli 1944 hätte das Attentat nicht scheitern müssen. Dazu hätte Stauffenberg lediglich bis zum Schluss da bleiben und die Tasche mit dem Sprengstoff exakt platzieren müssen. Was aber tat Stauffenberg? Er hielt sein eignes Leben für so wertvoll, dass er vorzeitig die Baracke verließ und vom Gelände fuhr. Damit beendete er das Attentat, welches bis dahin erfolgreich gelaufen war. So war es ja gelungen, die Aktentasche samt Inhalt durch die Kontrollen zu bringen.

Hinzu kommt aus der Sicht der Sieger, dass wenige Wochen vor dem Attentat die Invasion der Alliierten in der Normandie erfolgreich angelaufen war. Und jetzt kommen da so ein paar „Krauts“ und wollen den Erfolg, nämlich die Niederringung Deutschlands zu vollenden, zunichtemachen!

Genau diese einfache Überlegung erklärt auch, weshalb es heute auf Seiten unserer Kriegsgegner und heutigen Freunde keine Feier oder auch nur Erinnerungen an den 20. Juli 1944 gibt. Das feiern nur Leute in Berlin, die nicht ausreichend über Sinn und Unsinn dieses Attentates nachgedacht haben.

Was immer General Fellgiebel auch für Fehler machte oder nicht machte – von dem persönlichen Versagen Graf Schenk von Stauffenbergs profitierte nicht nur Hitler, sondern auch Churchill.

Außerdem hatten die Engländer so ihre Erfahrungen mit deutschen Landesverrätern. Verrat gab es in allen kriegführenden Staaten, aber in Deutschland ungleich mehr. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf die Qualität der deutschen Politik der Kriegsjahre. So waren der Chef des deutschen Generalstabes, Ludwig Beck, und der Chef des Geheimdienstes, Admiral Canaris, Landesverräter. Beck schickte bereits im Frühjahr 1939 Mittelsmänner nach London, um die britische Regierung zu ermahnen, Hitler nicht weiter nachzugeben. Man solle Deutschland ruhig den Krieg erklären; die deutsche Wehrmacht würde nicht kämpfen und der Hitlerspuk schnell beendet sein. Eine krasse Fehleinschätzung.

Jürgen Kunz, Buchen

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Das Ostpreußenblatt

Nr. 46 – 19. November 2011

MELDUNGEN

Großangelegte Säuberung

Cranz – Vor dem Winter sollen die Hinterlassenschaften der Urlauber an den Stränden der nordostpreußischen Kurorte beseitigt werden. Weil die städtischen Dienste im Kreis nicht hinterherkommen oder überhaupt nicht funktionieren, rief die Jugendorganisation der Regierungspartei Einiges Russland, „Molodaja Gwardija“ dazu auf. Sie rückten mit Schaufeln und Müllsäcken an, um den Müll zu beseitigen. Die Aktion wurde von Gouverneur Nikolaj Zukanow unterstützt. *MRK*

Erfolgreiche Angler

Tilsit – Zu einer der beliebtesten Beschäftigungen der Russen gehört das Angeln am Memelstrom. Der Anglerverein „TILSIT“ hat in diesem Jahr erstmalig zu einem Turnier aufgerufen. Als der Startschuss ertönte, waren weit über 50 Angler gekommen. Sieger wurde Valerij Klementschenko mit einem Fangergebnis von 3,8 Kilogramm. Er erhielt einen Pokal und eine komplette Sportanglerausrüstung. Ausgezeichnet wurden auch die Angler mit dem größten und dem kleinsten Fisch sowie die Helfer, die das Memelufer von Unrat säuberten. Alexander Schewzow, der Vorsitzende des Anglervereins „Tilsit“, will nun jährlich im November den Wettkampf ausrichten und ihn zu einer Tilsiter Tradition werden lassen. *H.Dz.*

Sonderbare Gartengestaltung

Verwendung deutscher Grabsteine als Palisaden zeugt von falsch verstandenem Geschichtsbewusstsein

In jüngster Zeit sind in Königsberg einige Hausbesitzer auf die Idee gekommen, ihre Gärten mit alten deutschen Grabsteinen, die sie ausgegraben haben, zu schmücken: Sie nutzen sie als Palisaden oder Torschmuck für ihre Vorgärten. Die Bürger reagieren unterschiedlich darauf: Was für die einen ein Zeugnis für ihr Geschichtsinteresse ist, ist für andere nichts anderes als Gotteslästerung.



Neuentdeckte Art der Beschäftigung mit Geschichte: Grabsteine als Grundstückseinfassung

Bilder: J. Tschernyschew

Man sieht sie vor allem in der Hagenstraße/Kunckelstraße [heute Karl-Marx-Straße], die in die Schötterstraße [Krasnaja ulitsa] mündet, dort, wo noch viele Vorkriegshäuser erhalten geblieben sind. Vor einem der Häuser stehen Granitplatten mit deutschen Inschriften in Reih und Glied. Findige Anwohner haben Grabsteine und Fassungen aus Granit als Elemente zur Gestaltung ihrer Vorgärten entdeckt. Wie die Erfahrung gezeigt hat, haben die Verwaltungsfachleute kein Interesse an den Steinen, deshalb behalten die Anwohner sie offenbar einfach, anstatt die Funde einem Museum oder einem Friedhof zuzuführen.

Die Grabsteine erregen bei den Passanten viel Aufmerksamkeit. Kaum jemand geht vorbei, ohne sie näher betrachtet zu haben. Dass die Stadt Königsberg achtlos mit den Relikten aus deutscher Zeit umgeht, indem sie ehemalige Friedhöfe überbaut und dabei auch nicht davor zurückschreckt, menschliche Überreste einfach zu entsorgen, ist seit langem bekannt (Die *PAZ* berichtete in Folge 27/2011). Dass nun auch Privatleute Funde aus deutschen Gräbern entweihen, sorgt für sehr kontroverse Reaktionen bei den heutigen Bewohnern, wie sie der Russe Igor bei einem Spaziergang beobachten konnte: „Vor einem Eingang standen ein Mann und eine Frau und sahen sich die Granitsteine an. Als ich sie fragte, seit wann diese Steine dort stünden und wer sie aufgestellt habe, antworteten sie, dass in der Nähe ein Liebhaber alter Sachen wohne, der alle möglichen Funde sammelt. Wahrscheinlich habe er sie dorthin gebracht. Das Paar fand auch nichts dabei. Für sie ist es völlig in Ordnung, wenn jemand alte und schöne Sachen liebt. Warum sollte er sie nicht mit nach Hause nehmen und aufstellen, zumal, wenn die Nachbarn nichts dagegen einzuwenden hätten. Ein weiterer Mann mittleren Alters gesellte sich zu uns. Er schimpfte und sagte, dass man solche Antiquitätenliebhaber ins Gefängnis stecken sollte, weil sie in Wahrheit nichts anderes als Vandalen seien. Meine Gesprächspartner gingen dann weiter. Einige Meter weiter entdeckte ich einen Stein mit der Aufschrift ‚Königsberg 1939‘, als eine alte Frau auf den Eingang mit Torbogen zuging, den dieser Stein schmückte. Sie stellte sich mir als Natalja Iljinina vor. Sie erzählte, dass ständig Leute vorbeikämen, seit die Grabsteine dort stehen. Nein, für diese Art von Zerstreuung habe sie kein Verständnis. ‚Das ist Gotteslästerung‘, sagte die alte Dame. Eigentlich müsste man bei der Stadt Anzeige erstatten, damit diese die Grabsteine an einen Ort brächten, wo sie auch hingehörten. Da aber in der Stadt so viel gebaut und umgegraben wird, weiß wahrscheinlich auch niemand, wohin mit den Funden. Während ich noch mit Natalja sprach, kamen zwei Jungen auf Fahrrädern vorbei. Sie machten sich ein wenig über meine Gesprächspartnerin lustig und erzählten freudig, dass ihnen solche Funde gefielen und sie gerne weitere Gegenstände im Garten aufstellen würden, die mit der Geschichte zu tun haben.“

Alte und schöne Sachen gefallen

Jurij Tschernyschew

Treuespende für Ostpreußen

Liebe ostpreußische Landsleute, verehrte Leser
der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* und des *Ostpreußenblattes,*



was wir für unsere dreigeteilte Heimat Ostpreußen tun können, verwirklichen wir überwiegend mit Hilfe Ihrer Spenden. Wie in den Jahren zuvor folgten Sie auch im vergangenen Jahr zahlreich dem Treuespendeaufruf und ermöglichten uns damit die Fortsetzung unserer vielschichtigen Arbeit zum Besten Ostpreußens und seiner Menschen. Es sind die vielen kleinen Zuwendungen, die entscheidend zum Gesamtaufkommen beitragen, einige unserer Weggefährten konnten sogar namhafte Beträge erübrigen. Bitte unterstützen Sie auch 2011 mit einer Spende die Fortsetzung unseres Engagements für Ostpreußen. Allen Spendern sage ich ein herzliches Dankeschön!

Der satzungsgemäße Auftrag zum Erhalt kulturhistorischer Bausubstanz, zur Förderung der Völkerverständigung, der Heimatpflege und Kultur, der Wissenschaft und Forschung wird durch eine Vielzahl von Projekten, welche die Landsmannschaft mit Hilfe der Treuespende im Ostheim in Bad Pyrmont, im Haus Kopernikus in Allenstein, im Simon-Dach-Haus in Memel oder an anderen Orten durchführt, erfüllt.

Herausragendes Ereignis der letzten Monate war das Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28. und 29. Mai in Erfurt. Rund 12 000 Teilnehmer folgten dem Aufruf des Bundesvorstandes und versammelten sich in der thüringischen Landeshauptstadt, um ein machtvolles Bekenntnis ihrer Treue zu Ostpreußen abzulegen. Hierzu zählten selbstverständlich auch die Mitglieder der deutschen Vereine aus dem südlichen Ostpreußen und dem Memelland. Im Juni hat das neu eröffnete Verbindungsbüro der Landsmannschaft Ostpreußen in Allenstein seine Arbeit aufgenommen. Das Büro im Deutsch-Polnischen Jugendzentrum hat sich schnell zu einem Anlaufpunkt für die deutsche Volksgruppe im südlichen Ostpreußen und für alle an der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen Interessierten entwickelt. Neben dem Aufbau einer zweisprachigen Homepage (www.ostpreussenportal.pl), die über die Geschichte und Kultur Ostpreußens und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen informiert, wurden zwei mehrtägige Exkursionen mit Jugendlichen aus den deutschen Vereinen veranstaltet, um ihnen die Geschichte des Landes ihrer Vorväter näher zu bringen.

Mit dem Ableben der Erlebnisgeneration schwindet auch das Wissen um Ostpreußen. Die junge und mittlere Generation ist über den herausragenden Beitrag des Landes zwischen Weichsel und Memel für die deutsche und europäische Geschichte nur unzureichend oder gar nicht informiert. Aus diesem Grund unterstützt die Treuespende Einrichtungen wie das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg oder das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen, die mit ihren Projekten und Ausstellungen auch Menschen außerhalb des Vertriebenenbereiches ansprechen. Beide Einrichtungen sind über ihre Trägervereine erneut mit großzügigen Zuwendungen bedacht worden.

Die Dokumentation und Wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte und Landeskunde Ostpreußens ist zentrales Anliegen der landsmannschaftlichen Arbeit. Das 2006 von der Landsmannschaft Ostpreußen ins Leben gerufene historische Bildarchiv umfasst mittlerweile rund 30 000 über das Internet frei zugängliche Aufnahmen und wird dank der Hilfe der Treuespende laufend erweitert. Das 2009 begonnene Mammutprojekt der Digitalisierung sämtlicher Jahrgänge des *Ostpreußenblattes* steht kurz vor dem Abschluss. Zurzeit liegen die Jahrgänge von 1949 bis 1999 vor. In konkreten Zahlen sind das rund 60 000 Zeitungsseiten mit 200 000 Artikeln, die der Forschung zur Verfügung stehen. Schon jetzt werden täglich 4480 Einzelartikel des *Ostpreußenblattes* über das Internet abgerufen.

Bitte benutzen Sie für die Überweisung Ihrer Spende den
beiliegenden Zahlungsvordruck oder geben
Sie ihn an Freunde und Bekannte weiter.
Das Spendenkonto bei der HSH Nordbank lautet:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Konto-Nr.: 113 647 000 – BLZ 210 500 00

Stephan Grigat
Rechtsanwalt
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

das ist ein Stoff, aus dem Romane geschrieben werden, eine Familiensaga, die auf alter Tradition beruht und deren Schicksale sich im Ungewissen verlieren. Und ich wusste, als ich den Brief von Herrn **Klaus-Jürgen Rosocha** aus Erftstadt-Lechenich las, dass ich die von ihm geschilderten Vorgänge aus seiner eigenen Familiengeschichte nicht mit wenigen Worten abtun konnte. Seine Überlieferungen machen altes ostpreußisches Volkstum lebendig, transferieren es in die Gegenwart und führen weiter zur Spurensuche – geradezu maßgeschneidert für unsere Ostpreußische Familie. Beginnen wir also ohne Umschweife mit der Vorgeschichte, so wie Herr Rosocha sie aufgeschrieben hat!

„Der Landwirt **Friedrich Bahr** aus Gurkeln, verheiratet mit **Juste Wylucki**, fand Mitte des 19. Jahrhunderts auf seinem Anwesen im Torfbruch einen sehr großen Eichenstamm, der durch die jahrhundertelange Lagerung im Moor eine durch und durch schwarze Färbung angenommen hatte. Er bewahrte ihn jahrelang in seiner Scheune zum Trocknen auf und hatte die Absicht, aus dem Holz dieser Mooreiche für seine drei Töchter eine sogenannte ‚Brauttruhe‘ für die Aussteuer anfertigen zu lassen. Er verstarb jedoch frühzeitig und so setzte seine Frau Juste das Anliegen ihres Mannes um. Sie ließ im Jahre 1860 drei gleich aussehende Aussteuertruhen aus dem Holz der Mooreiche anfertigen. Die Tischlerarbeiten wurden wahrscheinlich von einem ortsansässigen Zimmermann vorgenommen, die eisernen Beschläge hat wohl ein Schmied in Lötzen oder Nikolaiken angefertigt. Sie schufen wahre Meisterstücke masurischer Volkskunst. Ich selber konnte eine dieser Brauttruhen bei meinen zahlreichen Aufenthalten auf dem Hof meiner Großeltern in Rudowken bewundern. Der weitere Weg dieser Brauttruhen lässt sich gut verfolgen.

Die erste Tochter, **Amalie Bahr**, *9. Januar 1837, heiratete am 15. Juni 1864 den Landwirt **Adolph Posegga** aus Rudowken und so kam die Truhe zunächst auf diesen Hof. Am 12. Juni 1878 wurde deren Tochter **Marie Ottilie Posegga** geboren, die 1904 den Landwirt **Emil Pochwalla**, ebenfalls aus Rudowken, heiratete und die dem Willen ihres Großvaters entsprechend die Aussteuertruhe auf den Hof Pochwalla mitnahm. Dort stand sie hoch geachtet an einem Ehrenplatz des Hauses und sollte als Hochzeitsgabe an die jüngste Tochter **Charlotte** weitergegeben werden. Es kam anders: Im Januar 1945 besetzte die russische Armee Rudowken und Ottilie und Emil Pochwalla kehrten nach kurzer erfolgloser Flucht im Februar wieder auf ihren Hof zurück. Sie lebten dort mit einer zugewiesenen polnischen Familie bis zur illegalen Ausreise im Jahr



Beschlag einer Truhe aus dem 19. Jahrhundert

1947. Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Truhe auf dem Hof. Er steht heute nicht mehr, selbst die Grundmauern sind nur noch zu erahnen. Das Ehepaar verstarb fern der masurischen Heimat, Emil Pochwalla im Alter von 84 Jahren, Marie Ottilie Pochwalla mit 97 Jahren in Neustadt an der Weinstraße. Was wurde aus der Brauttruhe? Niemand weiß es.

Auch das Schicksal der zweiten Brauttruhe ist unbekannt. Die zweitälteste Tochter von Friedrich und Juste Bahr, **Katharina**, heiratete den Landwirt **Gottlied Kempa** aus Fasten und so nahm die für sie bestimmte Truhe den Weg an den am Klein-Jauer-See gelegenen Hof. Danach bekam Katharinas Tochter **Auguste**, als sie als Braut von **Ludwig Baranski** das Elternhaus verließ, die Hochzeitstruhe mit nach Ludwigshof. Von hier aus begleitete die Truhe Augustes Tochter **Marie**, als diese mitten im Ersten Weltkrieg den Lehrer **Waltz** heiratete, nach Sensburg. Dann sollte die Truhe mit Tochter **Christel** den Weg in die fünfte Generation fortsetzen, aber es kam anders. Beim Russeneinfall musste Marie Waltz ebenfalls flüchten. Nach meinen Recherchen hat das Haus Treudankstraße 5 den Krieg überlebt, soll aber zu einem späteren Zeitpunkt abgerissen worden und an gleicher Stelle – jetzt Mragowo, ul. Dzieke czynna 5 – wieder aufgebaut worden sein. Maria Waltz verstarb 92jährig 1981 in Delmenhorst.

Die Geschichte der dritten Truhe, die den Bahr-Hof mit der jüngsten Tochter verließ, ist schnell erzählt. Nach deren Heirat mit dem Landwirt **Golz** aus Dombrowken, Kreis Johannisburg, ging die Hochzeitstruhe schon bald nach der Übersiedlung bei einem Brand unwiderruflich verloren.“

Soweit die Geschichte der drei Truhen, wie Herr Rosocha sie verfolgen konnte. Bisher – denn zwei dieser Meisterstücke des Kunsthandwerks sind zwar verschollen, aber vielleicht noch irgendwo vorhanden. Vor allem interessiert ihn der Verbleib der ersten Truhe, denn er ist der Enkel von Emil und Marie Ottilie Pochwalla. Seine Mutter **Hedwig** Rosocha **geb. Pochwalla** wäre als ihre Tochter die nächste Erbin gewesen. Herr Rosocha hat sich in der Vergangenheit ständig bemüht, etwas über das Schicksal der beiden nach 1945 noch verbliebenen Brauttruhen zu erfahren. Er hat viele Museen in Masuren angeschrieben und sich mit einigen deutsch-polnischen Heimatverbänden der Kreise Sensburg und Lötzen in Verbindung gesetzt. Er ist in die Heimat seiner Eltern gereist und hat die heimatkundlichen Museen im Raum Sensburg, Lötzen und Rastenburg durchsucht, aber keine der Brauttruhen gefunden. Noch immer schwingt ein hoffnungsvoller Ton mit, wenn er schreibt: „Obgleich ich bisher nicht am Ziel meiner Wünsche, unsere Truhe aufzufinden, angekommen bin, so ganz habe ich die Hoffnung auf einen Erfolg noch nicht aufgegeben. Ich kann mir einfach nicht vorstellen, dass ein derart schönes Stück aus Unkenntnis über den wahren Wert den Weg in den Ofen oder auf die Müllhalde gefunden hat.“

Dass es sich bei diesen Brauttruhen wirklich um besonders schöne Arbeiten masurischer Handwerkskunst handelt, hat noch zu Friedenszeiten ein bekannter ostpreußischer Historiker bestätigt. **Dr. Walter Schlusnus** besuchte nämlich im Rahmen seiner Forschungsarbeiten über altes Volksgut im südlichen Ostpreußen die Großeltern von Klaus-Jürgen Rosocha auf deren Hof in Rudowken und entdeckte dort die erste Truhe. Er versuchte, dieses schöne Stück für das Heimatmuseum in Königsberg zu gewinnen, aber die damalige Besitzerin, Großmutter Marie Ottilie, lehnte aus verständlichen Gründen sein Angebot ab. Dr. Schlusnus begutachtete die Truhe gründlich, hat sie vermessen und auch Fotografien angefertigt, sodass sie nun wenigstens im Bild erhalten blieb. Er schrieb über seinen Fund im „Masurischen Volkskalender“ (Ausgabe 1938 oder 1939):

„Ein wahres Kunstwerk handwerklicher Arbeit der Heimat stellt die schon im vorjährigen Volkskalender erwähnte Truhe aus Alt-Rudowken, Kreis Sensburg, dar, von der sich ein Schwesterstück in einer Sensburger Familie befindet. An dieser Truhe kann man deutlich die Tradition eines tiefen volkskundlichen Sinngehaltes und hoher handwerklicher Wertarbeit nachweisen. In mächtigen Ausmaßen hat sie ein Zimmermann aus Gurkeln, Kreis Sensburg, aus dunkler Eiche gezimmert. Weiße Einlegearbeiten verzieren die durch Eisenbänder aufgeteilten Flächen. Deckel- und Eckbeschläge zeigen eine gediegene und formschöne Handschmiedekunst. Der bedeutungsvolle Sinnbildgehalt des schmiedeeisernen Schlosses entspricht der besonderen Einschätzung und Bestimmung dieser beiden Truhen. Im vorjährigen Masurischen Volkskalender ist auch schon über den Sinnbildgehalt dieses Truhenschlosses gesprochen worden. Das ganze Leben in seiner Tiefe soll in diesem Kunstwerk versinnbildlicht werden.“

Dr. Schlusnus erwähnt also einen Vorjahreskalender, in dem er besonders auf die Schmiedearbeiten eingegangen ist. An diesem Artikel ist Herrn Rosocha sehr gelegen, damit er die Ausführungen des Heimatforschers ergänzen kann. Da nun der Jahrgang des Kalenders, in dem der zweite Beitrag erschien, nicht einwandfrei feststeht, müsste es sich also um die Ausgaben von 1937 und 1938 handeln. Die Frage geht nun an unsere Leserinnen und Leser, ob sie wissen, wo Exemplare dieser Jahrgänge des Masurischen Volkskalenders noch existieren könnten. In Privatbesitz dürften sich kaum welche befinden, es kämen also Volksmuseen, Heimatstuben oder Archive infrage.

Die Hauptsuche richtet sich natürlich auf die beiden Truhen. Herr Rosocha setzt da auf unsere Ostpreußische Familie, wenn er schreibt: „Ihre Kolumne wird doch von sehr vielen Menschen gelesen und vielleicht ist auch der eine oder der andere dabei, der mir durch Hinweise – welcher Art auch immer – bei meiner Suche weiterhelfen kann. Ich möchte auch ausdrücklich betonen, dass es mir bei der Suche nicht um die Verfolgung irgendwelcher Besitzansprüche geht. Vielmehr wünsche ich mir, dass dieser wertvolle Gegenstand handwerklicher masurischer Kunst nicht verloren gegangen ist, sondern sich in einem privaten Haushalt oder in einem Heimatmuseum befindet. Die historische Geschichte dazu würde ich gerne beitragen.“



Ruth Geede Bild: Pawlik

Auch ich würde mich freuen, wenn aus unserem Leserkreis Hinweise kämen, aber ich sehe auch die Schwierigkeiten. Bei der zweiten Truhe wäre es denkbar, dass diese noch vorhanden sein könnte. Wenn das Haus Treudankstraße 5 später abgerissen wurde, so ist es möglich, dass sich die schwere Truhe zu diesem Zeitpunkt noch dort befand und an eine andere Stelle transportiert wurde, sich also vielleicht noch in Privatbesitz befindet. Andererseits wurde damals alles verheizt, was nicht niet- und nagelfest war. Allerdings war die Truhe ja aus dem durch das Moor konservierten Eichenholz gearbeitet und dürfte nur schwer brennbar gewesen sein. Die schönste Lösung wäre, wenn der Wert der Truhe rechtzeitig erkannt wurde und sie sich heute in einem Museum oder in einer Antiksammlung befände. Durch die Schwärze des Holzes und die weißen Einlegearbeiten dürfte sie sich von ähnlichen Brauttruhen unterscheiden.

Anders sieht es bei der ersten Brauttruhe aus, an deren Auffindung Herrn Rosocha besonders gelegen ist. Wenn der Pochwalla-Hof in Rudowken bis 1947 noch bewohnbar war, hat er also die Kriegs- und Besatzungswirren überstanden und muss erst später zerstört worden sein. Wahrscheinlich durch einen Brand, da ja kaum noch die Grundmauern zu erkennen sind, was bei einem langsamen Verkommen nicht der Fall gewesen wäre. Falls die beweglichen Gegenstände aus dem Wohnhaus bereits vorher entfernt wurden, könnte die Truhe noch gerettet worden sein. Wahrscheinlichstes ist es aber, dass sie bei einem Großbrand mit vernichtet wurde. Vielleicht können hierüber ehemalige Bewohner aus dem Kreis Sensburg, die in ihrer Heimat auf Spurensuche gingen, etwas berichten. Über jede Antwort, jeden kleinsten Hinweis würde sich der Enkel der letzten Truhenbesitzerin sehr freuen. (Klaus-Jürgen Rosocha, Elsterweg 13 in 50374 Erftstadt-Lechenich, Telefon: 02235/952 682, Fax: 02235/952 683, E-Mail: rosocha@web.de)

PS: Es ist für mich immer wieder erstaunlich, wie sich in unserer Ostpreußischen Familie die Fäden kreuzen. Mit Dr. Walter Schlusnus habe ich am Reichssender Königsberg zusammengearbeitet, seine Frau **Irmgard Haushalter** leitete Ende der 30er Jahre den Kinderfunk. Auch nach dem Krieg blieben wir in Verbindung. Er machte mir eine große Freude mit einem geretteten Originalmanuskript eines meiner Märchenspiele, das damals gesendet wurde, und mit seinem Buch „Große Ost- und Westpreußen“, das mit 82 Lebensbildern bedeutender Frauen und Männer aus Alt-Preußen noch heute für mich eine wichtige Arbeitsgrundlage ist. Walter Schlusnus verstarb fast 90jährig im November 1994 in Brake.

Eure



Ruth Geede

„Unsere Familie“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Heimatliebe siegt

Gedenktafel in Geibsdorf für Vertriebene

Für mich gab es zu keiner Zeit Zweifel, meine Heimatliebe zu Schlesien unter Beweis zu stellen.“

So entstand schließlich eine 40 x 60 Zentimeter große Kupfertafel, die mit einem anschließenden Gottesdienst in der jetzt katholischen Kirche mit Segensworten und der Predigt, die der evangelische Pastor Neumann-Nochten an der Mauer der Geibsdorfer Kirche (Kreis Laubau) hielt, feierlich enthüllt wurde. Natürlich waren davor Gespräche und Beratungen vor Ort sowie viele Briefe, Faxe und Vorbereitungen nötig. Das Entgegenkommen des polnischen Bürgermeisters Niekracz ließ das lange geplante Vorhaben gelingen. Die kurze Rede wurde simultan übersetzt.

Anschließend wurden die schwarz-rot-goldenen und weißroten Schleifen von der Tafel entfernt und getauscht. Ein Gebinde weiß-gelber Chrysanthemen mit ebensolcher Schleife und dem Schlesier-Wappen wurde niedergelegt.

Lange Gespräche und Beratungen vonnöten

Heimatfreund Manfred Hiller dankte für das würdige Zeremoniell und für die Initiative, die das Zustandekommen der Tafel ermöglicht hatte. Er betonte, dass er vor 79 Jahren hier getauft wurde und dass er sehr gerührt den Taufstein aus alter Zeit im Seiteneingang entdecken konnte. Mitglieder und Freunde der Geibsdorfer Heimatgemeinschaft wurden anschließend vom Bürgermeister zum Imbiss in die Schule eingeladen.

Günter Scholz

Fußball-EM wirft Schatten voraus

»Allensteiner Welle« gewinnt immer mehr Hörer für ihr deutschsprachiges Programm

Es gibt neben unserem Stammpublikum immer mehr Hörer, die mit uns Deutsch lernen; und es kommen technische Änderungen auf uns zu, auf die wir vorbereitet sein müssen.“

Änderungen der Hörerstruktur und den Herausforderungen der Zukunft gilt es offensiv zu begegnen. „Wir hatten letzten Dezember ein Sprechtraining und gerade eine technische Schulung“, erklärt die leitende Redakteurin bei der „Allensteiner Welle“, Anna Przywozna. Etwa für die Digitalisierung des Radios oder einen Internetkanal für die deutsche Minderheit.

Auch die Fußball-Europameisterschaft wirft ihren Schatten voraus. Nachrichten auf Deutsch für Touristen und Fans auch unter der Woche sind im Gespräch. „Vielleicht ließe sich dann unsere Sendezeit auch langfristig erweitern“, meint Anna Przywozna und ergänzt: „Dafür brauchen wir aber ein größeres Team.“

Zehn Jahre engagierte Arbeit für die deutsche Volksgruppe

Deshalb wird es Ende November ein Starterseminar für junge Leute aus der deutschen Volksgruppe geben. Mit einer verstärkten Redaktion soll dann die Leitung von Radio Olsztyn überzeugt werden. Die Radiosendung für die deutsche Volksgruppe in Ermland und Masuren, die „Allensteiner Welle“, wurde dieses Jahr zehn Jahre alt. Anfang April bei der Jubiläumsfeier ging es aber auch um die Zukunft der Sendung. Diese stand vor kurzem bei einer technischen Schulung für die Redaktion wieder im Blickpunkt. Der 1. April 2001 war ein Meilenstein für den Verband der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren. Es erfüllte sich der Wunsch des damaligen Verbandsvorsitzenden Eckhard Werner nach einem eigenen Hörmedium für die hiesige deutsche Volksgruppe.

Starterseminar für junge Menschen ab Ende November

Die „Allensteiner Welle“ ging zum ersten Mal um 18.05 Uhr 15 Minuten lang und zweisprachig moderiert auf Sendung. Eine Besonderheit dabei: der öffentliche Regionalsender Radio Olsztyn beteiligt sich an den Kosten.

Viele Mitarbeiter kamen und gingen, die Sendung wuchs noch im ersten Jahr auf 25 Minuten und wurde später auf 20.05 Uhr verschoben. Gleich blieb die Struktur der „Allensteiner Welle“: ein Nachrichtenblock am Anfang, ein Wunschkonzert am Ende und dazwischen Beiträge. Der Schwerpunkt liegt auf Ereignissen bei der regionalen deutschen Volksgruppe und Themen, die sie betreffen. Dazu kommen deutschpolnische Fragen, Themen zu deutscher Sprache und Kultur sowie Berichte zu aktuellen Anlässen. Apropos Sprache: Die Moderation wurde sehr bald komplett auf Deutsch umgestellt. Zum einen ging die zweisprachige Version zu Lasten der Inhalte, zum anderen ist die „Allensteiner Welle“ eine Sendung für die deutsche Volksgruppe.

Die „Allensteiner Welle“ – sonntags um 20.05 Uhr auf Radio Olsztyn, im Internet unter www.ro.com.pl. *Uwe Hahnkamp*



ZUM 99. GEBURTSTAG

Busch, Olga, geb. **Pfeffer**, aus Lyck, jetzt Nußberg 23, 24326 Ascheberg, am 23. November

Zielasko-Dubies, Liesbeth, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 102, jetzt Mittelstraße 11, 33602 Bielefeld, am 27. November

ZUM 98. GEBURTSTAG

Fröhlich, Emil, aus Stolzenau, Kreis Ebenrode, am 24. November

Henke, Ida, aus Kelchendorf, Kreis Lyck, jetzt Adam-Rückert-Straße 15, 64372 Ober-Ramstadt, am 25. November

Klockenhoff, Gertrud, geb. **Sachs**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Hoisdorfer Landstraße 72, Haus G 1/37, 22927 Großhansdorf, am 23. November

ZUM 97. GEBURTSTAG

Brandt, Ida, geb. **Kaleyta**, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Dorfstraße 9, 15518 Falkenberg, am 24. November

Ott, Grete, geb. **Rosengart**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Schwarzwaldstraße 60, 58093 Hagen, am 25. November

Scheffler, Erna, geb. **Ehrenhardt**, aus Alexbrück, Kreis Ebenrode, jetzt Johanniterstraße 5, 10961 Berlin, am 22. November

Zuncker, Ilse, geb. **Retschkowski**, aus Königsberg, Braunschweiger Straße, jetzt Domino World, Station 4, Villacher Straße 4, 16515 Oranienburg, am 24. November

ZUM 95. GEBURTSTAG

Grust, Frieda, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, jetzt Pfarrfelderweg 1, 01833 Stolpen, am 26. November

ZUM 94. GEBURTSTAG

Alexander, Heinz, aus Ortelsburg, jetzt Pettenkoferstraße 21, 87439 Kempten, am 26. November

Eutebach, Hiltrud, geb. **Szelepusa**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, jetzt Burgstraße 74, 57518 Betzdorf, am 23. November

ZUM 93. GEBURTSTAG

Günther, Herbert, aus Seenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Kevelohstraße 31, 45277 Essen, am 23. November

Kitzelmann, Otto, aus Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 23. November

Modregger, Charlotte, geb. **Schneider**, aus Drusken, Kreis Ebenrode, am 27. November

Quoos, Aurora, geb. **Buddrus**, aus Warten, Kreis Elchniederung, jetzt Souchaystraße 2, 23556 Lübeck, am 26. November

ZUM 92. GEBURTSTAG

Chmielewski, Ilse, geb. **Orlowski**, aus Groß Schiemenen, Kreis Ortelsburg, jetzt Karl-Lippert-Stieg 1, Parkresidenz, 22391 Hamburg, am 22. November

Domscheit, Christel, aus Försterei Ostau, Kreis Ortelsburg, jetzt Greickstraße 40, 22529 Hamburg, am 24. November

Ipach, Gerda, geb. **Mrotzek**, aus Treuburg, jetzt Breite Straße 26, 76135 Karlsruhe, am 25. November

Lebrecht, Erna, geb. **Zeise**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 24. November

Strusch, Herta, geb. **Willuda**, aus Freiort, Kreis Lötzen, jetzt Schollstraße 11, 50354 Hürth, am 23. November

Trojanzik, Ernst, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, jetzt Magdeburger Straße 15, 2. Etage, Wohnung 11, 01067 Dresden, am 25. November

Völklein, Margarete, geb. **Gliemann**, aus Lyck, Hindenburgstraße 32, jetzt Maintalstraße 13, 81243 München, am 24. November

Walka, Walter, aus Sköpen, Kreis Elchniederung, jetzt Geibelstraße 16, 31303 Burgdorf, am 21. November

Wernikowski, Gertrud, geb. **Zemke**, aus Soldau, Kreis Neidenburg, jetzt Elbinger Straße 16, 45731 Waltrop, am 25. November

Windermann, Martha, geb. **Wotke**, aus Schulstein, Kreis Samland, jetzt Kirchweg 9, 32107 Bad Salzuflen, am 24. November

ZUM 91. GEBURTSTAG

Borchardt, Frieda, geb. **Christochowitz**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt St.-Georg-Straße 6, 50859 Köln, am 23. November

Ebeling, Margarete, geb. **Nieswandt**, aus Moritzruhe, Kreis Ortelsburg, jetzt Im Wiesengrund 11, 31707 Heeßen, am 23. November

Franke, Gertrud, geb. **Lemke**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, jetzt Pablo-Picasso-Straße 4/12, 28816 Stuhr, am 26. November

Götze, Hildegard, geb. **Lasarzik**, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, jetzt Charlottenstraße 97, 30449 Hannover, am 25. November

Hebestreit, Lieselotte, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Ritzerstraße 16, 91054 Erlangen, am 23. November

Klein, Waltraud, geb. **Littek**, aus Weißengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Dorfstraße 7, 57572 Niederfischbach, am 25. November

Laun, Hedwig, geb. **Ludwig**, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Haardter Straße 6, 67433 Neustadt an der Weinstraße, am 27. November

Noetzel, Ella, geb. **Kämereit**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Fridastraße 21, 30161 Hannover, am 25. November

Salomon, Günter, aus Ebenrode, am 21. November

Schmalke, Frida, geb. **Bender**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 26. November

Woitecki, Adelheid, geb. **Blaudschun**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 26. November

ZUM 90. GEBURTSTAG

Ahlen, Gerda **von**, geb. **Otto**, aus Königsberg, jetzt Vahldiekstraße 2, 23701 Eutin, am 27. November

Fladda, Willi, aus Königshöhe, Kreis Lötzen, jetzt Höntroper Straße 42 A, 44869 Bochum, am 27. November

Gaida, Gerda, geb. **Doliwa**, aus Langheide, Kreis Lyck, jetzt Am Heidewinkel 4, 02923 Hähnichen, am 25. November

Gorny, Gertrud, geb. **Eberwein**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Berliner Straße 2, 79189 Bad Krozingen, am 23. November

Kafka, Lisbeth, geb. **Konetzka**, aus Ortelsburg, jetzt Korbinian-Beer-Straße 22, 80997 München, am 22. November

Kurtz, Wilhelm, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, jetzt Gremmendorfer Weg 44 C, 48167 Münster, am 22. November

Littwin, Fritz, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, jetzt Goethestraße 45, 17192 Waren, am 22. November

Nebjonat, Eva, geb. **Reuter**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Brahmsstraße 14, 74369 Löchgau, am 22. November

Nischik, Hedwig, geb. **Nowak**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt In der Horst 19 A, 26160 Bad Zwischenahn, am 27. November

Oberdick, Erika, geb. **Sadlowski**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Geibelstraße 9, 59227 Ahlen, am 26. November

Schönland, Gertrud, geb. **Schories**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Schillerstraße 17, 08626 Adorf / Vogtland, am 25. November

Sokolowski, Helmut, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Oststraße 13, 09599 Freiberg, am 27. November

Tuttas, Anna, geb. **Chmielewski**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Mittnachtstraße 70, 72760 Reutlingen, am 21. November

Viehöfer, Ursula, geb. **Leber**, aus Königsberg, Deutsch Ordensring 84, jetzt Lehmberg 23, 24241 Blumenthal, am 22. November

ZUM 85. GEBURTSTAG

Begett, Alfred, aus Kirpehnen, Kreis Samland, jetzt Fontanestraße 6, 24159 Kiel, am 21. November

Bierbass, Christa-Maria, geb. **Ellinger**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Görlinger-Zentrum 3, 50829 Köln, am 21. November

Birth, Fritz, aus Deutsch Thierau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Bremer Straße 15, 99085 Erfurt, am 22. November

Dohmen, Gerda, geb. **Balzereit**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Am Weiherhof 19, App. 5, 52382 Niederzier, am 25. November

Groß, Siegfried, aus St. Lorenz, Kreis Samland, jetzt Am Kamerun 15, 61197 Florstadt, am 26. November

Haedge, Just, aus Kownatken, Kreis Neidenburg, jetzt Dorfstraße 45, 29331 Lachendorf, am 27. November

Kerlies, Ernst, aus Heinrichstal, Kreis Treuburg, jetzt Auf dem Hostert, 56753 Trimbs, am 26. November

König, Irene, geb. **Janz**, aus Gutsfelde, Kreis Elchniederung, jetzt Beethovenstraße 3 A, 09669 Frankenberg, am 26. November

Koeppen, Horst, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, am 26. November

Kuzio, Elisabeth, geb. **Buyny**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Lange Straße 6, 17139 Malchin, am 21. November

Melzer, Ursula, aus Ketzwalde, Kreis Osterode, jetzt Schulstraße 23, 06846 Dessau, am 25. November

Priebe, Heinz, aus Wittken, Kreis Elchniederung, jetzt Gartenstraße 33, 21635 Jork, am 26. November

Schmiedel, Erika Elise, geb. **Albrecht**, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt Gradstraße 1, 82319 Starnberg, am 22. November

Schneider, Herta, geb. **Kania**, aus Kutzen, Kreis Lyck, jetzt An der Wildenburg 20, 42551 Velbert, am 21. November

Schulz, Werner, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 22. November

Vester, Waltraud, geb. **Annus**, aus Lykusen, Kreis Neidenburg, jetzt Lendersbergstraße 45, 53721 Siegburg, am 21. November

Voedisch, Helene, geb. **Mallusch**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Eschenweg 10, 09603 Großschirma, am 27. November

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bachmann, Gerda, geb. **Hossmann**, aus Stelau, Kreis Ebenrode, jetzt Spenerstraße 11 A, 01309 Dresden, am 15. November

Borkowski, Richard, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Sportplatzring 13, 22527 Hamburg, am 22. November

Boysen, Monika, geb. **Schulz**, aus Heiligenbeil, Am Markt 4, jetzt Dorfstraße 13, 24809 Nübbel, am 22. November

Chitralla, Otto, aus Willkassen, Kreis Treuburg, jetzt Richard-Köhn-Straße 28, 25421 Pinneberg, am 22. November

Erdmann, Hildegard, geb. **Kliewer**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, jetzt Schmiedeweg 2, 24943 Flensburg, am 23. November

Fritzsche, Gertrud, geb. **Luft**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 21. November

Gerke, Waltraud, geb. **Wollmann**, aus Sarken, Kreis Lyck, jetzt Scherberger Straße 5, 52146 Würselen, am 27. November

Golz, Waltraut, geb. **Link**, aus Lehmbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Dr.-C.-Otto-Straße 54, 44879 Bochum, am 26. November

Gosdzinski, Reinhold, aus Freudengrund, Kreis Ortelsburg, jetzt Sophienstraße 21 A, 45699 Herten, am 25. November

Grommek, Klaus, aus Dietrichsdorf, Kreis Gerdauen, jetzt Bahnhofstraße 14, 24619 Bornhöved, am 25. November

Hellwig, Heinz, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Spielstraße 8, 07580 Linda, am 26. November

Keller, Edith, geb. **Feege**, aus Lentenbude, Kreis Elchniederung, jetzt Gehrener Straße 17 A, 99310 Arnstadt, am 27. November

Kupschies, Lieselotte, geb. **Lusch**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, jetzt Sachsenring 142, 45279 Essen, am 21. November

Lütjohann, Sieglinde, geb. **Buchholz**, aus Boyden, Kreis Mohrungen, am 27. November

Pankewitz, Hans, aus Craam, Kreis Samland, jetzt Lindenstraße 29, 38489 Beetzendorf, am 26. November

Rennung, Arno, aus Deutsch Thierau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Baumstraße 1, 75305 Neuenbürg, am 26. November

Roy, Erika, geb. **Weitschies**, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, jetzt Distelweg 6, 67245 Lambsheim, am 27. November

Schröder, Gerhard, aus Hanswalde, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ochsenweg 61, 49324 Melle, am 21. November

Sommer, Irma, geb. **Buczilowski**, aus Seligen, Kreis Lyck, jetzt Sebastianstraße 10, 87629 Füssen, am 26. November

Sontowski, Willi, aus Langenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Heidter Straße 107, 42369 Wuppertal, am 25. November

Thiel, Günther, aus Seesken, Kreis Treuburg, jetzt Volkardeyer Weg 87, 40472 Düsseldorf, am 22. November

Thiel, Klaus, aus Langwalde, Kreis Braunsberg, jetzt Am Bertramshof 13, 23566 Lübeck, am 15. November

Topeit, Siegfried, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Von-Bodelschwingh-Siedlung 58, 42857 Remscheid, am 27. November

Trimuschat, Sigrid, geb. **Weiß**, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, jetzt Eppendorfer Weg 206, 20251 Hamburg, am 27. November

Urbschat, Günter, aus Gruten, Kreis Elchniederung, jetzt Germanenstraße 92, 44579 Castrop-Rauxel, am 26. November

Wythe, Werner, aus Heiligenbeil, Am Markt 27, jetzt Zikadenweg 4 D, 84034 Landshut, am 22. November

Zaiak, Ruth, geb. **Brozius**, aus Kinderhausen, Kreis Ebenrode, am 27. November



Schimmelpfennig, Paul, und Frau Ingenorma, geb. **Altenberg**, aus Kirchspiel Deutsch Thierau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Schwarze Heide 16, 31199 Diekholzen, am 26. November

Weihnachtskonzert des Ostpreußenchors Hamburg

Freitag, 16. Dezember, 15 Uhr, St. Gabriel-Kirche, Hartzloh-Platz 17. Die Kirche kann mit dem HVV-Bus von Barmbek mit der Linie 172 oder 7 (bis Hartzloh) erreicht werden. Von dort zirka sieben Minuten Fußweg. Informationen bei Ilse Schmidt, Telefon (040) 254 39 35. Der Eintritt ist frei.

TERMINE DER LO

Jahr 2011

7. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

Jahr 2012

10. bis 11. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter im Ostheim in Bad Pyrmont.

13. bis 15. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Lüneburg

20. bis 22. April: Kulturseminar im Ostheim in Bad Pyrmont

25. bis 28. Mai: Musikseminar im Otheim in Bad Pyrmont

27. Mai: Regionaltreffen Nordrhein-Westfalen, Ort wird noch bekannt gegeben

16. Juni: Ostpreußisches Sommerfest, voraussichtlich in Allenstein

23. bis 25. September: Geschichtsseminar im Ostheim in Bad Pyrmont

8. bis 14. Oktober: 58. Werkwoche im Ostheim in Bad Pyrmont

26. bis 28. Oktober: Schriftleiterseminar im Ostheim in Bad Pyrmont

5. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar im Ostheim in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

HÖRFUNK & FERNSEHEN

Sonnabend, 19. November, 15.20 Uhr, 3sat: Das letzte Geheimnis der Frauenkirche.

Sonnabend, 19. November, 20.15 Uhr, 3sat: Kleist on the road. „Die Reisen des Heinrich von Kleist".

Sonnabend, 19. November, 21.05 Uhr, Arte: Kampf um die Ostsee. Das Wrack der Hedvig Sophia.

Sonntag, 20. November, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 20. November, 20.15 Uhr, RBB: Die Akte Kleist.

Sonntag, 20. November, 20.15 Uhr, Phoenix: Görings letzte Schlacht. Das Tribunal von Nürnberg.

Montag, 21. November, 20.15 Uhr, RBB: Städte in Angst. Wie Metropolen sich vor Terror schützen.

Montag, 21. November, 22 Uhr, WDR: Adel vernichtet – Der bemerkenswerte Niedergang des Bankhauses Oppenheim.

Dienstag, 22. November, 13.15 Uhr, Arte: Paläste der Macht (1-3/3).

Dienstag, 22. November, 20.15 Uhr, ZDF: Geheimnisse des „Dritten Reichs". „Rommel – Mythos und Wahrheit.

Dienstag, 22. November, 22.45 Uhr, HR: Legenden: Rex Gildo.

Mittwoch, 23. November, 20.15 Uhr, Arte: Edward und George. „Zwei Brüder, eine Krone".

Mittwoch, 23. November, 18 Uhr, Phoenix: Wo gehörst du hin, Hilal?

Donnerstag, 24. November, 20.15 Uhr, 3sat: Bedrohte Paradiese – Golf von Mexiko. (1/4).

Donnerstag, 24. November, 22.45 Uhr, RBB: Honeckers Jahrhundertwerk. Die DDR-Erdgastrasse.

Freitag, 25. November, 20.15 Uhr, Arte: Hinterhalt in Afghanistan.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN

BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Buchen – Sonntag, 20. November, 11 bis 17 Uhr, Rathaus Buchen-Hainstadt (neben der Kirche): **Masurische Winterstube.** Geboten wird ein vielseitiges Programm: köstliche Schmandwaffeln und Raderkuchen, aus „Omas Schmalztopf“ werden leckere Brote gezaubert. Es gibt Gestricktes, Gebasteltes, Punsch, Königsberger Marzipan, Masurische Erzählungen und Kurzfilme aus Masuren – und dies alles bei Kerzenschein und Zithermusik.

BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Fürstenfeldbruck – Sonnabend, 2. Dezember, 14.30 Uhr, Wirtshaus Auf der Lände: Weihnachtsfeier.

Landshut – Dienstag, 6. Dezember: Weihnachtsmarkt in Höfen.

München Nord/Süd – Sonnabend, 26. November, 14.30 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München: Bunter Nachmittag unter dem Motto „Herbst“ mit Lesungen, gemeinsamem Gesang und Kaffeetrinken.

Ulm/Neu-Ulm – Sonntag, 4. Dezember, 14 Uhr, Ulmer Stuben: Adventsfeier der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Gäste sind herzlich willkommen.

Weiden – **Heimatnachmittag.** Der 1. Vorsitzende Hans Poweleit konnte in der Gaststätte Heimgarten zum Heimatnachmittag wieder viele Landsleute und Gäste willkommen heißen. Die Mitglieder aus München und Tirschenreuth wurden besonders begrüßt. Nach den Liedern „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gratulierte die Kassiererin Ingrid Uschald den Geburtstagskindern des Monats November. Der 2. Vorsitzende Norbert Uschald spielte danach mit der Flöte bekannte Melodien, darunter auch Lieder von Wolfgang Amadeus Mozart. Seine Tochter Katharina zeigte mit dem Lied „Grün, grün, grün sind alle meine Kleider“, dass auch sie schon sehr schön Flöte spielen kann. Norbert Uschald lud alle Anwesenden zur Gedenkveranstaltung am Totensonntag, 20. November um 10.45 Uhr auf den Weidener Stadtfriedhof ein. Dazu werden Gestecke vor dem Vertriebenenmahnmal niedergelegt und er selbst wird eine Gedenkansprache halten. Mit dem Lied „Kein schöner Land“ und guten Wünschen verabschiedete man sich bis zur nächsten Zusammenkunft, der Vorweihnachtsfeier am 4. Dezember um 14.30 Uhr im Heimgarten.

BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

Landesverband – Sonnabend, 19. November, 9.30 Uhr, Rathaus Schöneberg, John F. Kennedy-Platz 1: Kulturtag der Landsmannschaften unter dem Motto „Herkunft und Wurzeln – Autrag an die Jugend“.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

KREISGRUPPE

Pillkallen / Schlossberg / Ebenrode – Dienstag, 6. Dezember, 13.30 Uhr, Haus des Älteren Bürgers, Werbellinstraße 42, 12053 Berlin: Heimattreffen. Anfragen für Pillkallen/Schlossberg und Stallupönen/Ebenrode bei Frau Rieck, Telefon (030) 6596822 oder Herrn Kropp, Telefon (030) 3312590.

Königsberg / Samland / Labiau – Sonntag, 18. Dezember, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben: Heimattreffen. Auskunft erteilt Prof. Wolfang Schulz, Telefon (030) 2515995.

BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Sonnabend, 3. Dezember, 15 Uhr, Atlantic-Hotel beim Bremer Flughafen (Haltestelle „Flughafen“ der Linie 6): **West-Ostpreußische Adventsfeier.** Die Feier wird in diesem Jahr anders sein als gewohnt. Die Besucher nehmen nach der Kaffeetafel teil an einem Brückenschlag zum schlesischen Kulturgut. Möglich wird dieses, weil Vorstandsmitglied Dagmar Schramm im „Gemischten Chor Moorende“ unter der Leitung von Paul Lilje mitwirkt und dort vermittelt hat, dass dieser Chor nun auch bei der Bremer Gruppe die „Weihnachtsgeschichte – **Brieger Christnacht 1944 mit Liedern aus der Grafschaft Glatz“** von Max Drischner singen wird. – Max Drischner (1891–1971 war Kirchenmusikdirektor und Kantor an St. Nicolai im schlesischen Brieg. Der Komponist beschrieb die Entstehung des seither an vielen Orten aufgeführten Werkes im Nachwort einer 1950 erfolgten Veröffentlichung wie folgt: „Als mir zur Gewissheit geworden war, dass der Krieg unsere Heimat überfluten würde, schrieb ich für meinen Chor und für meine Brieger Gemeinde am ersten Adventssonntag 1944 die Weihnachtsgeschichte. Mit drei Aufführungen – eine fand in der Christnachtfeier statt – nahmen wir bewusst Abschied von Kirche und Gemeinde. Etwa 6000 Menschen hörten die Komposition. Bald darauf sank der gewaltige Dom von St. Nicolai und unsere ganze Brieger Welt in Trümmer, eine Welt, an die alle, die daran teilhatten, mit Freude und Dankbarkeit zurückdenken. In der Nacht vom 4. zum 5. Februar ging die Nicolaikirche in Flammen auf ...“ Max Drischner gehört zu den wichtigen deutschen Komponisten für Kirchenmusik im 20. Jahrhundert. Sein Ruf als „Brieger Kantor“ ging seinerzeit durch ganz Deutschland. Eine große Anzahl nationaler Chor- und Kirchenmusiktreffen wurde nach Brieg verlegt. Den größten Einfluss auf sein Werk hatte der „Urwalddoktor“ Albert Schweitzer. Drischners Musik zeichnet sich durch ihren schlichten, stillen und besonders melodienreichen Glanz aus. Zwar entsprach er mit seinem Werk überhaupt nicht dem Stil seiner komponierenden Zeitgenossen, aber das interessierte ihn nicht. Er hasste es, die Orgel als Konzertinstrument fern allen liturgischen Zusammenhanges zu benutzen. Seine „Konzerte“ liefen immer unter „Orgelfeierstunden“. Bis zu seinem Tode blieb er seiner eigenen, schon früh gefundenen Tonsprache treu. Sein bedeutendster Ausspruch zu seinem Œuvre war: „Kirchenmusik muss sein wie eine gute Predigt, die jeder verstehen kann.“ – Im Anschluss an die halbstündige Aufführung möchte die Gruppe mit Ihnen weiter harmonisch und besinnlich zusammen sein, mit Unterstützung des Chores Lieder singen und sich am Vortrag westostpreußischer weihnachtlicher Geschichten erfreuen. Die Kosten der Kaffeetafel betragen 10 Euro pro Person. Die Teilnahme ist aus organisatorischen Gründen nur nach vorheriger Anmeldung in der Geschäftsstelle möglich. Diese ist in der Parkstraße 4, 28209 Bremen jeden Donnerstagnachmittag von 14 bis 17.30 Uhr erreichbar. Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – 85. Stiftungsfest der Ostpreußen in Bremerhaven. Am 28. Oktober wurde mit über 60 Teilnehmern im Ernst-Barlach-Haus in Bremerhaven-Geestemünde groß gefeiert: Die Landsmannschaft Ost-/Westpreußen und der Heimatkreis Elbing wurden am 13. Oktober 1926 als „Verein heimattreuer Ostpreußen“ gegründet. Zum ersten Leiter der Gruppe wurde Schneidermeister Gustav Knuth gewählt. Heute konnte der 85. Geburtstag gefeiert werden. 1926–2011: 85 Jahre deutscher Geschichte mit der Weimarer Republik, dem Dritten Reich, dem Zweiten Weltkrieg, dem schmerzlichen Verlust der ostdeutschen Heimat, der Bildung zweier deutscher Staaten, aber auch dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990. Das Auf und Ab der Zeit haben die Ostpreußen in Bremerhaven als treue Gemeinschaft miteinander erlebt. Marita Jachens-Paul, die Vorsitzende der Landsmannschaft, begrüßte wichtige Gäste: den Stadtverordnetenvorsteher Artur Beneken, der besonders auf das gute Verhältnis der Einheimischen zu den Ostdeutschen in Bremerhaven und auf die 1954 gegründete Patenschaft zwischen der Seestadt und Elbing, heute Elblag, hinwies, die hervorgegangen ist aus der Umsiedlung der Schichau-Schiffbau-Werft und vielen ihrer Beschäftigten nach Bremerhaven, durch die hauptsächlich Elbinger an der Unterweser eine neue Heimat fanden. Ostpreußen-Landesvorsitzender Helmut Gutzeit aus Bremen erinnerte an die andere Bremerhavener Partnerstadt im ehemals deutschen Osten, die ostpreußische Hauptstadt Königsberg, heute Kaliningrad. Er dankte der Bremerhavener Gruppe für ihren beispielhaften Zusammenhalt und wünschte ihr noch viele Jahre erfolgreicher Heimatarbeit. Der Vorsitzende des Seniorenbeirats der Seestadt Bremerhaven, Wilhelm Behrens, lobte die hiesige Landsmannschaft der Ostpreußen, die seit 27 Jahren im städtischen Seniorentreff „Barlachhaus“ ihre Veranstaltungen abhält und damit ihre Verbundenheit zur Stadt Bremerhaven gezeigt hat. Günter Kuhn, Heimatkreisvertreter von Elbing-Stadt und Elbing-Land, gratulierte der Landsmannschaft herzlich zum 85. Geburtstag und dankte ihr für die damalige Ausstellung „50 Jahre Patenschaft Bremerhaven – Elbing“ im Jahre 2004 in der Wilhelm-Raabe-Schule. Diese Ausstellung war der Auslöser, dass seit 2008 jährlich das „Treffen der Elbinger“ in der Partnerstadt Bremerhaven durchgeführt wird. Erwin Radtke, Danzig (aktiv seit 1948 in der Gemeinschaft der Danziger in Bremerhaven), Peter Haschke (Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien), Ingret Greyer (stellv. Vorsitzende der Pommerschen Landsmannschaft) – alle gratulierten der Landsmannschaft Ost-/Westpreußen und Heimatkreis Elbing zum 85. Geburtstag, wünschten eine erfolgreiche Zukunft und überreichten ihre Geschenke. Weiterhin begrüßte die Vorsitzende Paul Baumgardt, das Ehrenmitglied der Ostpreußen und genau so alt wie die Bremerhavener Gruppe; Inge Kies, die Künstlerin (Malerin) der Bremerhavener Ostpreußen; und Alice Schwiedop, die auf Grund ihrer besonderen Verdienste um die Landsmannschaft geehrt wurde. Mit den beiden Heimatliedern „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen, mein lieb' Heimatland“ klang der offizielle Teil des 85. Stiftungsfestes aus. Dann traten Oliver und Andree Samenta, ein internationales Varietékünstler-Paar, auf und unterhielten die Gäste stimmungsvoll mit Musik und Gesangseinlagen. Höhepunkt war die Puppe „Opa Krüger“ auf dem Arm des Bauchredners Andree, der seine Kommentare zu witzigen Situationen gab. Zwei Freiwillige aus dem Publikum mimten an der Hand von Andree mit verstellter Stimme jeweils die Biene Maja. Ein herrlicher Spaß für die Zuhörer! Danach verabschiedete Marita Jachens-Paul alle Landsleute, Gäste und Mitwirkende mit dem Dank fürs Kommen und dem Wunsch für eine glückliche Zukunft.

HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Referat Kultur – Sonnabend, 10. Dezember, 14 bis 17 Uhr, Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562: **„Adventsfeier Landesgruppe“.** Die Veranstaltung beginnt mit der Begrüßung durch den Vorsitzenden Hartmut Klingbeutel und gemeinsamen Singen mit dem Ostpreußenchor des Heimatlieds „Land der dunklen Wälder“. Anschließend wird der Chor mit seiner Dirigentin Hanna Guzinski die Teilnehmer weihnachtlich einstimmen. Nach der Kaffeepause gegen 15 Uhr beginnt dann ein heimatliches buntes Programm. Es werden Gedichte und Geschichten vorgetragen im Wechsel mit gemeinsamem Singen unter der Führung des Ostpreußenchores. Moderation und Leitung der Veranstaltung: Kulturreferent Siegfried Grawitter, Telefon (040) 205784. Saaleinlass ist bereits um 13 Uhr. Das Restaurant Rosengarten ist mit S- und U-Bahnstation Ohlsdorf zu erreichen. Von dort sind es noch fünf Minuten Fußweg.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg/Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahn-Station Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

KREISGRUPPE

Heiligenbeil – Sonnabend, 26. November, 14 Uhr, Seniorentreff der AWO, Bauerbergweg: Die Gruppe feiert ihre Weihnachtsfeier. Mitglieder und Freunde der Gruppe sind herzlich eingeladen, natürlich auch die Mitglieder der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, die in Hamburg wohnen. Die Gruppe will gemeinsam, am ersten Sonnabend vor dem ersten Advent, mit Gedichten, Liedern, Geschichten und Bildern aus dem heutigen Königsberg auf das Weihnachtsfest einstimmen. Der Seniorentreff kann mit der Bus-Linie 116, ab U-Bahn Billstedt, U-Bahn Wandsbek-Markt und U-Bahn Hammer Kirche bis Bauerberg erreicht werden. Von dort sind es noch zwei Minuten Fußweg bis zum Seniorentreff. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen betragen 5 Euro. Anmeldungen bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 30067092 bis Freitag, 25. November.

Osterode – Sonnabend, 26. November, 14 Uhr, Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Nähe U-Bahn-Bahnhof Ohlsdorf: Weihnachtsfeier der Gruppe. Die Feier beginnt mit einer gemeinsamen Kaffeetafel und musikalischer Begleitung. Gerne können Julklapp-Päckchen mitgebracht werden. Bitte daran denken, dass man auch Verwandte und Freunde mitbringen kann. Über Anmeldungen freut sich das Ehepaar Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.

Elchniederung – Mittwoch, 30. November, 14 Uhr, Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg-Ohlsdorf (Nähe Bahnhof Ohlsdorf): Vorweihnachtlicher Nachmittag. Lokal und Uhrzeit sind neu. Die Gruppe möchte mit Musik, Liedern zur Jahreszeit und Vorträgen den Advent feiern. Der Eintritt ist frei, aber ein Päckchen für den Julklapp ist mitzubringen. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

Königsberg – Donnerstag, 1. Dezember, 14.30 Uhr, Rosengarten, Alsterdorfer Straße 62/U-Bahnhof Ohlsdorf: Vorweihnachtliches Beisammensein. Die Teilnehmer dürfen sich auf Ruth Geede freuen. Gerta wird die Gruppe beim Singen mit ihrer Gitarre begleiten. Anmeldung, falls noch nicht erfolgt, bis zum 28. November bei Ursula Zimmermann, Telefon (040) 4604076. Bitte eventuell noch fehlende Mitgliedsbeiträge mitbringen. Danke.

Gumbinnen – Sonnabend, 3. Dezember, 14 bis 17 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8: Adventfeier. Bei Kaffee und Kuchen werden die Teilnehmer gemeinsam Weihnachtslieder singen. Herr Schiedat wird über Gedichte und Geschichten der Toni Schawaller, Heimatdichterin aus Gumbinnen, berichten. Das Haus der Heimat ist zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder der U-Bahn bis Rödingsmarkt, danach noch rund 6 Minuten Fußweg in Blickrichtung Michaeliskirche. Bei Rückfragen steht Edelgard Gassewitz unter der Telefonnummer (040) 58951060 zu Verfügung.

Insterburg – Mittwoch, 7. Dezember, 12 Uhr, im Hotel zum Zeppelin, Frohmestraße 123, 22459 Hamburg: Monatstreffen der Insterburger Heimatgruppe. „Mit dem 1. Advent beginnt die Vorweihnachtszeit. Die Gruppe stimmt sich gemeinsam mit weihnachtlichen Liedern und Gedichten auf das bevorstehende Weihnachtsfest ein.“ Gäste und neue Mitglieder sind herzlich willkommen. Rückfragen bitte an Manfred Samel, Telefon / Fax (040) 587585, manfred-samel-@hamburg.de richten.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

HESSEN

stellvertr. Vorsitzende: Waltraud von Schaewen-Scheffler, Wegmannstr. 1C, 34128 Kassel, Telefon (0561) 88 73 42.

Kassel – 40 Teilnehmer hatten sich zu dem Vortrag von Dr. Sauerzapf zum Thema **„Warum Deutschland ohne Preußen ärmer ist“** versammelt. Mit dem Kontrollratsgesetz von 1947 bestimmten die alliierten Siegermächte die Auflösung des Staates Preußen. Der Vortragende machte deutlich, dass der preußische Staat de facto bereits früher aufgehört hatte zu bestehen (Reichsstatthaltergesetz 1935 und Zerstückelung durch die Siegermächte ab 1945). Überall, vor allem in der Hauptstadt Berlin, findet und fand man preußische Symbole: das Brandenburger Tor, die Siegessäule, das wieder entstehende Stadtschloss, als Hauptsymbol in Potsdam die Garnisonkirche, aber auch das Königberger Schloss und die Burg Hohenzollern. Das Brandenburg-Preußen-Museum in Wustrau, erbaut von dem Privatbankier Ehrhardt Bödecker, fasst die Geschichte Preußens mit ihren vielen Höhepunkten hervorragend zusammen, schildert die preußischen Tugenden wie Rechtsstaatlichkeit, Toleranz, Bildungswesen, Sparsamkeit, betont die führende Stellung Preußens in Wissenschaft, Forschung, Kultur (Zahl der Nobelpreisträger), nennt die preußischen Könige (später deutsche Kaiser) im einzelnen und zerstreut damit die einseitig negativen Preußenbilder (Militarismus, Obrigkeitsstaat, Kadavergehorsam, Kasernenhofmentalität). Diese negative Propaganda trug auch zum Entstehen des Ersten Weltkrieges bei. Es ist notwendig, die ideellen Werte Preußens wieder zur Richtschnur für das Leben zu machen. Bei einer möglichen Neugliederung der Bundesländer könnten Brandenburg und Berlin wieder Preußen heißen.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 23. November, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee: Ursula Dorn liest aus ihrem Buch **„Ich war ein Wolfskind in Königsberg“**. Gäste sind herzlich willkommen. – Mittwoch, 7. Dezember, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant: **Vorweihnachtliches Beisammensein** mit einer gemeinsamen Kaffeetafel, Liedern, Gedichten und kleinen Geschichten sowie musikalischer Umrahmung.

Buxtehude – Sonnabend, 3. Dezember, 15 Uhr, Hoheluft: Adventliche Feierstunde. Anmeldung bei Familie Wander, Telefon (04161) 87918.

Oldenburg – Bericht über die Versammlung am 9. November – Die Frauengruppe der Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg hat wieder eine Perle unter ihren Mitgliedern entdeckt: Herr Walter Perkuhn berichtete in einem Dia-Vortrag aus seiner Heimat Löwenhagen und dem nahegelegenen Friedrichstein, am Pregel östlich von Königsberg gelegen. Schloss Friedrichstein fand in ihm seinen eifrigsten Fürsprecher und der gleichnamige Ort den besten Fremdenführer. Im Dorf Löwenhagen, dem Heimatort von Walter Perkuhn, stand eine der Patronatskirchen der Familie Dönhoff. Sie ist heute wie viele kleine Dorfkirchen im nördlichen Ostpreußen nicht mehr da. So wie von der Kirche im unweit gelegenen Borchersdorf nur noch die Mauerecke mit dem Mosaik von Max Pechstein, einem Denkmal für die toten Soldaten des Ersten Weltkriegs, erhalten ist. Es ist nicht viel von dem einstigen blühenden Land mit einer intakten Landwirtschaft und Infrastruktur bewahrt geblieben und trotzdem ist die Faszination für seine einstigen deutschen Bewohner ungebrochen. Die Gruppe rundete den schönen ostpreußischen Nachmittag mit vielen Liedern aus der Heimat ab. – Am 14. Dezember, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: Adventsfeier. Die Gruppe wird wieder einen Basar mit weihnachtlichen Bäckereien und Basteleien aufbauen und erwartet die Liedermacherin Sybille Gimon zur musikalischen Unterstützung. – „Advent“ im StadtHotel Oldenburg – **Handarbeitsausstellung** – Am 19. und 20. November 2011 stellt die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“ Kiel/Wiefelstede im Stadt Hotel Oldenburg, Eversten, Hauptstraße 40 wieder ihre wertvollen Handarbeiten aus, die in einem „Hilfe-zur-Selbsthilfe“-Projekt in Ostpreußen gearbeitet wurden. 20 Frauen haben gestickt, genäht und gehäkelt, um die Decken und Kissen, Läufer und Handtücher, Schürzen und Topflappen – also Schönes und Praktisches für Wohnzimmer, Küche und Bad für diese vorweihnachtliche Ausstellung herzustellen. Sie haben auch Socken und Handschuhe für den kommenden Winter gestrickt und Kindersachen in guter Qualität gefertigt. Auch viele Geschenkartikel sind entstanden. Die Frauen arbeiten diese Dinge, um für sich und ihre Familien ein Zubrot zu ihrem schmalen Einkommen zu verdienen und die Arbeitsgemeinschaft unterstützt sie schon seit gut 25 Jahren. Ihre Mitglieder, die sämtlich ehrenamtlich arbeiten, unternehmen mehrmals im Jahr Fahrten in ihren privaten PKW nach Ostpreußen., um diese Frauen und weitere Familien aufzusuchen. Sie nehmen dabei vorbereitetes Material für die Handarbeiten, Spendengelder und sonst dringend Benötigtes mit. Fertige Arbeiten und Wünsche für nächste Hilfen werden entgegengenommen. Die Handarbeiten werden auf verschiedenen Ausstellungen zum Verkauf angeboten. Der Erlös geht zum einen an die Frauen, zum anderen an weitere Bedürftige im heute polnischen und auch russischen Teil Ostpreußens. Insgesamt betreut die Arbeitsgemeinschaft über 300 Familien und tuberkulosekranke Kinder in Königsberg. Wer sich über die Arbeit näher informieren oder sie unterstützen möchte, hat dazu am Wochenende Gelegenheit. Die Ausstellung ist am Sonnabend, 19. und Sonntag, 20. November jeweils von 10 bis 18 geöffnet.

Osnabrück – Donnerstag, 1. Dezember, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis. – Sonntag, 4. Dezember, 15.30 Uhr, Osnabrückhalle: Adventsfeier. Anmeldung bei Gertrud Franke, Telefon 67479 oder Gerhard Reihs, Telefon 83646.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Aachen – Sonntag, 4. Dezember, 12 bis 15 Uhr, Haus des deutschen Ostens: Adventsfeier.

Bad Godesberg – Mittwoch, 7. Dezember, 15 Uhr, Stadthalle: Treffen der Frauengruppe.

Bielefeld – Donnerstag, 1. Dezember, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Gesprächskreis der Königsberger und Freunde der ostpreußischen Hauptstadt. – Montag, 5. Dezember, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Zusammenkunft der Frauengruppe Ost- und Westpreußen. – Donnerstag, 8. Dezember, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Ostpreußisch Platt und Literaturkreis.

Düsseldorf – Freitag, 2. Dezember, 18.30 Uhr, GHH/Eichendorff-Saal: „Ex oriente lux – Aus dem Osten kommt das Licht“, Texte und Musik zur Weihnachtszeit von ostdeutschen Dichtern und Komponisten mit Dr. Hajo Buch und dem Malinconia-Ensemble Stuttgart. – Sonntag, 4. Dezember, 10 bis 16 Uhr, GHH/Raum 412: Ost- und mitteldeutscher Weihnachtsmarkt. – Mittwoch, 7. Dezember, 15 Uhr: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 7. Dezember, 19.15 Uhr, GHH/Konferenzraum: Vortrag von Dr. Peter Koura, Prag, „Tschechische Weihnachtstraditionen im 20. Jahrhundert im Spiegel der Geschichte“. – Donnerstag, 8. Dezember, 19.30 Uhr, GHH/Raum 312: Offenes Singen mit Barbara Schoch.

Gütersloh – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – Donnerstag, 1. Dezember, 15 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen: Weihnachtsfeier der Frauengruppe. Kontakt und Informationen bei Renate Thamm, Telefon (05241) 40422. – Sonnabend, 3. Dezember, 15 bis 22 Uhr: Spexarder Weihnachtsmarkt. Lukasstraße 14: Zum 5. Mal ist die Gruppe nun mit dem Stand der Landsmannschaft Ostpreußen dabei. Es gibt Bigos (Sauerkraut-Eintopf), Grützwurst (Graupenspeise) und Bärenfang (Honig-Spiritus-Schnaps) und Schmalzbrote. Alles selbstgemacht! Auch wieder im Angebot: heiße Borschtsch-(Rote Beete)-Suppe. Besuchen Sie den Stand der Gruppe – es lohnt sich! Infos bei Marlene von Oppenkowski, Telefon (05241) 702919 oder Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211.

Leverkusen – Sonnabend, 3. Dezember, 14.30 Uhr, Marktplatz 1, Saal der Herz Jesu Kirche: Die Kreisgruppe feiert ihr traditionelles, heimatbezogenes Weihnachtsfest, zu dem alle Mitglieder mit Familien und Freunden, Kindern und Enkelkindern herzlich eingeladen sind. Kaffeetafel um 14.30 Uhr, Programmbeginn ab 15 Uhr, an dem alle Kulturgruppen mit ihrem Können beteiligt sind. Selbstbeteiligung für Mitglieder 4 Euro, für Nichtmitglieder 7 Euro. Kinder bis 12 Jahre frei. Anmeldungen sind erforderlich, bitte bis zum 1. Dezember bei Frau Pelka, Telefon (0214) 95763.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 3. Dezember, 14.30 Uhr, Heimatstube, Lutzerstraße 20: Weihnachtsfeier.

SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Sonnabend, 3. Dezember, 14 Uhr (Einlass ab 13 Uhr), Begegnungsstätte, Clausstraße 27: Weihnachtsfeier.

SACHSEN-ANHALT

Vors.: Siegmund Bartsch (komm.), Lepsiusstraße 14, 06618 Naumburg, Telefon (03445) 774278.

Magdeburg – Dienstag, 6. Dezember, 16.30 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Vorstandssitzung.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Novemberrunde – Die Vorsitzende begrüßte besonders Hildegard Neppessen, die nach langem Kranksein wieder dabei sein konnte. Gisela Breuer sprach anschließend über die Gedenktage im November, Allerheiligen, Allerseelen, Volkstrauertag und Totensonntag. Sie erwähnte dabei auch die Gedenksteine, die in den letzten Jahren auf den Friedhöfen in der Heimat aufgestellt werden konnten. Dabei konnte in den Inschriften nur auf „evangelische“ bzw. „katholische“ Verstorbene hingewiesen werden, nicht auf die deutschen Verstorbenen. Weiter wurde über herbstliches Brauchtum gesprochen. Dabei ging es auch um die Krähen, die zum Verzehr getötet wurden, und zwar durch einen Biss. Die „Kraje-Bieter“ hatten sich schon einen Namen gemacht. Mit einer Hackfleischfüllung sollen sie eine Delikatesse gewesen sein. Dazu erzählte Katharina Makarowski eine Geschichte von zwei Gutsbesitzersöhnen, die zur Aufbesserung ihres Taschengeldes geschlachtete Krähen an ein Restaurant nach Königsberg lieferten. Durch einen Zufall erfuhr der Vater davon und untersagte den Söhnen diese _Tätigkeit. Die Sache soll aber zur Aufbesserung des Taschengeldes geführt haben. Geburtstagskinder des Monats waren Katharina Makarowski und Elfriede Storjohann.

Mölln – Sonnabend, 26. November, 15 Uhr, Quellenhof: Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen treffen sich zur Adventsfeier, um gemeinsam ein paar besinnliche Stunden zu verleben. Irmingard Alex, die 1. Vorsitzende, wird eine Ansprache halten und auf die Bedeutung des Weihnachtsfestes hinweisen. Die musikalische Umrahmung nimmt ein Posaunenchor vor. Außerdem tritt eine Tanzgruppe unter der Leitung von Brigitte Hildebrandt aus Kl. Zecher auf. Zwischen diesen Darbietungen wird gemeinsam Kaffee getrunken. Dazu gibt es ein Stück Apfeltorte mit Sahne und ein Stück Mohnkuchen. Der Preis für das Kaffeegedeck beträgt 5,50 Euro. Die Anmeldungen nimmt Frau Alex unter Telefon (04542) 3690 bis zum 24. November entgegen. Auch in diesem Jahr gibt es einen Basar, der bereits um 14.30 Uhr geöffnet wird und zum Einkaufen von Weihnachtsgeschenken einlädt. Besonders hervorzuheben sind die Adventsgestecke aus Baumwurzeln, dekoriert mit Kerzen und Zubehör. Der Erlös aus dem Verkauf ist für Hilfsmaßnahmen in Königsberg bestimmt. Zu dieser Feier sind auch Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln eingeladen. Über einen zahlreichen Besuch würde sich die Landsmannschaft freuen.

Schönwalde – Sonnabend, 26. November, 15 Uhr, Landhaus: 63. Ostdeutsche Adventsfeier. Es wirken mit: Der Gesangsverein von 1872 Schönwalde a.B., der Posaunenchor der ev.-luth. Kirche Schönwalde a.B. Es gibt eine Darbietung und Aufführung. Besinnliche Worte zum Advent spricht der Pastor. Der Kostenbeitrag für Kaffee/Tee und Kuchen beträgt 10 Euro. Die Gruppe freut sich auf Ihr Kommen.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Busreise nach Königsberg vom 26. Juli bis 4. August 2012 – Eine 10tägige Busreise nach Königsberg mit Zwischenübernachtung in Schneidemühl im Hotel Gromada-Rodlo. Weiterfahrt nach Braunsberg, da kommt die russische Reiseleiterin Nadja zur Abfertigung. Weiter zum Hotel Kaliningrad, da bleiben die Teilnehmer 7 Nächte. Am ersten Tag findet eine Tagesfahrt nach Pillau statt. Die nächsten Tage geht es nach Arnau-Waldau-Heiligenwalde, dann nach Tilsit-Insterburg-Gestüt Georgenburg. Der 31. Juli steht zur freien Verfügung. Am 1. August geht es nach Rauschen über Palmnicken, am 2. August zur Kurischen Nehrung. Am 3. August fährt die Gruppe dann zur Grenze Braunsberg in Richtung Stettin, dort ist eine Übernachtung im Hotel Panorama vorgesehen. Am 4. August fährt die Reisegruppe nach Deutschland zurück. Programmänderung vorbehalten. Weitere Informationen und das komplette Programm erhalten Sie bei Willi Skulimma, Aakerfährstraße 59, 47058 Duisburg, Telefon (0203) 335746.

BRAUNSBERG

Kreisvertreter: Manfred Ruhnau, Tel.: (02241) 311395, Fax (02241) 311080, Bahnhofstraße 35 b, 53757 Sankt Augustin. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Sonnabend, 26. November, 14 Uhr, Hotel Handelshof in Mülheim/Ruhr Friedrichstraß4. 15, 22. Braunsberger **Adventstreffen**

Heimatstuben

Wohin mit den wertvollen Sammlungen der Heimatstuben und -museen, wenn diese sich auflösen? – Heimatstuben sind Orte der Erinnerung und der Begegnung.
Bei einer Auflösung der Heimatstube sollen die Sammlungen an das **Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg** und an das **Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen** übertragen werden.

Engagiert für Wolfskinder

Günter Töpfer beim Fördererkreis Ostpreußisches Jagdmuseum

„Die erste Bürgerpflicht ist, seinem Vaterland zu dienen.“ – Günter Töpfer sprach beim Fördererkreis Ostpreußisches Jagdmuseum in Lüneburg über das Schicksal der Wolfskinder.

„Meine Mutter nannte mich Bubi.“ Das war alles, was ein Überlebender der Wolfskinder über seine Herkunft und seine Familie sagen konnte und was für die Suche nach seiner Identität geblieben war. Sein Schicksal konnte der „gute Geist“ der Wolfskinder, Günter Töpfer, Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin a. D. nicht klären, dafür aber das von 27 anderen von 28 aus dem Gebiet Tauroggen, die vor vielen Jahren seiner Einladung zu einem ersten Treffen gefolgt waren. Für 24 dieser 28 konnte Günter Töpfer auch die deutsche Staatsangehörigkeit erkämpfen. Seit 2003 sind die „Wolfskinder“, Kinder, die in Ostpreußen auf der Flucht bei dem „Großen Treck“ ihre Eltern und Angehörigen verloren, zum Mittelpunkt seines Lebens geworden. Das starke innere Engagement von Günter Töpfer spürten die Teilnehmer bei seinem Vortrag während der Veranstaltung des Fördererkreises Ostpreußisches Jagdmuseum Hans-Ludwig Loeffke Gedächtnisvereinigung über das Thema: „Wolfskinder – Ein Wiedersehen mit den Wölfen“ – Ein tragisches Kapitel der deutschen, ostpreußischen Geschichte.

Schon in ihren Begrüßungsworten hob die Vorsitzende, Dr. Barbara Loeffke, den nachahmenswerten Einsatz von Günter Töpfer für diese von der Politik vergessene Randgruppe unseres Volkes hervor.

Drei Motive nannte Töpfer zu Beginn seiner Ausführungen für seinen Einsatz für diese vom Schicksal so hart betroffenen Menschen: Dem Vaterland zu dienen, dem Volk und der Heimat dienstbar zu sein und schließlich das eigene Erleben.

Was erwarteten diese Entwurzelten, Heimatlosen, ihrer Identität Beraubten von dem Hilfsangebot von Günter Töpfer? Sie wollten kein Geld, keine Bekleidung, keine Lebensmittel. Sie hatten nur zwei Fragen: „Können Sie uns dabei helfen, herauszufinden, wer wir wirklich sind?“ Und: „Hat uns jemand nach dem Krieg gesucht?“ Sie wussten, sie ahnten, dass das, was in ihren Pässen stand, nichts mit ihrer Identität zu tun hatte. Und sie erinnerten sich, dass sie sich damals nicht als Deutsche zu erkennen geben durften, denn dann wären sie verloren gewesen. Durch litauische Geburtsurkunden oder Lebensläufe wurden deutsche Kinder zu litauischen Kindern und damit dem Zugriff des KGB entzogen. Litauische Eltern nahmen diese Kinder als ihre eigenen an. Sie nahmen selbstlos ein großes Risiko in Kauf. Was in jener Zeit litauische Bürgermeister geleistet haben, ist unvorstellbar.

Selbstgestellte Aufgabe war eine Sisyphusarbeit

Die Verwirklichung der Ziele, die sich Günter Töpfer gesetzt hatte, nämlich Lebenswege und Schicksale aufzuklären, war eine Sisyphusarbeit:

Durchsicht unzähliger Briefe, Durchforsten von Archiven in Genf, Bad Arolsen und Hamburg und auch von Kirchenbüchern. Und immer wieder wurde Töpfer in seinen unzähligen Gesprächen auch an diejenigen erinnert, die Schreckliches mit ansehen mussten, wie ihre Geschwister erfroren, in der Memel ertranken, wie der harte Winter 1947 unzählige Opfer forderte, deren Kraft für das Überleben nicht ausreichte.

Wie wurden diese elternlosen Kinder zu den „Wolfskindern“? Sie fanden sich bei ihrer Suche nach Unterkunft und Nahrung zusammen, sie lebten in „Rudeln“, auch in der ständigen Angst, von Wölfen eingeholt zu werden. Es zog sie nach Litauen, weil sie sich dort ein gefahrloses Weiterleben erhofften, und sie wollten auch in der Nähe der Heimat bleiben, immer auf eine Rückkehr hoffend.

Günter Töpfer zog die Zuhörer mit seinem Bericht über eines der tragischsten Kapitel der deutschen Vertreibungsgeschichte und über Einzelschicksale in seinen Bann.

Erschüttert erfuhren sie, wie der KGB ständig auf der Suche nach deutschen Kindern war, deren Schicksal besiegelt war, wenn sie auch nur ein deutsches Wort sprachen, auf einen deutschen Namen reagierten.

Es erfüllt mit Trauer und Schmerz, dass das tragische Schicksal der Wolfskinder so wenig Beachtung findet, haben die Lebensumstände doch eine ordentliche Schulausbildung und Berufsausübung verhindert, sodass eine finanzielle Alterssicherung nicht möglich war, auch daran wurde erinnert.

Günter Töpfer, Jahrgang 1941, in der Altmark aufgewachsen, mit den Niederungen des Lebens vertraut – als politischer Häftling von 1961–1962 in Berlin-Hohenschönhausen – , stellte sein Leben unter das Motto von Friedrich dem Großen „Die erste Bürgerpflicht ist, seinem Vaterland zu dienen“. Günter Töpfer sieht seine Mission noch lange nicht als beendet an. Nun versucht er, die Geschichte seiner Schützlinge ausfindig zu machen. Auch hier konnte er von Erfolgen berichten. Er wird auch weiter seine ganze Kraft dieser Randgruppe der vom Krieg so hart betroffenen Menschen widmen. Mit langem Applaus dankten die Zuhörer für diesen vorbildlichen Einsatz.

In seinem Schlusswort dankte Vorstandsmitglied Dr. Karsten Uffhausen dem Redner für seine höchst eindrucksvollen Ausführungen und seinen bewundernswerten persönlichen Einsatz für die Wolfskinder. Das Schicksal der Wolfskinder sei Teil der ostpreußischen Geschichte.

Es sei erstaunlich und anerkennenswert, dass die Menschen, die herumirrende deutsche Kinder bei sich aufgenommen hätten, für diese edle Dinge aufgehoben hätten, die jetzt zu ihrer Identifizierung beitragen konnten. Auch sei es bemerkenswert, dass die in fremdem Land aufgewachsenen Kinder sich noch im hohen Alter für ihr erst nun offenbartes Deutschtum interessiert und sich dazu entschlossen hätten, ihre deutschen Angehörigen aufzuspüren.

Der Vortragsveranstaltung war die alljährliche Mitgliederversammlung vorausgegangen, in der der Vorstand in seinem Amt bestätigt wurde. Das Amt des Schatzmeisters ging von Dietrich Schulze, der nicht mehr kandidierte, auf Gerda Preuß über, die einstimmig gewählt wurde. Dem ausscheidenden Kassenprüfer, Bruno Paeger, dankte Dr. Barbara Loeffke für seine langjährige Arbeit. Zur neuen Kassenprüferin wurde Hilde Pottschien einstimmig gewählt. *PAZ*

Kosmischer Hauptgewinn

Wie jeder Junge möchte Andreas Astronaut werden

„Du, Opa, Onkel Stefan sagt, dass wir unser Leben einer Reihe von komischen Lottohauptgewinnen verdanken.“ Andreas, der Erstklässler, sitzt auf dem Teppich und lehnt sich an die Beine seines Großvaters. Der lacht. „Du meinst, einer Reihe von kosmischen Hauptgewinnen.“

„Egal!“ Der Junge hat vor Eifer und Wissensdurst rote Wangen gekriegt.

„Onkel Stefan sagt auch, dass die Sonne unser Glücksfall ist. Ohne ihr Licht wäre es total finster bei uns auf der Erde. Und die passende Größe hat die Sonne auch, denn wenn sie kleiner wäre, könnte sie uns nicht genug Wärme spenden.“

Der Großvater sieht nachdenklich aus. „Das hast du gut behalten, Junge. Und wenn das alte Mädchen auch nur ein bisschen größer ausgefallen wäre, würden wir verglühen.“ Fragend blickt sein Enkel auf. „Wieso altes Mädchen, Opa?“ „Na, immerhin ist die Sonne 4,5 Milliarden Jahre alt. Eine stolze Zahl, nicht wahr.“

„Poah!“ Der Junge schweigt beeindruckt. Aber nicht lange. „Du, Opa, wenn ich groß bin, dann werde ich Astronaut, genauso wie Onkel Stefan.“

Opa erzählte dem Enkel lieber was vom Mann im Mond

„Ein Astronaut fliegt mit einer Rakete ins All“, erklärt Opa, „aber Onkel Stefan ist ein Astronom, auch Astrophysiker genannt.“

„Und was macht so ein Astro...?

„Ein Astrophysiker ist ein Himmelskundiger, der die Sterne erforscht.“

„Och, das stelle ich mir langweilig vor. Ich will lieber Astronaut werden.“ Andreas hat leuchtende Augen. „Und dann fliege ich mit so'ner Rakete ins All – huiii – und besuche die Sonne und die Sterne.“

„Was dir schwer fallen würde“, lacht Opa, „denn bisher haben wir es gerade mal bis auf den Mond geschafft, und das ist schon eine tolle Leistung. Aber dort kann auf die Dauer kein Mensch leben.“ „Warum nicht, Opa?“

Der alte Herr zwinkert. „Weil der ‚Mann im Mond‘ da zu Hause ist. Der lacht zwar immer freundlich vom Himmel herab, aber eigentlich mag er keine kleinen Jungen.“ „Warum mag er keine kleinen Jungen?“

„Weil die immer Astronaut werden und ihn mit Raketen besuchen wollen. Und er will doch nur ganz alleine und ganz stille durch die Abendwolken gehen. Er liebt nämlich seine Ruhe, genau wie ich. Aber kleine Jungen sind furchtbar laut und kitzeln ihn womöglich noch an seiner großen Nase.“

„Okay, Opa, veräppeln kann ich mich alleine!“ *Gabriele Lins*

Umrüsten wird bald notwendig

Ab kommendem Jahr wird analoges Satellitenfernsehen abgeschaltet

Wer am 30. April 2012 nicht vor einem schwarzen Fernsehbildschirm sitzen möchte, sollte sein Gerät möglichst rechtzeitig umrüsten, und zwar auf digitales Fernsehen.

Davon betroffen sind alle, die einen analogen Satelliten-Receiver nutzen. Wer über Kabel, Antenne oder Internet fernsieht, kann sich zurücklehnen und das Programm weiterhin genießen, wenn er von der *PAZ* aufsieht.

Um herauszufinden, ob über Satellit geschaut wird, bieten viele Fernsehsender Testseiten an. Die Videotext-Testseite des Ersten lautet beispielsweise 198. Sind die Geräte digitaltauglich, wird ange-

Mehr Programme und höhere Qualität in Bild und Ton

zeigt, dass Sie entweder auf digitales Fernsehen umstellen müssen, oder dass kein Handlungsbedarf besteht. Bei dem ersten Hinweis sollten Sie möglichst rasch handeln, da viele Fernsehzuschauer noch nicht auf digitales Fernsehen umgerüstet haben, sich die Auftragsbücher der Fernsehtechniker kurz vor Schluss aber füllen werden.

Aber was bietet das digitale Fernsehen? Bessere Ton- und Bildqualität und eine größere Programmvielfalt – auch Radioprogramme – ist die Antwort, aber nur, wenn Ihr Endgerät, also der Fernseher, es zulässt.

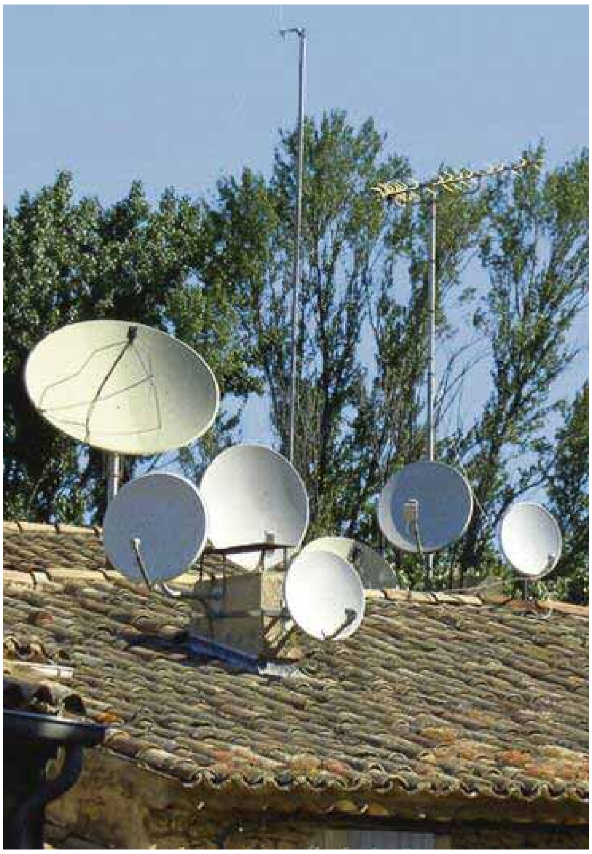
Um auf digitales Fernsehen umzurüsten, wird ein digitaler Empfänger an der Satelliten-Schüssel und ein Digitalreceiver benötigt. Bei Anlagen, die älter als zehn Jahre sind, steht auf diesem Empfänger LNB (Low Noise Block Converter), was „rauscharmer Signalumsetzer“ bedeutet, und meistens analog ist. Steht Universal(-LNB) auf dem Empfänger, so ist er in jedem Fall schon digitaltauglich. Receiver gibt es in Technikmärkten schon ab 40 Euro, sie können aber auch über 600 Euro kosten.

Überprüfen Sie vor dem Receiverkauf, ob in Ihrem Fernsehgerät schon ein Digitalreceiver integriert ist. Sollten Sie sich einen Receiver kaufen, werden Sie mit vielen Abkürzungen bombardiert; neben LNB und Universal-LNB zum Beispiel PMT. PMT erkennt sich dynamisch verändernde Signale und kann diese in Echtzeit auswerten. Das heißt, wenn Sie beispielsweise NDR gucken und das Regionalprogramm läuft, ist es mit PMT möglich, alle vier Regionalprogramme zu empfangen. Zur Überprüfung der PMT-Tauglichkeit gibt es das Programm „Test Minus R“, das noch im Geschäft aufgerufen werden kann. Dieses Programm schaltet alle 60 Sekunden zwischen Phoenix und Arte hin und her, was aber nur zu sehen ist, wenn der Receiver PMT-tauglich ist.

HD+ ist ein weiterer Begriff. Der Receiver sollte HD+ als Aufschrift tragen, wenn Sie ein HD-fähiges Fernsehgerät haben. Sollte ein neuer HD-fähiger Fernseher angeschafft werden, enthält dieser oft einen Digitalreceiver und muss nicht doppelt gekauft werden! Nur mit HD werden Ton und Bild gestochen klar und scharf übertragen. Bei einem Röhrenfernseher wird sich das Bild und auch die Tonübertragung nicht ändern.

Weiterführende Informationen gibt es auf der Internetseite www.kalrdigital.de oder unter der Hotline 01805 - 117799.

Christiane Rinser-Schrut



Bald nur noch digital möglich: Fernsehen über die „Schüssel“ Bild: Archiv

Der Hypochonder

TV-Sendungen brachten ihn auf neue Ideen

Eins möchte ich vorausschicken: Ich liebe meinen Mann! Ich liebe ihn sehr. Sonst hätte ich es ja wohl auch nicht mehr als vierzig Jahre lang mit ihm ausgehalten. Ich liebe ihn mit all seinen Marotten, die ich bisher immer nur leise belächelt habe. Ernst genommen habe ich sie nie wirklich – bis heute. Neuerdings aber, etwa seit seiner Pensionierung, gehen mir seine Macken sehr auf die Nerven! Also, ich ertappe mich immer öfter dabei, dass ich mich unheimlich über meinen Mann aufrege, immer öfter die Geduld verliere. Jahrelang waren es seine kleinen Pedanterien, über die ich mich meistens amüsiert habe. Inzwischen aber hat er sich noch dazu zu einem regelrechten Hypochonder entwickelt. Dabei ist der Mann kerngesund! Das haben ihm mittlerweile fast alle Ärzte in einem Umkreis von 50 Kilometern bestätigt. Er hört jedoch nicht auf, sich ständig neue Krankheiten anzudichten.

Vorige Woche zum Beispiel: Da musste ich ihn drei Mal an einem Tag zur Blutabnahme zum Arzt fahren. Nach einer Gesundheitssendung im Fernsehen bildete er sich nämlich ein, er hätte Diabetes. Dabei fehlten wirklich alle Symptome bis auf Appetitlosigkeit. Aber das reichte ihm schon, um den Arzt zu konsultieren. Und sein Hausarzt spielt mit endloser Geduld das Spiel mit und unterwirft ihn jeder gewünschten Untersuchung!

Übrigens, seine sogenannte Appetitlosigkeit kommt meiner Meinung nach zweifellos von den vielen Pillen, die er zur Vorbeugung jedweder Krankheit schluckt.

Ich zermartere mir den Kopf, wie ich meinen Herbert von seiner Gesundheitsmanie befreien könnte, aber bis jetzt sind alle meine Versuche fehlgeschlagen. Was soll ich bloß anstellen, um ihn auf andere Gedanken zu bringen?

Arztbesuche statt einer zehntätigen Reise nach Wien?

Inzwischen hat sich das Blatt vollkommen gewendet! Bei einem Sturz von der Haushaltstreppe habe ich mir vor vier Monaten einen komplizierten Beinbruch zugezogen, weswegen ich zuerst im Krankenhaus und danach in einer Reha-Klinik landete. Und seitdem gilt Herberts ganze Fürsorge nur noch mir. Er vergaß auf der Stelle seine eigenen, eingebildeten Wehwehchen, ja er sagte sogar mehrere Arzttermine ab, weil er sich um seine Frau kümmern wollte! Ich wusste nicht, wie mir geschah. Soviel Zuwendung hatte ich von ihm noch nie erlebt. Wie gut das tat! Auch wenn es mir inzwischen schon wieder viel besser geht, hört er nicht auf, mich zu verwöhnen. Ich muss sagen, dieses Hobby ist mir bedeutend lieber als das vorige!

Gestern habe ich ihm aber einen gehörigen Schrecken eingejagt. Er kam voller Begeisterung mit einer neuen Überraschung für mich nach Hause: Er hatte eine zehntägige Reise nach Wien für uns gebucht, einschließlich Oper- und Konzertbesuch. Natürlich habe ich mich riesig gefreut, aber ich konnte es einfach nicht lassen, ihn noch einmal an seine Hypochondrie zu erinnern. „Das ist ja sehr schön, mein Lieber. Aber ... der Termin passt mir überhaupt nicht. Ich habe da mehrere Arztbesuche geplant, weißt du. Zuerst zum Hausarzt, um mich mal ordentlich durchchecken zu lassen. Dann zum Augenarzt, zum Hals-Nasen-Ohrenarzt, zum Zahnarzt und ...“ „Das ist doch nicht dein Ernst!“ rief er entsetzt. Da habe ich ihn erst mal umarmt und dann hat er verstanden. Ich freue mich auf Wien! *Frieda-Louise Drent*

Neues von Ostpreußen-TV:

Ab sofort sind Beiträge von Ostpreußen-TV auch als DVD-Video erhältlich. Eine Übersicht der Filme aus dem Jahre 2011, die Ostpreußen-TV mit Unterstützung der Landsmannschaft Ostpreußen Landesgruppe NRW dokumentiert hat, ist unter: www.ostpreussen-nrw.de/Div/Ostpreussen-TV.htm zu finden.

Zu den gefragtesten Themen gehören: Deutschlandtreffen in Erfurt 2011, Kleines Ostpreußentreffen auf Schloss Burg 2011, 60 Jahre LO Kreisgruppe Bonn 2011. Die DVDs werden zu einem Selbstkostenanteil jeweils individuell angefertigt, die Lieferzeiten betragen bis zu zwei Wochen. Bestelladresse/ Informationen: Landsmannschaft Ostpreußen - Landesgruppe NRW e.V., Telefon (0211) 395763.

Jochen Zauner und Werner Schuka erhielten für ihre Vorreiterrolle in der modernen Kommunikation als Auszeichnung für ihre Arbeit das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO). *Dieter Göllner*

Toronto feiert Deutschen Pioniertag

Seit dem Jahr 2000 wird vielerorts am zweiten Dienstag nach dem Erntedankfest der Vorfahren gedacht

Seit am 23. Juni 2000 der Deutsche Pioniertag vom Ontario Parlament durch die Bemühungen des konservativen Abgeordneten Wayne Wettlaufer gesetzlich verankert wurde, wird dieser Tag im großen Rahmen im Rathaus von Kitchener, dem früheren Berlin und Zentrum der deutschen Kultur in Ontario, jährlich gefeiert. Aber auch in Toronto findet seit einigen Jahren eine entsprechende Veranstaltung statt. Es handelt sich um eine Fahnenzeremonie vor dem Parlamentsgebäude von Ontario im Queen's Park, bei der namhafte Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft zu Wort kommen, um an den Beitrag, den Einwanderer aus dem deutschsprachigen Kulturkreis zur Entwicklung Ontarios geleistet haben, zu erinnern.

Es dürfte leicht fallen sich für diesen Tag zu begeistern, wenn man etwas von der Geschichte weiß. Leider findet diese in den Geschichtsbüchern der Schulen immer noch keinen Platz. Deshalb kann das von der Propaganda des Ersten Weltkriegs bestimmte Geschichtsbild allein durch private Initiative geändert werden. So müssen Daten bekannt gemacht werden, zum Beispiel, dass die deutschkanadische Geschichte in Ontario mehr als 200 Jahre zurückreicht, und dass in den 1820er Jahren noch 70 Prozent der Bevölkerung deutschstämmig waren. Auch, dass das heutige Ontario durch die Proklamation des Lord Dorchester von 1788 in vier Distrikte aufgeteilt war – Lüneburg, Mecklenburg, Nassau und Hessen. Noch heute sind die Deutschstämmigen nach der englischen und französischen die drittgrößte Volksgruppe in Kanada. Ihre Errungenschaften sind überwältigend aber größtenteils unbekannt. Jedoch geben Städte und Dörfer mit deutschen Namen sowie die Inschriften auf alten Grabsteinen einen Hinweis darauf.

Zu einer Zeit, da andere ethnische Gruppen immer größere Beachtung finden, entdecken kanadische Autoren wichtige Aspekte des deutschen Beitrags neu. So der Autor Robert M. MacIntosh mit seinem Buch „Earliest Toronto“, welches 2006 erschien und in dem er, den durch unzählige Namensgebungen vielfach geehrten damaligen Gouverneur John Graves Simcoe mit einem Mann namens William Berczy vergleicht und Letzterem wesentlich mehr Bedeutung zumißt als dem Gonerneur. Wer aber ist William Berczy? Sein deutscher Name lautet Johann Albrecht Ulrich Moll und er wurde 1744 in Wallerstein nahe der Stadt Nördlingen geboren. Woher kommt dieser seltsam klingende Name? Es wird berichtet, dass er diesen während eines Aufenthalts in Ungarn erhielt, und dass es die Übersetzung seines Vornamens Albrecht sei. Das blieb an ihm hängen und so kennt man ihn in Kanada als William Berczy. Robert MacIntosh griff in seinen Forschungen auch auf die Arbeit des aus Estland stammenden Historikers John Andre zurück, der mit seinen beiden Büchern „William Berczy, Co-Founder of Toronto“ (1967) und „Infant Toronto as Simcoe's Folly“(1971) für große Aufregung unter der hiesigen Historikerschaft sorgte. Auf der Umschlagseite seines ersten Werkes ist zu lesen: „Berczy teilt die Ehre mit Dorchester (Vorgänger von Simcoe) als Mitbegründer einer mächtigen Metropole. Während Dorchester den ersten Plan zu Papier brachte und Simcoe ein primitives Fort nahe der vorgesehenen Stadt erstellte, baute Berczy die ersten Straßen und Gebäude innerhalb des Ortes selbst. Berczy hat auch die Yonge Street (längste Straße Torontos) gebaut, begründete den Markham Distrikt und entwarf die ersten architektonisch beachtenswerten Häuser und die Don-River-Brücke. Von seinen Einnahmen als Künstler (Porträtmaler) zahlte dieser vergessene Held auch noch für einen wesentlichen Teil von Torontos Verbesserungen.“ Damit stellt John Andre die gängige Geschichtsschreibung praktisch auf den Kopf. In Toronto wird anlässlich des Pioniertages auch besonders dieses Mitbegründers der Stadt gedacht. Sein Name ist bisher nur in einem Park an der Front Street in Toronto verewigt.

Ein Deutscher baute die ersten Straßen in der Metropole

Es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass Moll-Berczy von Simcoe um das von seinen Siedlern urbar gemachte Land betrogen wurde. Er ging nach England um sich sein Recht zu erkämpfen. Als er in New York weitere Hilfe suchte, starb er eines mysteriösen Todes. Sein Andenken und das seiner Pioniere wird jedoch auch alljährlich im Juni in dem Ort Unionville, nördlich Toronto, mit einem Siedlerfest und einer Parade gefeiert. Im benachbarten Markham haben die Nachkommen der Moll-Berczy-Siedler eine Partnerschaft mit der Stadt Nördlingen geschlossen, die schon zu mehreren gegenseitigen offiziellen Besuchen geführt hat. Weitere Informationen über die mehr als 300jährige deutschkanadische Geschichte sind auch in den Jahrbüchern der Historischen Gesellschaft von Mecklenburg Ober-Kanada zu finden. Hat man sich diesbezüglich informiert, so könnte sich ein gewisser Stolz auf die Herkunft entwickeln, der sich auch auf Kinder und Kindeskinder übertragen ließe – wozu öffentliche Bekundungen bei Feierlichkeiten wie dem Deutschen Pioniertag eine ideale Gelegenheit bieten.

Christian Jürgen Klein
(Historische Gesellschaft von Mecklenburg Ober-Kanada)



Traditionelles Fahnenschwenken: Pioniertag in Toronto Bild: C.J. Klein

Für Gerechtigkeit und eine friedliche Zukunft

Die Ostpreußische Landesvertretung formulierte Ziele und verabschiedete wegweisende Resolutionen

Die Ostpreußische Landesvertretung (OLV) ist die Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und nimmt, politisch gesehen, die Rolle eines Exilparlaments der vertriebenen Ostpreußen wahr. Als höchstes Beschlussgremium der LO bestimmt sie die Leitlinien der landsmannschaftlichen Arbeit und stellt berechtigte Forderungen an die Politik. Bei ihrer diesjährigen Tagung im Ostheim in Bad Pyrmont standen neben den Routinepunkten wie der Entgegennahme der Berichte, der Entlastung des Vorstandes und der Verabschiedung des Haushaltsplanes wichtige Beschlüsse und wegweisende Resolutionen auf der Agenda.

Als besonderen Gast begrüßte Stephan Grigat, Sprecher der LO, die Bürgermeisterin von Bad Pyrmont, Elke Christina Roeder. Mit launigen Worten empfing Roeder die Teilnehmer der OLV und dankte den Ostpreußen dafür, dass sie der Stadt seit Jahrzehnten die Treue halten. Im Anschluss sprach Prof. Detlev Block das geistliche Wort, bevor Grigat eine außergewöhnliche Ehrung vornahm. Er verlieh Peter Wenzel, Referent für Heimatpolitik der LO, das Silberne Ehrenzeichen der Landsmannschaft. Dabei hob er Wenzels unermüdlichen Einsatz als Urgestein der Bundesgeschäftsstelle hervor und lobte dessen gebündeltes Wissen in allen landsmannschaftlichen Angelegenheiten.

In seinem Tätigkeitsbericht informierte Grigat die Delegierten über seinen Antrittsbesuch beim bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer. Hier sei er auf großes Entgegenkommen gestoßen und der Regierungschef des Patenlandes habe betont, dass sich die LO durch gute Arbeit Respekt verschafft habe. Sie sei die am besten aufgestellte und schlagkräftigste Landsmannschaft, so der Sprecher. Er betonte, es sei wichtig, auch in Zukunft wirtschaftlich unabhängig zu sein, um inhaltlich frei zu bleiben.

Seit Krieg und Vertreibung sind über sechs Jahrzehnte vergangen. Die OLV hat dies zum Anlass genommen, zeitgemäße Ziele für die künftige landsmannschaftliche Arbeit zu formulieren. Grigat betonte, diese seien nicht in Stein gemeißelt, sondern könnten als „lebendes Dokument“ bei Bedarf angepasst und verändert werden. Zugleich plädierte er dafür, bei allen politischen Forderungen realistisch



Foto: Heitmann

Nach sachlichen Kontroversen und Diskussionen Geschlossenheit: Am Ende fasste die OLV alle Beschlüsse mit großer Mehrheit

und maßvoll zu bleiben sowie tragfähige und nachhaltige Lösungen anzustreben. An erster Stelle des Zielekatalogs steht die Bewahrung des deutschen kulturellen Erbes Ostpreußens und dessen Verankerung im Bewusstsein der Öffentlichkeit als Teil des historischen Deutschlands. Ostpreußen war über 700 Jahre ein deutsches Land, was der mittleren und jüngeren Generation kaum noch bekannt ist. Die LO hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, die Bedeutung der Kulturgeschichte Ostpreußens für die kulturelle Entwicklung Gesamtdeutschlands zu vermitteln. Hierzu dient ihr an erster Stelle die Ostpreußische Kulturstiftung mit dem Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg und dem Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen. Außerdem fördert sie die Erfassung und Publikation von Zeitzeugenberichten und setzt sich für die Schaffung eines Gedenktages für die Opfer von Flucht und Vertreibung ein. Ein besonderes Augenmerk richtet die LO auf die Entwicklung der staatlichen Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ als dem Nachhaltigsten, was die ostdeutschen Landsmannschaften kommenden Generationen zu diesem Themenkomplex hinterlassen können.

> Grigat: »Tragfähige und nachhaltige Lösungen anstreben«

Ein wichtiges Anliegen der LO ist die Schließung der Gerechtigkeitslücken für die Angehörigen der Erlebnisgeneration. Die Ostdeutschen haben in unvergleichlich höherem Maße an den Folgen des Krieges gelitten als die übrigen Deutschen. Die LO setzt sich dafür ein, dass diese Sonderopfer der vertriebenen Ostdeutschen in das öffentliche Bewusstsein zurückgebracht und anerkannt werden. Dazu gehört auch die Lösung der Eigentumsfrage in zufriedenstellender Form. Während die Westdeutschen praktisch gar nicht und im Mitteldeutschland nur eine bestimmte Schicht vom Verlust von Grundeigentum betroffen waren, haben die Ostdeutschen alles verloren. Die LO will die bisherige Verhaltensweise, jeglichen Anspruch der Ostdeutschen als unbegründet oder sogar friedensgefährdend zurückzuweisen, ändern. Zur Schließung der Gerechtigkeitslücken gehört es nach Überzeugung der LO ebenso, dass die nach Kriegsende in Ostpreußen, Polen oder in der Sowjetunion zu Zwangsarbeit Gezwungenen für diese Zeiten einen Rentenanspruch erhalten. Derzeit besteht zudem ein Unterschied, ob die für die Rente anzurechnenden Zeiten vor 1945 im Reichsgebiet östlich oder westlich von Oder und Neiße erworben wurden. Die LO fordert die Beseitigung dieser Ungleichheit.

Ein weiteres Ziel der LO ist es, den Bestand der deutschen Volksgruppe in Ostpreußen als Bindeglied zwischen der heutigen Mehrheitsbevölkerung und den Angehörigen und Nachkommen der früheren deutschen Bevölkerung zu sichern. Außerdem will die LO den Zusammenhalt der Angehörigen der Erlebnisgeneration, deren Nachkommen

> Gerechtigkeitslücken müssen endlich geschlossen werden

und der Angehörigen der deutschen Volksgruppe in Ostpreußen sowie deren gemeinsame Identität als Ostpreußen bewahren und stärken. Schließlich setzt sich die LO für die Verwirklichung des Rechts auf die Heimat in ganz Ostpreußen als einer auch für Deutsche lebenswerten und interessanten Region und Teil eines lebendigen Europa ein.

In einer Resolution forderte die OLV Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat eindringlich auf, den am Ende des Krieges und danach aus Ostdeutschland zur Zwangsarbeit Verschleppten für die betreffenden Zeiträume Renten zu gewähren. Unzählige Zivilpersonen wurden aufgrund ihrer deutschen Volkszugehörigkeit unter unmenschlichen Bedingungen zur Arbeit gezwungen. Die Überlebenden leiden bis heute darunter, sind bisher aber nicht entschädigt worden.

In einer weiteren Resolution forderte die OLV Bundestag und Bundesregierung auf, die Entschließung des Bundesrates aus dem Jahr 2003 endlich umzusetzen und den 5. August zum „Nationalen Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung der Deutschen“ zu bestimmen. Während es zahlreiche staatliche Gedenktage in Deutschland gibt, wartet diese Opfergruppe bislang vergeblich auf einen staatlichen Gedenktag und eine zentrale Gedenkstätte, an der an ihr Leid erinnert wird. Am 5. August 1950 haben sich die deutschen Heimatvertriebenen in ihrer Charta für den Weg des Friedens in Europa und des Miteinanders mit den östlichen Nachbarstaaten entschieden. Damit hat dieser Tag für Deutschland und Europa eine herausragende Bedeutung.

Seit über 60 Jahren ist das Deutschlandtreffen der Ostpreußen die zentrale Veranstaltung der LO, die eine große Anziehungskraft besitzt, das Gemeinschaftsgefühl der Landsleute stärkt und in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird. Deshalb hat die OLV beschlossen, im Jahre 2014 wieder ein zweitägiges Deutschlandtreffen in der bewährten Form durchzuführen. Außerdem hat die OLV beschlossen, sich für die Rückbenennung Königsbergs einzusetzen und diese zu unterstützen, sobald die Pläne aktuell werden.

Die diesjährige OLV zeichnete sich durch einen harmonischen Verlauf, sachliche Diskussionen, konstruktive Beschlüsse, Geschlossenheit, klare politische Aussagen und wichtige Resolutionen aus. *Jan Heitmann*

Die Lust am Lernen

Studium 2.0: Wenn die Generation 50plus noch einmal die Schulbank drückt

Mehr als die Hälfte aller 40 000 Gasthörer an deutschen Universitäten gehören zur Generation 50plus und der Trend ist weiter steigend. Laut Statistischem Bundesamt hat sich dieser Anteil seit 1997 mehr als verdoppelt und seit einigen Jahren haben viele Hochschulen auch das sogenannte Seniorenstudium in ihr Programm aufgenommen.

Doch warum entdecken so viele Menschen im Alter die Lust am Lernen? Warum sind bestimmte Studienfächer so beliebt? Und welche Möglichkeiten zu studieren gibt es?

Geistige Flexibilität erhalten und Kontakte knüpfen

Rita ist 68 Jahre alt und studiert Philosophie und Geschichte an der „Universität des dritten Lebensalters“ in Frankfurt. „Früher war ich in der Verlagsbuchhaltung tätig. Für Historisches habe ich mich schon immer interessiert, konnte es aber mit meinem damaligen Beruf kaum verbinden. Nun habe ich Zeit dafür und sehr viel Spaß dabei“, erzählt die fünffache Großmutter.

Diese Einstellung ist bei Seniorstudenten häufig anzutreffen, bestätigt Silvia Dabo-Cruz, Vorsitzende der Bundesarbeitsgemeinschaft Wissenschaftliche Weiterbildung für Ältere (BAG WiWÄ): „Philosophie, Geschichte und Kunstwissenschaften gehören bei vielen Menschen zu den Interessengebieten, die nicht beruflich verfolgt werden konnten und während dieser Zeit daher zurückgestellt wurden. In der nachberuflichen Phase können diese Interessen dann aber wieder aufgenommen werden.“ Daneben sind die Erhaltung der eigenen geistigen Flexibilität und die Kontaktaufnahme zu anderen Studierenden weitere wichtige Gründe, aus denen sich zunehmend ältere Menschen für die Aufnahme eines Studiums entscheiden.

Derzeit bieten etwa 50 Hochschulen in ganz Deutschland Weiterbildungsprogramme für Ältere an, von Politikwissenschaften in Kiel bis Kunstgeschichte in München. In der Regel werden dabei ausgewählte reguläre Lehrveranstaltungen für Seniorstudierende zugänglich gemacht. Möglich ist aber auch der umgekehrte Fall, also speziell für Ältere eingerichtete Vorlesungen und Seminare, die teilweise auch von regulären Studierenden besucht werden können. Bei der Geschlechterverteilung sind die Männer in der Unterzahl, sie machen ein Drittel der Seniorenstudierenden aus. Eine Online-Umfrage der „Universität des dritten Lebensalters“ ergab, dass bei den männlichen Studierenden die Fächer Geschichte, Politikwissenschaft und Psychologie am beliebtesten sind. Frauen mögen ebenfalls Geschichte, gefolgt von Kunstgeschichte und Psychologie. Wer selbst Interesse an der Aufnahme eines Seniorenstudiums hat, sollte sich vorher etwas eingehender mit dem angestrebten Fach auseinandersetzen. „Es ist durchaus ein Unterschied, ob man sich privat für ein Thema interessiert oder sich wissenschaftlich damit auseinandersetzt“, weiß Marianna Exter, Geschäftsführerin der 50plus-Treff GmbH.



Mit Vergnügen bei der Arbeit: Senioren studieren, weil es ihnen Spaß macht — Bild: 50plus

Im Online-Portal 50plus-Treff.de suchen die Mitglieder nicht nur Partner oder Freunde, sie tauschen sich in den Foren regelmäßig zu wissenschaftlichen, historischen, philosophischen oder politischen Themen aus. „Wir bemerken einen Trend zum Seniorenstudium. Immer mehr Mitglieder interessieren sich dafür und geben Tipps und Tricks weiter.“ Wer sich näher über Weiterbildungsmöglichkeiten für Ältere informieren möchte, kann sich direkt an die Hochschulen in seiner Umgebung wenden oder wird im Internet fündig: Auf den Seiten der BAG WiWA (bagwiwa.de) erhalten Interessierte Angaben über Orte, Inhalte und aktuelle Publikationen. Ergänzend dazu ermöglichen Online-Foren wie 50plus-treff.de den gegenseitigen Austausch von Erfahrungen.

Profitieren von einem Seniorenstudium können aber nicht nur die Studierenden selbst.

Die Nachfrage nach Bildung wird weiter steigen

„Die strikte Trennung zwischen Beruf und Nachberuf wird fließender“, erklärt Dabo-Cruz. Das zusätzliche Wissen und die Qualifikationen nutzen also auch den Arbeitgebern, die Rentner in Neben- oder Teilzeittätigkeiten beschäftigen. „Da die Nachfrage nach Bildung vermutlich in den kommenden Generationen weiter steigen wird, wird auch das Thema Bildung im Alter an Bedeutung gewinnen.“ Und Marianna Exter ergänzt: „In Zeiten des demografischen Wandels ist die Weiterbildung für Ältere ein Thema für die Zukunft.“ *eb*

Information: Der 50plus-Treff ist das Internet-Portal für Partnersuche, Freundschaft und Freizeitgestaltung. Über 150 000 Mitglieder treffen sich unter www.50plus-Treff.de und haben sich in mehr als 45 Interessen- und Regionalgruppen zum gemeinsamen Meinungsaustausch zusammengefasst – auch außerhalb des Internets. Kontakt: 50plus-Treff GmbH, Bodenseestraße 20, 81241 München,Telefon (089) 99019890, Fax (089) 99019895, E-Mail info@50plus-treff.de

In Kürze

Leesn dorch Schraibn?

„Jochn fert im Auto, tut“, so würde der erste Satz aus der alten Schulfibel „Tür und Tor“ aus den 1950er Jahren aussehen, schriebe ein Berliner Schulkind aus dem 21. Jahrhundert ihn heute nieder. Eine Woge der Empörung geht durch die Elternschaft, seitdem Berliner Grundschulen das System „LdS“ eingeführt haben. „LdS“ steht abgekürzt für die Leselernmethode „Lesen durch Schreiben“. Bei dieser Methode lernen die Schüler alle Buchstaben anhand einer „Anlauttabelle“, auf der jeder Laut mit Hilfe eines Bildes dargestellt wird. Je nach Begabung und Können schreiben sie die Wörter und Sätze erst einmal so auf, wie sie sie hören. So entstehen Texte, die



Schreiben lernen: Mit viel Akribie dabei — Bild: Bedburg

orthografisch natürlich nicht korrekt sind, sondern lautgetreu. Was zunächst ganz „putzig“ aussieht, entpuppt sich später als Kauderwelsch. Viele Kinder können ab der dritten Klasse einfach nicht mehr umdenken. Den Lehrern scheint es schwerzufallen, die Kinder bis zum Ende der zweiten Klasse behutsam auf die „richtige Spur“ zu bringen. So ist späteres Versagen vorprogrammiert. *SiS*

Weinselig im Norden

Im nördlichsten Bundesland gedeiht die Rebe ebenso gut wie im Rheingau

Nein, Sie haben nicht falsch gelesen. Tatsächlich machen sich seit dem letzten Jahr Nordlichter daran, Weintrauben zu ernten, um daraus Wein zu keltern. Dass Wein auch nördlich der Main-Linie wachsen und gedeihen kann, war schon länger bekannt. An warmen Hausecken oder auf einem Südhang an den Hamburger Landungsbrücken wuchsen vereinzelt die süßen Trauben. Aber nun machen sich richtige Winzer in Schleswig-Holstein an die Arbeit.

Der Wein gedeiht heute in Ostholstein, dieser hügeligen Gegend in der Nähe der sonnenreichen Insel Fehmarn, wo die Sonneneinstrahlung besonders hoch ist. Im Jahr 2009 gab die Landesregierung in Schleswig-Holstein zehn Hektar für den Weinanbau frei.

Die größte Fläche von drei Hektar konnte sich die Familie Engel, Inhaber vom Ingenhof in der Nähe von Bad Malente, sichern. Der Ferienhof, der sonst mit einem „Feld-Café“ oder seiner Erdbeer- und Himbeerernte wirbt, verfügt über beste Hügel in Süd-West-Lage mit bis zu 30 Prozent Steigung.

Im Mai 2009 pflanzten dort die „Rotwein-Pioniere“ 3000 Rebstöcke. Schon im Oktober 2010 konnten die ersten Trauben geerntet und in 1000 Flaschen „Regent“ abgefüllt werden. Über das Internet ist dieser erste Jahrgang zum Preis von 18,50 Euro zu erwerben.

In diesem Jahr wurde wegen des guten Herbstwetters erst Ende Oktober/Anfang November geerntet. Die Engels erhoffen sich wegen der relativ späten Ernte einen Qualitätsschub. Rund 1500 Flaschen sollen abgefüllt werden. Feriengäste haben sich bereits in den Appartements des Ingenhofs angemeldet, um bei der Weinlese mitzuhelfen.

Die Touristen zeigen sich über diese neue Möglichkeit des Urlaubs begeistert und kommen daher auf den Hof in einer Zeit, in der sonst überall in Ostholstein die Ferienwohnungen leer stehen. Die umtriebigen Inhaber des Ingenhofs haben ein neues Geschäftsfeld erschlossen.



Gar nicht sauer: Weinlese im Norden — Bild: Archiv

Den ersten Rotwein hofft auch der Winzer Steffen J. Montigny in Schleswig-Holstein zu ernten. Schon im vergangenen Jahr konnte er 1868 Flaschen Weißwein abfüllen, die innerhalb von drei Tagen ausverkauft waren. Dieses Jahr sollen die auf zwei Hektar gepflanzten 4000 Rotweinrebstöcke die ersten Erträge bringen. Die klimatischen Bedingungen auf seinem Hof Altmühlen (zwischen Plön und Kiel) sind nach Aussagen des Deutschen Wetterdienstes optimal. Seit über 30 Jahren scheint in Plön die Sonne genauso lange wie in der Referenzstation im Rheingau. Die Niederschlagsmenge entspricht mit 600 ml pro qm in etwa der Regenmenge im Weinbaugebiet Baden um Freiburg. Außerdem ist die Jahresdurchschnittstemperatur größer als 8,5 bis 9 Grad Celsius, womit die Grundvoraussetzungen für Qualitätsweinbau erfüllt sind.

Winzer Montigny baut den Wein bereits seit 25 Jahren an der Nahe an und bringt daher viel Erfahrung mit, die sich die Familie Engel erst mühsam erwerben muss. Mit rund 400 Flaschen Rotwein rechnet Montigny in diesem Jahr, die er für 15 Euro das Stück verkaufen will. Ein Cuvée aus den Sorten Regent und Reberger soll es werden. Ein Mostgewicht von 85 Grad erwartet der Winzer. Erstaunlich sind diese Erwartungen an die Ernte in diesem Jahr, galten doch die beiden letzten Sommer als kalt und regnerisch. Viele Winterfröste taten zudem den jungen Weinstöcken nicht besonders gut. Dennoch bringen die Weinanbauflächen nun erste, wenn auch bescheidene Erträge. 80 000 Euro hat Montigny in seine Wein-„Berge“ investiert, die aber tatsächlich ziemlich flach aussehen. Bis hier einmal ein Gewinn erwirtschaftet wird, dürften noch einige Jahre ins Land gehen.

Als ambitioniert gilt im Norden besonders der Rotweinanbau, weil dort nur frühreife und pilzresistente Sorten gedeihen können, wie das Deutsche Weininstitut in Mainz mitteilt. Weiße Trauben brauchen wesentlich kürzere Reifungszeiten, weswegen auch an anderen Stellen in Schleswig-Holstein, sogar auf der Insel Sylt, einige Weinstöcke stehen.

Die Handvoll Winzer, die im nördlichsten Bundesland nun wieder mit dem Weinanbau beginnt, kann übrigens auf eine lange Tradition verweisen. Zwischen dem 12. und 15. Jahrhundert wurde im Norden in großem Stil Wein angebaut, ehe eine Klimaabkühlung das unmöglich machte. Erst jetzt ist man darauf gekommen, dass eine Klimaerwärmung, sei sie nun menschlichen oder natürlichen Ursprungs, auch ihre Vorteile hat und neue Geschäftsfelder eröffnet. Herzblut und Geduld sind für die Wein-Pioniere allerdings unerlässliche Voraussetzungen, bis der Erfolg sich einstellt. *Hinrich E. Bues*

1000 Gesichter

Neue Therapie bei Multipler Sklerose

Warum ich? fragen sich Menschen, die an Multipler Sklerose (MS) erkrankt sind. Eines Morgens aufzuwachen und nichts mehr sehen zu können? Oder nicht mehr gehen zu können? – Eine schreckliche Vorstellung, aber Patienten, die an der bisher unheilbaren Krankheit Multiple Sklerose leiden, haben diese Erfahrung machen müssen. Weltweit leiden etwa 1,5 Millionen Menschen unter der „Krankheit mit den 1000 Gesichtern“. In Deutschland sind es rund 130 000, die an dieser chronischen Erkrankung des zentralen Nervensystems und ihren Folgen leiden. Körpereigene Abwehrzellen richten sich gegen das Myelin („Markscheiden“) der Nervenzellfortsätze (Axone) und zerstören sie. Die Folgen sind unterschiedlich: Bei einigen ist das Gehvermögen gestört, bei anderen sind es die Bewegungsabläufe der Arme und Hände oder das Seh- und Sprachvermögen. Etwa 30 bis 40 Prozent der Erkrankungen sind „gutartig“, bilden sich die meist in Schüben auftretenden Symptome nach sechs bis acht Wochen wieder zurück. Bei den anderen Betroffenen verschlechtert sich der Zustand fortlaufend.

Ein Meilenstein in der Behandlung

Wer unter der „Krankheit mit den 1000 Gesichtern“ leidet, verfolgt aufmerksam die Forschung. Und so machte erst kürzlich eine Pressemeldung Hoffnung. Forscher am Max-Planck-Institut für Neurobiologie in Martinsried bei München glauben die Ursache für die Erkrankung gefunden zu haben. Die natürliche Darmflora ist wahrscheinlich der lange gesuchte Auslöser der MS: Die unter normalen Bedingungen unschädlichen Bakterien können bei genetisch vorbelasteten Menschen eine Überreaktion des Immunsystems auslösen. Als Folge greife die körpereigene Abwehr das eigene Nervensystem an und löse damit die Multiple Sklerose aus.

Natürlich interessieren Betroffene vor allem auch die möglichen Therapien bei MS. Bei einem schubförmigen Verlauf empfiehlt der Neurologe eine Therapie mit Interferon-beta oder Glatirameracetat. Damit soll die Schubfrequenz und -intensität gesenkt werden. Ist trotz dieser Therapie eine Krankheitsintensität nachweisbar, steht seit März 2011 das erste orale Medikament zur Verfügung: Fingolimod (Gilenya), eine Kapsel, die einmal täglich eingenommen wird. 1997 erhielt Novartis die Lizenz für den Wirkstoff Fingolimod, die chemisch optimierte Nachbildung der natürlichen Substanz Myriocin eines Pilzes. Die Pharma-Firma wurde jetzt mit dem 17. Innovationspreis der „Pharmazeutischen Zeitung“ als Anerkennung ihrer Forschungsarbeit ausgezeichnet. Das Medikament sei ein Meilenstein in der MS-Therapie, sagen die Experten. *S. Osman*



Die Stille gesucht

Von den USA nach Bhutan

Dass es einen Amerikaner in eine Gegend verschlägt, in der es keine Filiale des Kaffeeriesen Starbucks gibt, ist schon unwahrscheinlich genug, aber die Vorstellung, dass eine Amerikanerin in das unabhängige Königreich Bhutan auswandert, ein Land, in dem es nicht mal rund um die Uhr fließend Wasser und ausreichend Strom gibt, um gleichzeitig eine Lampe und einen Föhn zu betreiben, ist doch eher selten. Doch genau das hat die Amerikanerin Linda Leaming gemacht.

Nach westlichen Vorstellungen mag Bhutan ein sehr armes Land sein, der Leser wird jedoch im Laufe des Buches erfahren, dass die Bevölkerung Bhutans sich definitiv nicht als arm bezeichnen würde. Statt der Steigerung des Bruttoinlandsproduktes hat sich die Regierung schließlich auch die Steigerung des Bruttosozialglücks auf die Fahnen geschrieben und beugt durch einen lediglich sanften Tourismus der Armut vor, sorgt aber auch gleichzeitig dafür, dass die Einwohner ihr Leben ungestört und wie bisher weiterleben können. Ein Leben, in dem eine Matratze den puren Wohlstand verkörpert und ein Wasserklosett eine Rarität darstellt.

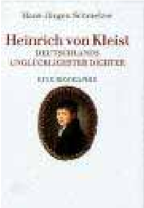
Viel Entspannung, aber kaum Strom

Mit offener Zuneigung für Land und Leute erklärt Linda Leaming, weshalb sie in Bhutan ihr großes Glück fand. „Ich kann nicht umhin, dieses Fleckchen Erde als magischen Ort zu betrachten. Er hat mich verzaubert, ohne Frage, und ich komme mir wie ein mildtätiger Buddha vor. Natürlich bin ich meilenweit von einem Buddhazustand entfernt. Ich bin ein Mensch, der mit beiden Beinen im Leben steht und gestresst ist. Deshalb bin ich hierhergekommen, zum Fluss. Ich möchte mich entspannen, denn selbst in Bhutan rückt die Welt näher. Es gibt Probleme, die einer Lösung bedürfen, Frustration und Spannungen, und das Geld ist immer knapp. Doch hier leben wir im Augenblick, mit jeder Faser unseres Seins ... Um das richtig zu begreifen, muss man eingefahrene Gleise verlassen, abschalten und in die Stille gehen.“ In die Stille gehen, eine Eigenschaft, die in der schnelllebigen westlichen Welt, in der sich die neue Modeerkrankung Burn-Out wie eine Epidemie unter der Bevölkerung verbreitet, nahezu verloren gegangen sein dürfte.

Linda Leaming versetzt den Leser in Erstaunen, indem sie ihm erläutert, wie sie lernen musste, sich mit nur einem Eimer voll Wasser zu waschen, in überfüllten Ramschläden, die für sie notwendigen Dinge zu finden und sich mit der schwierigen Amtssprache Bhutans auseinanderzusetzen, in der die Betonung bestimmter Worte häufig schwerwiegende Unterschiede in der Bedeutung in sich birgt. Unterstützt wurde sie stets und in allem von ihrem Mann Namgay, den es, wie sie bildhaft schildert, viel Geduld und Mühen kostete, die quirlige Amerikanerin an das Leben in Bhutan zu gewöhnen.

„Lachen im Land des Donnerdrachens: Mein Leben in Bhutan“ ist ein spannender und äußerst anschaulich geschilderter Bericht über Linda Leamings erste Reise und ihr Leben in Bhutan, angereichert mit vielen Sagen und Erzählungen über das Land am Himalaya. *Vanessa Ney*

***Linda Leaming: „Lachen im Land des Donnerdrachens. Mein Leben in Bhutan“**, Nymphenburger, München 2011, geb., 285 Seiten, 19,99 Euro*



Spielwiese für den Intellekt

Selbstmord des Dichters von Kleist lädt zu wilden Interpretationen ein

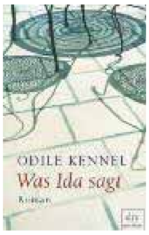
Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Fülle der anlässlich von Jahrestagen entstehenden, überarbeiteten oder neu aufgelegten Publikationen immer größere Ausmaße annimmt. Dies gilt auch für eher makabere Jubiläumsanlässe. 200 ist zwar eine schöne runde Zahl, allerdings jährt sich mit dem 21. November nicht nur ein „gewöhnlicher“ Todestag, sondern der Tag, an welchem der gerade 34-jährige Dichter Heinrich von Kleist durch eigene Hand, durch einen Schuss in den Kopf, aus dem Leben geschieden ist. Dass er sich vereinsamt und verlassen fühlte, ist nur ein Ansatzpunkt. Die Deutung seines letzten Lebensjahres und des inszenierten Todes, welchen er gemeinsam mit einer Freundin und Vertrauten suchte, ist für jeden Kleist-Biografen eine literaturhistorisch-psychologisierende Herausforderung, manchem allerdings auch eine morbide Spielwiese für den Intellekt.

Aus der Fülle der Neuerscheinungen zu Heinrich von Kleist, dessen Rang als literarisches Ausnahmetalent wohl kaum jemand infrage stellt, seien zwei von den weniger dickleibigen herausgegriffen: Hans-Jürgen Schmelzer, bis 2000 als Oberstudienrat in Sankt Augustin tätig, gibt seiner Kleist-Biografie den Untertitel „Deutschlands unglücklichster Dichter“. Mit Superlativen sollte man zwar nicht allzu verschwenderisch umgehen, aber Kleists Zerrissenheit und sein (gefühltes) Scheitern, die im frühen Freitod kulminieren, können durchaus als der rote Faden seines Lebens gelten – leider treten bei der Betonung dieser Umstände die Werke etwas in den Hintergrund, auch wenn sich Schmelzer diesen natürlich widmet. Das Buch beginnt mit dem Selbstmord, die Details werden plastisch ausgebreitet. So erfährt man, dass bei der gerichtsmedizinischen Untersuchung der Schädel Kleists nicht zersägt werden konnte, „nachdem das Sägeblatt bei der Öffnung der ungewöhnlich starken Hirnschale des zuvor obduzierten Dichters in Stücke gesprungen war. Bei diesem war die im Mund angesetzte Ladung Blei ins Gehirn gedrungen.“ Schmelzer erweist sich insgesamt als guter Erzähler, der das Leben des Ausnahmedichters beherrscht und sich auf die großen Linien zu konzentrieren weiß. Verwirrend mag auf den ersten Blick sein, dass die Chronologie nur eine nachgeordnete Rolle spielt. So schließt sich der Darstellung über den Tod zunächst ein Kapitel über Dresden an, wo Kleist zwischen 1807 und 1809 etwa anderthalb Jahre weilte, im Leben des unsteten Dichters eine sehr lange Zeit. Anschließend wird die Novelle „Michael Kohlhaas“ vorgestellt, erst dann kommt Schmelzer zu den Ursprüngen der Familie und zu Kleists Kindheit. Lässt man sich durch derlei Sprünge nicht abschrecken, ist dieses Werk nicht das schlechteste, um Kleist kennenzulernen.

Nicht jedes Buch ist Kleist-Laien zu empfehlen

Etwas schwerer hat es der Laie mit dem kleinen Buch von Hans Joachim Kreutzer, schlicht „Heinrich von Kleist“ überschrieben. Zweifelsfrei ist der emeritierte Professor einer der besten Kleist-Kenner überhaupt, sein Wirken ist aufs engste mit dem Namen des Dichters verbunden, beispielsweise war er Begründer des Kleist-Jahrbuchs. Eine Einstiegslektüre ist sein Büchlein nicht. Dem Parforceritt durch Kleists Leben vermag man nur schwer zu folgen, sofern die Grundproblematik nicht schon vertraut ist. Auf jeweils wenigen Seiten werden dann Kleists Werke – Dramen und Erzählungen, ergänzt durch die Publizistik – einzeln behandelt. Auch hier überwiegt das Interpretierende, das heißt: Um das Buch mit Gewinn zu lesen, ist eine wenigstens oberflächliche Kenntnis der Kleistschen Werke zwingend erforderlich. *Erik Lommatzsch*

***Hans-Jürgen Schmelzer: „Heinrich von Kleist. Deutschlands unglücklichster Dichter. Eine Biografie“**, Hohenheim Verlag, Stuttgart-Leipzig 2011, gebunden, 254 Seiten, 19,90 Euro; **Hans Joachim Kreutzer: „Heinrich von Kleist“**, Verlag C. H. Beck, München 2011, 128 Seiten, 8,95 Euro*



Gestörte Mutterliebe

Verschollene Verwandte klärt über Familiengeheimnisse auf

„Deutschenflittchen, zischte es hinter ihr, Deutschenflittchen, Deutschenflittchen. Warum wiederholten die Leute alles dreimal, als wollten sie den anderen ihre Worte in den Kopf hämmern, als genüge es bei so einem Wort nicht, es einmal auszusprechen ...“

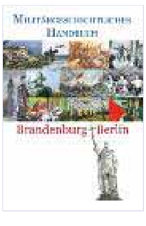
Die Kulturwissenschaftlerin Odilie Kennel wurde 1967 nahe der französischen Grenze in Baden-Württemberg geboren. Sie wuchs zweisprachig auf und erlangte schon früh ein Gefühl dafür, was Deutsche und Franzosen verbindet und voneinander trennt. Ein Blick in die Vergangenheit hilft hier. Das ist auch Aufgabe von Kennels Romanheldin Louise in „Was Ida sagt“. Eigentlich Französin, zog sie gleich nach dem Abitur nach Berlin, um dort Geschichte zu studieren. Doch ein Studienprojekt führt sie nach elf Jahren Abwesenheit zurück in ihre Heimat. Eigentlich will sie Zeitzeugen zum Zweiten Weltkrieg befragen, doch eine Benachrichtigung ihrer Mutter Paulette über den Tod der Großtante Adrienne verleitet Louise, doch einmal bei der Beerdigung vorbeizuschauen, denn merkwürdigerweise war in der von der Mutter mitgesandten Todesanzeige eine Tochter von Adrienne aufgeführt, von der die 28-jährige Louise nie zuvor gehört hatte.

Zweiter Weltkrieg trägt Mitschuld

Nachvollziehbar schildert die Autorin, wie die Heimreise Louise bedrückt. Der kleine französische Küstenort erinnert die Wahl-Berlinerin an ihre Kindheit, die keineswegs glücklich war, da der Vater oft auf Geschäftsreise und die Mutter stets in sich gekehrt und abweisend war. Doch der Leser wird am Ende erfahren, was die Gründe hierfür sind, denn dank Ida, der unbekannten Tochter der verstorbenen Großtante, erfährt Louise einiges über ihre Familie. Zwischen Idas Vergangenheitsberichten und den Entwicklungen in Louises Gegenwart schildert die Autorin die Vergangenheit und Gegenwart auch aus der Perspektive von Louises Mutter Paulette. Und am Ende weiß der Leser mehr als Louise über ihre Familie und ist voller Mitleid für Paulette, deren Zukunft bereits als junges Mädchen durch den Zweiten Weltkrieg eine Wendung nahm, deren Folgen sie nie verarbeitet hat. Aber auch die Gründe für die Eiseskälte, die zwischen Ida und ihrer verstorbenen Mutter Adrienne herrschte, werden offenbar und erklären das Verhalten und die Schrullen der Protagonisten.

Odilie Kennel ist mit „Was Ida sagt“ ein interessanter Roman gelungen, der das Aufeinandertreffen von Deutschen und Franzosen im Zweiten Weltkrieg, aber auch Konflikte zwischen den Generationen einer Familie zum Thema hat. Dabei legt die Autorin Wert auf zwischenmenschliche Beziehungen und nicht auf nationale Freund-Feind-Schemata. *Bel*

***Odilie Kennel: „Was Ida sagt“**, dtv premium, München 2011, kartoniert, 315 Seiten, 14,90 Euro*



Militär war stets ein Teil vom Ganzen

Wie Offiziere und Soldaten die Gesellschaft und die Entwicklung in Berlin-Brandenburg prägten

Handbücher haben immer das Anliegen, eine Erstinformation zu geben und zu weiteren Nachforschungen anzuregen. Dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt (MGFA) ist dies mit dem recht umfangreichen Werk gelungen, wobei im ersten Teil die Militärgeschichte von Brandenburg-Berlin im Überblick vermittelt wird. Im zweiten Teil unterstützt ein Ortslexikon tatkräftig bei der Spurensuche des Reisenden.

Es wird deutlich, dass Militärgeschichte verflochten ist mit Wirtschaft, sozialen und kulturellen Verhältnissen sowie mit politischen Entwicklungen, was mit einführenden Aufsätzen präsentiert wird. Wolfgang Petter stellt das Gebiet Brandenburg-Berlin bis 1871 dar. Er blickt bereits auf die frühe menschliche Besiedlung, konzentriert sich dann auf die Ostausdehnung Deutschlands mit der Mark Brandenburg, die im Mittelalter mit dem Erhalt der Kurwürde 1415 zur regionalen Führungsmacht wuchs. Es folgte der Dreißigjährige Krieg mit Schlachten, Entvölkerung und Wiederbesiedlung („Peuplierung“ etwa auch mit Hugenotten) sowie der Erweiterung von Rhein bis Memel. Der Große Kurfürst Friedrich Wilhelm konsolidierte Brandenburg-Preußen nicht nur nach außen, sondern schaffte den Beamten- und Militärstaat nach innen.

Aufstieg dank Militärreformen

Die Erhebung zum Königreich 1701 hatte das Kantonsreglement zur Folge, mit dem aus dem Land (nicht aus den Großstädten) Militärdienstleistende gewonnen wurden. In den Schlesischen Kriegen wuchs Preußen mit seinem brandenburgischen Kern zur europäischen Großmacht, deren Selbstgefälligkeit allerdings 1806 eine Katastrophe mündete. Militärgeschichtlich wichtig waren dann die Reformen mit Änderungen des Heeres und der Wehrpflicht – die heute mit Rückbesinnung in Frage gestellt werden. Preußen war daraufhin siegreich 1864 bis 1871.

Martin Rink betrachtet im zweiten einführenden Aufsatz Brandenburg-Berlin als militärische Zentralregion im Deutschen Reich 1871 bis 1945. Das preußische Vorbild des Militärischen übertrug sich auf die Länder des Deutschen Reiches. Die Streitkräfte wirkten nicht unerheblich auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft, was durchaus auch zu Gegenkräften führte, die aber wenig durchsetzungsfähig waren. Das Militärische war deutlich geschwächt nach 1919, erlebte aber eine neue Blüte mit der Wiederaufrüstung nach 1933. Geografisch sehr interessant wurde die militärische Prägung des Raumes Berlin-Brandenburg mit seinen Kasernen, zentralen Stäben, Ämtern und Ausbildungseinrichtungen, was bis heute zu sehen ist. Torsten Diedrich und Winfried Heinemann reflektieren in ihrem Beitrag Brandenburg-Berlin im geteilten Deutschland 1945 bis 1990. Ausführlich stellen sie dar Auftrag, Gliederung und Dislozierung der Roten Armee als Besatzungsmacht, die Blockade West-Berlins und die Pläne, dieses „kapitalistischen Dornes“ im sozialistischen Frontstaat DDR habhaft zu werden. Aber nach den Vereinbarungen der Siegermächte durfte sich kein deutsches Militär in Berlin aufhalten. Das Verteidigungsministerium der DDR wurde nicht in Berlin, sondern in Straußberg eingerichtet – in einem von Herman Göring gebauten Kasernenkomplex mit Fliegerhorst.

Werner von Scheven, der als Stellvertreter von Generalleutnant Schönbohm mit dem Bundeswehrkommando Ost die Bundeswehr in den jungen Bundesländern ab 1990 repräsentierte, berichtet im vierten Aufsatz des einführenden Abschnittes über den militärischen Umbau in Brandenburg-Berlin nach der deutschen Einigung 1990. Hier wird deutlich, einerseits bei Entlassung von Soldaten und Zivilpersonal der Nationalen Volksarmee der DDR oder deren Übernahme in die Bundeswehr was geleistet wurde. Dann die Abwicklung des riesigen Waffen- und Munitionsbestandes ohne Gefahren. Wichtig war auch die Kooperation mit den abziehenden russischen Streitkräften sowie die zivil-militärische Zusammenarbeit nicht mehr mit der „Armee“, sondern mit der Bundeswehr etwa bei Katastrophen-Einsätzen an Oder und Elbe. Leider hat von Scheven die Vermessungsunterstützung Ost von 1993 bis 1998 nicht genannt, die von Bundeswehr-Vermessungssoldaten für die neuen Landesvermessungsämter geleistet wurde, um das Festpunktfeld für anschließende investive Gewerbe- und Siedlungsflächen zu verdichten.

Militärische Folgen des Endes der DDR

Gerade beim letzten Aufsatz wird etwas klar, was sich dann im Teil „Ortslexikon“ zeigt: Das Handbuch versteht Brandenburg-Berlin als die heutigen Bundesländer, was im Titel durch die Ergänzung mit diesem Wort hätte eindeutig gemacht werden können. Gleichwohl ist es ein sehr wertvolles Buch mit hervorragenden, meistens unbekannten Bildern. Es schließen sich Quellen-, Literatur-, Orts- und Personennamenverzeichnis an. Das Handbuch ist eine neue Form des anspruchsvollen militärgeschichtlichen Reiseführers. *Thomas Palaschewski*

***Kurt Arlt, Michael Thomae und Bruno Thoß (Hrsg.): „Militärgeschichtliches Handbuch Brandenburg-Berlin“**, be.bra, Berlin, 703 Seiten, gebunden, 48 Euro*

MELDUNGEN

Mars-Sonde nicht überprüft

Moskau – Den Verlust der Marssonde „Fobus Grunt“, die, statt den Mars-Satelliten Phobus anzusteuern, in der Erdumlaufbahn verloren ging, erklärt sich Ilja Ponomarjew vom Informationsrat der Staatsduma mit Schlamperei der Mitarbeiter und dem Diebstahl wichtiger Kleinteile beim russischen Raumfahrtkomplex. „Bei uns ist einer für die Knöpfe, ein anderer für den Stoff verantwortlich. Ob der Anzug sitzt, kontrolliert niemand.“ *MRK*

»Copernicus war Pole«

London – „Copernicium“: In einem Artikel über die Neubenennung des 112. Elements nach dem Begründer des heliozentrischen Weltbildes im tabellarischen Periodensystem schrieb das britische Internetportal „Daily Mail“ vom „preußischen Astronomen“. Polnische Leser fielen in Scharen über die Kommentarspalten her und wiesen empört auf den „Fehler“ hin. Tags darauf gab die „Daily Mail“ klein bei und änderte den Text: Jetzt ist Copernicus dort ein „polnischer Astronom“. *CR*

ZUR PERSON

Der braune Agent

Am Dienstag beriet in Berlin das für die Kontrolle der Geheimdienste zuständige Bundestagsgremium aus aktuellem Anlass über die Jahre zurückliegende Mordserie mutmaßlicher Neonazis und die Rolle der Behörden. Der Vorsitzende des Gremiums, SPD-Fraktionsgeschäftsführer Thomas Oppermann, sprach bei einem Rundfunkinterview einen schlimmen Verdacht aus: Es könne nicht dabei bleiben, dass an der Spitze der Neonazi-Organisationen „vom Staat bezahlte Informanten“ stehen. Eigentlich sei es „undenkbar“, dass der Verfassungsschutz „in irgendeiner Weise an rechtsextremen Aktionen mitwirkt“. Doch das „eigentlich Undenkbare“ ist eigentlich offenkundig, wie bereits der Fall des peinlich gescheiterten NPD-Verbotsverfahrens 2003 belegte: Es zeigte sich, dass der nordrhein-westfälische NPD-Landesverband durch Spitzel des Verfassungsschutzes angeleitet war.

Exemplarisch scheint auch die Rolle des vormaligen NPD-Vizechefs von Thüringen, **Tino Brandt**. Der 36 Jahre alte Rudolstädter war schon als Schüler Organisator von rechtsextremen Demonstrationen und Konzerten rund um seine Heimatstadt. Die thüringische Abteilung des Inlandsgeheimdienstes wurde auf das Redetalent aufmerksam und warb ihn 1994 als Spitzel. Wie es sich für einen ordentlichen V-Mann gehört, ist nicht einmal ein Foto des Doppelspielers im Umlauf. Bis zu seiner Entdeckung 2001 erhielt er für seine Dienste rund 200 000 DM. Mit den Steuergeldern baute Brandt die Verbände erst auf, die der Verfassungsschutz beobachten wollte: den „Thüringischen Heimatschutz“ und die NPD-Nachwuchsorganisation „JN“. Als Kopf des „Heimatschutzes“ zog er junge Leute an, agitierte und vernetzte sie und machte sie so der geheimdienstlichen Beobachtung zugänglich. Unter seinen Kameraden waren auch die jetzt verhaftete mutmaßliche Rechts-Terroristin Beate Z. sowie Uwe B. und Uwe M. *CR*



Zeichnung: Mohr

Keine Wahl

Wie uns die FDP den Atem nimmt, wie uns Merkel auf den Endkampf vorbereitet, und wie die Räuber an unser Geld kommen wollen / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Ist doch schön, wenn man sich einig ist. Gerade in so schwierigen Zeiten wie diesen. In der CDU ist man sich einiger denn je. Parteichefin Merkel hatte sich fest vorgenommen, nichts Greifbares zu den bevorstehenden Weiterungen der Euro-Rettungspolitik sagen zu wollen in ihrer 60-minütigen Rede vor dem CDU-Parteitag. Und die in Leipzig versammelten CDU-Delegierten hatten sich ebenso fest vorgenommen, nichts Konkretes von ihrer Vorsitzenden erfahren zu wollen. Wie wir sehen konnten, hat das Zusammenspiel hervorragend geklappt.

Man wollte um jeden Preis den verheerenden Eindruck vermeiden, den der gelbe Koalitionspartner gerade hinterlassen hatte auf seinem Frankfurter Treffen: Dort war tatsächlich kontrovers diskutiert worden über die Rettungsschirme, teilweise sogar richtig laut! Es war entsetzlich, der stechende Gestank von „Demokratie“ und „Basisbeteiligung“ ließ jedem ideologiefesten Euro-Europäer den Atem stocken. Und es wird noch schlimmer kommen: Bis zum 13. Dezember stimmen die FDP-Mitglieder selber ab, ob sie den Rettungsschirm wollen oder nicht. Die einfachen Mitglieder! Ja, diese Typen, die wir in besseren Tagen doch bloß als treudoofe Schafsköpfe mit Plakatleim an der Hose kannten, die sollen plötzlich Rechte bekommen. Fürwahr: Europa ist in Gefahr.

Aber nicht bei der CDU. Dort gehen die „besseren Tage“ munter weiter. Sicherlich haben die Delegierten bei sich zu Hause etliche Fragen zur Euro-Krise gestellt bekommen, die sie selber nicht beantworten konnten. Die Fragen hätten sie nun ihrer Chefin stellen können. Oder? Von wegen: Was so ein richtiger Parteisoldat ist, kennt seine Pflichten: Klatschen, klatschen, klatschen und anschließend vor der Presse die „offene Aussprache“ loben, die wieder einmal ein „Beispiel an gelebter Demokratie“ abgegeben habe.

Immerhin ließ die Bundeskanzlerin ihre Parteitagsdelegierten wissen: „Wir haben unser Land vorangebracht!“ Na, das ist doch was. Vorangebracht. Und in welche Richtung? Hier muss man ein bisschen in den Kaffeesatz von Merkels pathetischen Andeutungen lugen, um Antworten zu erahnen. Eines machte sie schon mal klar: „Es ist keine leichte Aufgabe, ein neues Europa zu schaffen. Aber wir haben keine Wahl.“ „Keine Wahl“ ist die Neuauflage von „alternativlos“, jener Vokabel also, die es zum Unwort des Jahres brachte, nachdem jemand herausgefunden hatte, dass sie eher in den Wortschatz von Kapitulationsverhandlungen gehört als in den von politischen Debatten unter Demokraten.

Da wäre also schon mal eine Richtung erahnbar. Merkel weiter: Die Sorgen Irlands seien spanische Sorgen, und italienische Probleme seien deutsche. Was uns Merkel damit sagen wollte: Wenn sich die Griechen in den Abgrund stürzen, springen wir hinterher.

> Die Töne aus dem Kanzlerbunker geben Aufschluss über die Lage an der Front: Es steht nicht gut

Und die CDU-Vorsitzende weiß auch, wie wir am effektivsten Anlauf nehmen. Zwar verpackte sie ihren Plan in möglichst schwammige Formulierungen. Doch mit dem Satz, wir seien „alle Teil der europäischen Innenpolitik“ machte Merkel die Tür auf für jede erdenkliche Rettungsanstrengung in jeder erdenklichen Höhe und für jedes Euro-Land. Schließlich behaupten doch einige Schlaumeier, der Euro sei schon am Ende, wenn Frankreich schlappmacht, weil eine „Rettung“ Frankreichs selbst Deutschland in die Knie zwingen würde. Na und? Dann sei es eben so, denn als Teil der „Innenpolitik“ ist unser Schicksal an die Griechen, Italiener oder Franzosen ebenso fest gekettet wie das der Rheinländer an das der Brandenburger. Die haben den Weltkrieg ja auch gemeinsam verloren.

Jawohl, Weltkrieg. An den erinnern uns die Euronauten ja ohnehin ständig, weil der nämlich wieder ausbricht, wenn der Euro zerfällt. Oder ist er das etwa schon, ohne dass wir's bemerkt hätten? Dann geben die Töne aus dem Kanzlerbunker Aufschluss über die Lage an der Front.

Hören wir also genau hin, was Merkel ihren Getreuen zu sagen hatte in Leipzig: „Europa ist unsere Schicksalsgemeinschaft“, „Es ist Zeit für einen Durchbruch“, „Wir verzagen nicht, wir jammern nicht, wir nörgeln nicht“, denn ab jetzt gehe es „um alles oder nichts“.

Du liebe Güte, das hat sie wirklich gesagt? Ja, hat sie. Wir sind tatsächlich zurückgefallen auf ein Durchhaltegedröhn, das sonst nur panische Potentaten anstimmen, die ihren eigenen Untergang bereits voraussehen. Die aber buchstäblich ums Verrecken nicht einsehen wollen, warum sie ihren eigenen Untergang von dem ihres Volkes abkoppeln sollten. Also alles strammgestanden, nicht verzagen, nicht jammern, vorwärts zum dramatischen Endkampf um „alles oder nichts“. Und wir hatten gedacht, diesen Quatsch hätten wir seit '45 endgültig hinter uns.

Die Leute reagieren ganz unterschiedlich auf solch Getöse. Die meisten zögen sich am liebsten die Decke über den Kopf: „Ich bin eigentlich gar nicht da.“ Die Intellektuellen schütten ihren zynischen Spott darüber aus und tun auf diese Weise auch ein bisschen so, als gehe sie der Kram eigentlich nichts an, was natürlich Selbsttäuschung ist. Nur die völlig Durchgeknallten, die können gar nicht genug kriegen von „alles oder nichts“ und Endkampf und so und eifern aus vollem Halse mit.

Schließlich gibt es noch die Gerissenen. Die sehen nur die allgemeine Verwirrung, das Chaos in den Köpfen, und überlegen listig, wie sie ihren Vorteil ziehen können aus dem Durcheinander. Boris Palmer, grüner Oberbürgermeister von Freiburg, und seine Frau Franziska Brantner, die für die Grünen im EU-Parlament sitzt, wollen die Gunst der Stunde nutzen für einen gewaltigen Raubzug.

In der „Welt“ rechnen sie uns vor, dass die Deutschen ein Privatvermögen von zehn Billionen Euro angehäuft hätten: in Geld, Wertpapieren, Lebensversicherungen, Immobilien etc. Auf der anderen Seite sei der Staat mit zwei Billionen verschuldet und könne seine nötigsten Pflichten nicht mehr erfüllen – Schulen, Straßen, Bildung, alles verkomme. Das sei ungerecht gegenüber den Armen und den Jungen. Man solle daher ein Fünftel der Vermögen einziehen, und schon seien wir die Schulden los und die Sonne geht auf so schön wie nie.

Wie bitte? Soll also das Rentnerpaar, das unter größten Mühen sein Häuschen gerade erst abgezahlt hat, mit einer Zwangshypothek beladen werden von 20 Prozent, die es von seiner kleinen Rente kaum bedienen könnte? Und so de facto vom Hof gejagt werden?

Aber nein! – Oder doch? Brantner und Palmer wollen jedenfalls unter keinen Umständen so verstanden werden. Jedenfalls jetzt noch nicht. Daher wickeln sie ihren Plan in schönes rotes Sozialneid-Papier und nennen ihn „Reichenabgabe“ oder „Vermögensabgabe“. Wer hält sich schon selbst für „vermögend“ oder gar „reich“. Sie etwa? Eben, ich auch nicht. Also sind wir doch wohl nicht betroffen, nur die „Bonzen“ müssen ran. Nicht wahr?

Eben nicht: Die beiden Grünen-Politiker nehmen mit ihren 20 Prozent ausdrücklich Bezug auf die Vermögen *aller* Deutschen, also auch auf Ihres und meines und das von dem Rentnerpaar.

Wenn wir für den Euro schon im Endkampf stehen, dachten sich die beiden vermutlich, dann können wir gleich die alte Losung aus dem Dreißigjährigen Krieg wieder rausholen. Damals hieß es, „Der Krieg ernährt den Krieg“, was bedeutete, dass die kämpfenden Armeen alles plündern durften, was ihnen in die Finger kam.

Weil sie von ihren Fürsten alleingelassen wurden in der Gefahr, organisierten tapfere Deutsche in manchen Regionen eigene Milizen, um die gierigen Haufen von ihrem Besitz fernzuhalten. Vielleicht sollten wir das auch tun. Wenn demnächst die Palmers und Brantners mit dem Merkel-Schlachtruf „Alles oder nichts!“ auf den Lippen vor unseren Stadttoren auftauchen, werden wir unsere Mistgabeln zücken und laut zurückrufen: „Nichts!“ Ach, wär's nicht schön, wenn das so einfach wär?

MEINUNGEN

*Der bekannte Publizist **Wolfram Weimer** (früher Chef des „Cicero“, dann kurzzeitig des „Focus“) wirft **Angela Merkel** im „Handelsblatt“ (11. November) **Verrat** an den Grundpfeilern bürgerlicher Politik vor:*

„Angela Merkel verfolgt die Strategie, das linke Lager in Deutschland durch systematische Raubkopie zu entwaffnen ... Die Sozial- und Familienpolitik wird so staatsorientiert und expansiv angelegt, dass der SPD der Atem wegbleibt. Die Steuerpolitik zeigt keinen Hauch von liberaler Reform, Paul Kirchhofs ‚Garten der Freiheit‘ ist mit dem Unkraut staatlicher Bevormundung zugewuchert. Und die neue Außenpolitik wagt keine sichtbare Wahrung nationaler Interessen mehr – sie hat sich den Zwängen Europas voll ergeben.“

*Der Schweizer **Thomas Straubhaar**, Chef des Hamburger Weltwirtschaftsinstituts HWWI, prophezeit im „Stern“ (online) den **Zerfall Italiens**:*

„Der Fall Italiens zeigt, wie unterschiedlich selbst scheinbar Gleiches wie der ‚Italiener‘ ist. Und wie lange es dauert, und wie viel es kostet, um aus Feinden Freunde und aus Sizilianern oder Lombarden Italiener zu machen, um am Ende doch zu scheitern. Mario Monti wird den Zerfall Italiens nicht aufhalten, sondern nur bremsen können.“

Vom Lügen und Trügen

Ein Kreter sagte
einst gemein:
Die Kreter lügen alle!
Da denkt man prompt, wird
richtig sein –
und tappt schon in die Falle.

Wenn's nämlich in der Tat so wär',
hätt' jener nicht gelogen –
nur war's ein Kreter, und daher
ist trotzdem man betrogen!

Nicht virtuell, nicht Schall und
Rauch
sind allerdings die Klagen,
dass in der Politik doch
auch
sie nie die Wahrheit sagen.

Und wie von mir hier formuliert
mag's nicht einmal genügen,
denn oftmals heißt es dezidiert,
dass allesamt sie lügen!

Drum wird's besonders delikat,
wenn zwei von den Gestalten,
zwei ganz, ganz Große sich privat
in Klartext unterhalten:

Wenn einer etwa einbekennt
die Wut auf einen Dritten
und diesen einen Lügner nennt –
vom Zweiten unbestritten.

Und wenn der sagt, er tue sich
mit jenem noch viel schwerer –
ist das erlogen schauerlich,
ist's wahr und weit prekärer?

Na, jedenfalls hat kein Spion
verraten, was geschehen –
doch war noch an das Mikrophon!
Wie's heißt, bloß aus Versehen.

Das Kurzgespräch indes erhellt
wohl mehr als lange Reden,
wie's wirklich ist um Macht bestellt
und wer wo zieht an Fäden.

So mögen halt bei Großen zwar
die langen Beine trügen,
in Wahrheit sind sie kürzer gar
als die von manchen Lügen ...

Pannonicus